Untersuchungen über den Höchststand der Arbeitslosigkeit in Kreisen und Gemeinden Mitteldeutschlands zu Beginn des Jahres 1933 und seine strukturellen Gründe, sowie über den Fortschritt der Entlastung des Arbeitsmarktes seit 1933

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der wirtschaftlichen Staatswissenschaften
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

OTTO BEYER
Diplom-Volkswirt aus Gerbstedt

Referent: Professor Dr. M u h s

Halle (Saale) 1937

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14

Untersuchungen über den Höchststand der Arbeitslosigkeit in Kreisen und Gemeinden Mitteldeutschlands zu Beginn des Jahres 1933 und seine strukturellen Gründe, sowie über den Fortschritt der Entlastung des Arbeitsmarktes seit 1933

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der wirtschaftlichen Staatswissenschaften
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

OTTO BEYER
Diplom-Volkswirt aus Gerbstedt

Referent: Professor Dr. M u h s

Halle (Saale) 1937

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

INHALT

Seite

I. Vorwort 1

II. Der Begriff Mitteldeutschland 3

III. Die Verflechtung der mitteldeutschen Industrien und Gemeinden 5

A. Untersuchungen über den Höchststand der Arbeitslosigkeit in Kreisen und Gemeinden Mitteldeutschlands zu Beginn des Jahres 1933 und seine strukturellen Gründe 10

I. Die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft von 1927 bis 1933 10
a) Deutschlands 10
b) Mitteldeutschlands 13

II. Die Art der Arbeitslosigkeit der jüngsten Krise . . . 16

III. Strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit, nachweisbar an der deutschen Gesamtwirtschaft 19
a) Der Raum 19
b) Die Bevölkerungsstruktur 20
c) Die Binnenwanderung 21

IV. Strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit nachweisbar am mitteldeutschen Raum 22
a) Die Exportmarktverluste 22
b) Die Rationalisierung 38
c) Der Wirtschaftsaufbau 54

B. Der Fortschritt der Entlastung des Arbeitsmarktes seit 1933 60

I. Das wirtschaftspolitische Endziel 60

II. Die gesetzgeberischen Maßnahmen und ihre Zwecke . . 62

III. Die Entlastung und ihre kritische Würdigung . . . 67

C. Die weitere Entwicklung des Wirtschaftsanstiegs 80

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548112_0136

Vorwort

Zur Abfassung der vorliegenden Arbeit haben vor allem zwei Gründe Anlaß gegeben. Einmal erfordert die wirtschaftliche Dynamik des mitteldeutschen Industriebezirks als neben dem Ruhrgebiet der problemreichste gerade heute wegen seiner Unausgeglichenheit der Kräfte eine Darstellung, Klärung und darüber hinaus, das ist zugleich der zweite Grund, der das Entstehen der Arbeit bedingte, eine planvolle Lenkung dieser Kräfte.

Die Lenkung der vorhandenen Strömungen, ihr planmäßiger Ansatz erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Nation und ihres Lebensraumes. Das Ziel eines solchen Planes und damit auch das der bei den Regierungen eingerichteten Landesplanungsstellen als Organen der Verwirklichung dieser Ideen ist die Schaffung eines Ausgleichs der Spannungen zwecks Erreichung der größten Leistungsfestigkeit und Krisenfestigkeit der Wirtschaftslandschaft.

Das Wirtschaftssystem der Vergangenheit begünstigte das Entstehen unsrer wildgewachsenen Industrien und Versorgungsnetze, deren Standorte letztlich rein ökonömisch orientiert waren (abgesehen von den unter Kriegsdruck vorgenommenen Industrieverlagerungen). Der Individualismus mit seiner Tendenz zur Auflösung organischer Ganzheiten — auch der Wirtschaftsraum einer Nation ist eine organische Ganzheit — löste das einzelne Werk aus diesem natürlichen Zusammenhang und befreite es von den Schranken, die durch diesen gesetzt waren. Die Standortswahl wurde nur nach ökonomischen Gesichtspunkten vorgenommen, ohne auf den Gesamtraum Rücksicht zu nehmen. Seit dem Juli 1931 wissen wir wieder, daß man die Belange eines Volkes nicht allein unter ökonomischen Aspekten sehen darf, sondern sie auch politisch zu betrachten hat, daß der dem Volk zur Verfügung stehende Lebensraum also auch politisch geordnet werden muß. Wir glauben auch nicht mehr an jene Gesetze, die, vom Individuum hergeleitet, der Wirtschaft immanent seien, Gesetze, bei deren reiner Anwendung keine Krisen entstehen könnten, sondern wissen wieder, daß grade der schrankenlose Individualismus, der jenen Grundsätzen zufolge das Wohlergehen jedes einzelnen garantieren sollte, das Reibungselement darstellte.

Der große politisch orientierte, 1933 vom Führer dem deutschen Volke gegebene Gesamtplan, der vom Gesamtlebensraum ausgeht, gibt auch für die Landesplanungen der Einzelwirtschaftslandschaften die Richtung, in der sie sich künftig zu entwickeln haben. Nach diesem Plan liegt unsre wirtschaftliche Grundlage dort, wo sie verteidigt werden kann, also nicht in der Welt, sondern im eignen Lande. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Schaffung eines Gleichgewichts der Kräfte, eine Lenkung der Privatinitiative, ihre Zügelung durch die Politik und ihre Einfügung in den Gesamtplan, eine Auflockerung vorhandener übersetzter Industriezusammenballungen und eine eventuelle Verlegung der Werke nach neuen Gesichtspunkten ausgesuchten Standorten notwendig. Da die industrielle Gliederung von Einfluß auf die Widerstandskraft eines Gebietes ist, ist zugleich eine vielseitige und ausgeglichene Wirtschaftsstruktur für die einzelnen Wirtschaftsgebiete zu schaffen.

Die Notwendigkeit einer umfassenden Schau des deutschen Lebensraumes und seine sich daraus ergebende Ordnung wurden erst 1933 ins Bewußtsein gebracht. Vorher siedelte man wohl nach gewissen Plänen, legte Grünflächen an und was dergleichen Einzel-

maßnahmen mehr waren: der große Gesamtplan, auf den alles hinauslief und eine einheitliche Fundierung aller in dieser Richtung sich bewegender Maßnahmen fehlte jedoch. Heute sind die Ziele der künftigen Planung festgelegt. Einmal soll eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur geschaffen und damit verbunden die Sicherung der Lebensnotwendigkeiten der deutschen Nation angestrebt werden.

Die Aufgaben, die hierbei der Wissenschaft zufallen sind folgende:

1) Die Erforschung der bestehenden Zustände der einzelnen Wirtschaftslandschaften.
2) Die Ausbildung einer neuen, nach den oben angeführten Gesichtspunkten ausgerichteten Standorts- und Strukturlehre.
3) Ihrem pädagogischen Zweck entsprechend die Schulung der zukünftigen praktischen Mitarbeiter.

Die vorliegende Arbeit hat sich das Ziel gesetzt, der ersten Aufgabe zu dienen. Sie will die mitteldeutsche Wirtschaftslandschaft in Hinblick auf ihre Arbeitslosenziffern der vergangenen Jahre und deren strukturelle Ursachen untersuchen. Sie will also darstellen, was war und was ist, um einen Beitrag zu dem Plan zu liefern, der das Seinsollende der Zukunft enthalten wird.

Der Begriff Mitteldeutschland

In aller Erinnerung ist noch der vor einigen Jahren geführte Streit um den Begriff Mitteldeutschland und um die Gebiete, für die dieser Begriff gelten sollte. Es ist deshalb notwendig, zu Eingang der Arbeit kurz etwas zu jenen Versuchen der Abgrenzung einer Wirtschaftslandschaft zu sagen und den Gesichtspunkten, nach denen sie vorgenommen werden sollte, die Gedanken und Richtlinien gegenüber zu stellen, von denen die Bestrebungen scheinbar ähnlicher Art heute getragen werden.

Man hatte versucht, von dem bekannten Artikel 165/2 der Weimarer Verfassung ausgehend, das Reich nach nichtpolitischen Gesichtspunkten unter Hervorhebung wirtschaftlicher Momente in Wirtschaftsbezirke einzuteilen. Neben einigen andern Bezirken hatte sich die öffentliche Diskussion vor allem mit Mitteldeutschland beschäftigt, da hier eine besonders schwierige Grenzführung und Gemengelage vorhanden war, die, wie man sagte, wirtschaftlich zusammengehörige Gebiete durchschnitt und trennte.

Den vorgenommenen Versuchen, ohne im einzelnen auf sie einzugehen, lagen als Abgrenzungsmerkmale entweder geographische, historisch-politische oder sozialökonomische oder eine Kombination von diesen zu Grunde. Die sich auftuenden Schwierigkeiten einer exakten Abgrenzung eines Mitteldeutschland waren subjektiver und objektiver Natur, subjektiver insofern, als gewisse Vorschläge an lokaler Kurzsichtigkeit krankten, und objektive Schwierigkeiten taten sich auf, als man nach vielem Hin- und Her erkennen mußte, daß weder die Verwendung eines einzigen Abgrenzungsmerkmales noch die Kombination mehrerer befriedigende Ergebnisse zeitigen konnten und das Gebiet eindeutig festzulegen vermochten.

Seit einiger Zeit sind derartige Bestrebungen verstummt. Nach 1933 hätten sie auch keinen Platz mehr gehabt. Nach welchen Gesichtspunkten die neue Reichseinteilung vorgenommen werden wird, wissen wir nicht. Das steht aber wohl fest, daß man nicht von einseitig ökonomischen Gesichtspunkten an die Lösung dieser Frage heran gehen wird.

Und zwar deshalb nicht, weil der Staat von ewiger Dauer ist, während heute die den Charakter einer Wirtschaftslandschaft noch bestimmenden vorwiegenden Wirtschaftszweige oder Bodenschätze, auf denen diese stehen, in absehbarer Zeit ausgebeutet sein oder eine Änderung erfahren können. Dann täte sich die alte Frage einer Grenzziehung wieder auf und die Diskussion könnte von neuem beginnen. Es ist anzunehmen, daß nach der neuen Reichseinteilung die politischen Grenzen für die ökonomischen Belange keine Probleme mehr darstellen werden.

Man hat früher zu viel Wert auf das Trennende und Unterschiedliche zu andern Wirtschaftsgebieten gelegt. Die neue Gaueinteilung wird auch eine verwaltungsmäßig orientierte sein müssen, wird aber als solche nicht, wie es ehedem war, die Trennung in den Vordergrund stellen, sondern das Verbindende, gegeben durch die volklichen Einheiten, betonen. Von hier aus gesehen, ist dann das Übergreifen ökonomischer Tatsachen verschiedener Bezirke nur von Vorteil, weil die Erstarrung der Verwaltungen verhindert und der Blick über die Grenze auf die Notwendigkeiten des Ganzen gerichtet wird.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß es im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht darauf ankommt, einen Beitrag zur Frage der Abgrenzung der mitteldeutschen Bezirks zu liefern oder gar einen neuen Vorschlag einer eventuellen Grenzziehung zu machen. Diese Probleme treten zurück und scheinen auch in Zukunft, soweit sie wie in der vergangenen Zeit gemäß Artikel 165/2 erörtert wurden, nicht wieder aktuell zu werden, weil der aus diesem Artikel sprechende, der Wirtschaft den Primat einräumende Geist abgetan und weil an seine Stelle die Beachtung der Gesamterfordernisse des deutschen Raumes getreten ist.

Unter Mitteldeutschland wird in dem zu behandelnden Falle das Gebiet verstanden, daß sich mit dem Arbeitsbereich der Landesplanung Merseburg (ausschließlich Anhalt) deckt. Es handelt sich also um das Gebiet der Kreise:

Bitterfeld	Sangerhausen
Delitzsch	Schweinitz
Eckartsberga	Torgau
Liebenwerda	Weißenfels
Mansfelder Gebirg.	Weißenfels-Stadt
Mansf. See	Wittenberg
Stadt Eisleben	Wittenberg-Stadt
Merseburg	Zeitz
Merseburg-Stadt	Zeitz-Stadt
Naumburg-Stadt	Saalkreis
Querfurt	Halle-Stadt

Allerdings wird in Verfolg der Arbeit des öfteren nötig werden, über den der Landesplanung Merseburg zugewiesenen Raum hinauszugehen, um zu größerer Klarheit zu gelangen.

Die Verflechtung der mitteldeutschen Industrien und Gemeinden

Die mitteldeutsche Wirtschaftslandschaft ist von einer großen Vielgestaltigkeit. Das der ganzen Gegend seinen Stempel aufdrückende, sie eigentlich charakterisierende Merkmal ist die Braunkohle. Man hat die Landschaft ihrer Braunkohlenvorkommen wegen nicht mit Unrecht das Land der braunen Erde genannt. War sie es doch, die Mitteldeutschland seit einigen Jahrzehnten zu einem aufsteigenden Industrierevier werden ließ, die die Grundlage zu einem Kranz von Industrien bildete oder alte, schon bestehende befruchtete und neu belebte. Die außerdem in dieser Landschaft vorhandenen Bodenschätze verdanken ihre Erschließung und die Errichtung von Industrien auf ihnen nicht zuletzt diesem Hauptträger des mitteldeutschen Wirtschaftslebens. Die Braunkohle war billiger Industriebrennstoff, war später Rohstoff für die Elektrizitäts-, Schwel- und Hydrierindustrie und bildete im Verein mit Kali das Fundament der chemischen Großindustrie. Aus einer anfänglich für die Landwirtschaft und Zuckerfabrikation arbeitenden Maschinen- und Metallindustrie entwickelten sich Werke, die ihre Betriebe auf Ausrüstung des Braunkohlenbergbaus, der Kaligruben und Kalifabriken und der chemischen Großindustrie einstellten, ausbauten und die schließlich durch Angliederung immer neuer Branchen einen selbständigen stark exportierenden Wirtschaftszweig darstellten.

Die hier zu behandelnde Wirtschaftslandschaft läßt sich in fünf Gebiete aufgliedern, von denen drei braunkohlenorientiert sind, d. h. Braunkohlenvorkommen oder darauf fußend andere auf diesen Vorkommen beruhende oder sie als Voraussetzung benötigende Industrien aufzuweisen haben. Zwar sind in diesen Gebieten einige Industrien vorhanden, die nicht die geschilderte Beziehung zur Braunkohle haben. Sie haben dann aber auch nicht an der aufwärtsstrebenden Entwicklung Mitteldeutschlands in den letzten Jahrzehnten teilgenommen. Da die beiden andern Gebiete überwiegend landwirtschaftlich strukturiert sind, ist es wohl berechtigt von der Braunkohle als dem für die Entwicklung des Gebiets in den letzten Jahren ausschlaggebenden Faktor zu sprechen.

Die fünf Gebiete, in die unsre Wirtschaftslandschaft eingeteilt werden kann, sind 1) der Bitterfeld-Wittenberger Bezirk, 2) das Saalegebiet mit Geiseltal, Weißenfels und Zeitz, 3) das Mansfelder Land. Diese Gebiete weisen alle hochentwickelte Industrien auf, 4) der Süd-Ostteil, also die Kreise Torgau, Delitzsch, Schweinitz, Liebenwerda und außerdem 5) das Unstrutgebiet einschließlich des Kreises Sangerhausen. Hier überwiegt, abgesehen vom Kreise Liebenwerda, die Landwirtschaft.

1) Das Bitterfeld-Wittenberger Gebiet

steht, auf den Braunkohlenvorkommen fußend, entscheidend unter dem Einfluß der chemischen Großindustrie und der Kraftversorgung.

Es handelt sich hier um Kohle von recht geringer Sorte, die nur geringe Preise zu erzielen vermag. Diese Tatsache im Verein damit, daß die Kohlenvorkommen Bitterfelds inmitten von Absatzgebieten und Gewinnungsorten einer viel wertvolleren Kohle lagen, hätte

wohl bei Erschließung der Läger zum Erliegen, zumindest aber zu einem verzweifelten Kampf um die Existenz der Gruben geführt, wenn nicht die chemische Großindustrie ihre Standorte nach diesen billigen Kohlen orientiert hätte. Die gewaltigen Erweiterungen und Neugründungen dieser Industrie führten einmal zu hoher Beanspruchung der Bitterfelder Kohle und zum andern zur Errichtung großer Kraftwerke. Der beim Abraum ohne erhebliche Kosten anfallende hochwertige Ton ließ frühzeitig eine Ziegelei-, Tonröhren- und Mauersteinindustrie entstehen.

Die bedeutensten Werke der chemischen Großindustrie stehen unter dem Einfluß oder sind im Eigentum der I. G. Farbenindustrie A. G. Sie stellt Teerfarben, Lösungsmittel und Lacke, organische und anorganische Chemikalien, synthetische Gerbstoffe, Leichtmetalle, Filme und photographische Artikel, Kunstseide und Stickstoffdüngemittel in den Werken in Wolfen und Bitterfeld her.

Weiterhin sind an Werken der chemischen Großindustrie im Bezirk Bitterfeld die chemische Fabrik Griesheim-Elektron, die vor allem Chlor, Aetzkali und Natronlauge durch Einleitung des elektrischen Stromes in Lösungen von Chlornatrium mit Chlorkalium erzeugt, und die Fabrik Salzbergwerk Neustaßfurt zu nennen.

Als von den genannten Industrien abhängig, werden als Untersuchungsgebiete der Kreis Bitterfeld, die Stadt Bitterfeld und die Gemeinden Holzweißig, Sandersdorf, Greppin und Wolfen einer Betrachtung unterzogen.

Die errichteten Elektrizitätswerke dienen einmal zur Eigenversorgung und darüber hinaus zur Fremdversorgung der chemischen Industrie. Die Betriebe der ersten Art halten sich im Größenausmaß der Werksgrenzen. Wesentlich wichtiger sind die Werke, die Strom erzeugen, ohne in ihrer Größe einem bestimmten Werksbedürfnis angepaßt zu sein. Hierher gehört das sich im Besitze der A. E. G. befindende Werk der Grube Leopold und das Großkraftwerk Zschornewitz.

Die Betrachtung des letztgenannten Betriebes leitet über zur Untersuchung des nördlichen Teiles des hier zu besprechenden Gebietes. Zschornewitz ist errichtet als Kraftstation des Reichsstickstoffwerkes Piesteritz auf der leicht aufschließbaren Kohle bei Golpa. Die Großabnehmer des Werks sind in unserm Gebiet neben den Piesteritzer Werken das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A. G. (ESAG), die ESAG für Dessau-Magdeburg und die neben den Kalkstickstoffwerk entstandene chemischen Industrie und zeitweilig auch die I. G. Farbenindustrie Bitterfeld.

Dem nördlichen Teil geben die genannten Kalkstickstoffwerke in Piesteritz bei Wittenberg das Gepräge. Erbaut im Kriege, hatten sie die Aufgabe, Düngemittel aus dem Stickstoff der Luft herzustellen. In Verbindung mit dem Werk steht die Sprengstofferzeugung der Westfällisch-Anhaltinischen Sprengstoffabrik in Reinsdorf. Wittenberg besitzt daneben noch eine Tonwarenindustrie, den Bau landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte und weist Molkerei-, Schokoladen- und Konservenindustrie auf.

Im ganzen Gebiet hat sich der Großindustrie anschließend und ihren Bedürfnissen entsprechend eine Maschinen- und Werkzeugmaschinenindustrie gebildet, die nicht nur für die vorgelagerten Industrien liefert, sondern darüber hinaus einen eigenen Markt hat.

Für das wittenberger Gebiet seien als Untersuchungsobjekte der Kreis Wittenberg, die Stadt Wittenberg und die Gemeinden Zschornewitz und Bergwitz herausgegriffen.

2) Das Saalegebiet mit Geiseltal, Weißenfels und Zeitz.

An der im Anfang des vorigen Jahrhunderts beginnenden Industrialisierung Deutschlands nahm das hallesche Wirtschaftsgebiet zunächst nicht teil, galt sogar bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts

als eine der ausgesprochen agrarischen Gegenden Deutschlands. Mit der in dieser Zeit einsetzenden Aufschließung der Bodenschätze und hier vor allem der Braunkohle, setzte eine rasche Aufwärtsentwicklung ein. In kürzester Zeit holte das Gebiet den Vorsprung, den andere Wirtschaftsbezirke vor ihm hatten, auf. Heute haben wir einen auf Braunkohle stehenden Industriekörper mit den verschiedensten Gliedern vor uns.

Die Braunkohlenlager liegen um Halle, im Geiseltal und im Weißenfels-Zeitzer Revier. Die Betriebe sind Tagebaue, Brikettfabriken, Schwelereien und Mineralölfabriken. Die Abnehmer der Braunkohle sind, auf das Gesamtgebiet gesehen, die chemische Industrie, die Kalk- und Zuckerindustrie und die Elektrizitätswirtschaft. Der Hauptteil der Förderung wird zur Brikettherstellung benutzt und als Hausbrand abgesetzt. Man rechnet im allgemeinen, daß 30 % der Kohlenförderung dieses Gebiets an die Industrie gehen, bzw. industriell genutzt werden, und daß 70 % als Hausbrand Verwendung finden.

Wie im Bitterfeld-Wittenberger Gebiet bauen auch im halleschen Bezirk die sonstigen Industrien auf der Braunkohle auf. Die direkt mit ihr verbundenen sind schon erwähnt worden. Näher einzugehen ist noch auf die chemische Industrie.

Das markanteste Werk dieser Sparte ist das Stickstoffwerk der Badischen Anilin- und Sodafabrik, das Ammoniakwerk Merseburg G. m. b. H., kurz Leunawerk genannt. Das Hauptprodukt des 1917 auf Betreiben des Reiches gebauten Werkes ist Ammoniak, das durch Vermischen mit Binde- und Streckmitteln ein wichtiges Düngemittel darstellt und den ehemaligen Bedarf an Chilesalpeter befriedigt. Dieses Werk steht inmitten von Braunkohlenfeldern, die teilweise in seinem Eigentum und teilweise ihm angegliedert sind.

In Leuna wird seit 1927 neben Ammoniak aus dem Stickstoff der Luft auch Benzin im sog. Hydrierverfahren aus Braunkohle gewonnen. Bestimmend für den Bau einer derartigen Zwecken dienenden Anlage war die Tatsache, daß die Kohle zugleich Rohstoff und Quelle billiger elektrischer Kraft sein kann. Als weitere Werke der chemischen Industrie sind die chemische Fabrik Buckau in Ammendorf, in der Ätzkalien und Chlorprodukte auf elektrochemischem Wege erzeugt werden, und der Verein chemischer Fabriken in Zeitz zu nennen.

Die Umsatzmöglichkeit der Braunkohle in Elektrizität ließ im Bezirk Werke entstehen, die in die Elektrowirtschaft des Gesamtgebiets eingegliedert sind. Die Trägerin der Versorgung ist das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A. G. in Halle (ESAG), das mit Zschornewitz das Gebiet versorgt.

Als Mitlieferanten treten dabei auf das Kraftwerk der Grube Leopold bei Bitterfeld, das der Gewerkschaft Concordia bei Nachterstedt und das Elektrizitätswerk der Braunschweigischen Kohlenwerke bei Harbke.

In der Stadt Halle selbst sind sämtliche sonst im Bezirk vorkommenden Industrien durch einige Werke vertreten, so z. B. die Metallverarbeitung, der allgemeine Maschinenbau, Dampfkessel- und Bassing-, Eisenbahn-, Eisenkonstruktions- und Baggerbau, der Bau landwirtschaftlicher Maschinen- und Geräte, die Herstellung von Bäckereimaschinen und Maschinen für die Industrie der Steine und Erden und Werkzeugmaschinen-, Instrumenten- und Pumpenbau. Bei Halle liegt eine Ziegelei der Mansfeld A. G. und die Salinenbetriebe derselben Gesellschaft. In Ammendorf und Cröllwitz stehen Papierfabriken, ebenfalls in Ammendorf ist die bekannte Waggonfabrik von Lindner beheimatet.

Für Weißenfels ist die Schuhindustrie ausschlaggebend. Hier werden vor allem Marsch- und Arbeitsstiefel hergestellt. Die vorhandenen Schuhputzereien, Schuhmontagebetriebe und Lederzurichtereien sowie einige Schuhkartonage-, Schuhmaschinen- und Schuhnägelfabriken runden das Bild von Weißenfels als Schuhstadt ab.

In der dritten großen Stadt des Gebiets werden vor allem Kinderwagen, Klaviere und Möbel hergestellt. Daneben hat sich eine Klavierbestandteilindustrie entwickelt. Der große Bedarf der Bergbaus an Maschinen und Apparaten führte zur Gründung einer Eisengießerei und Maschinenbauanstalt. Mehrere Ziegeleien und die Zuckerfabrik Zeitz vervollständigen die Aufzählung der Industrien dieser Stadt.

Als Untersuchungsgebiete und -orte ergeben sich analog den Industrien einmal die Kreise Merseburg, Weißenfels, Zeitz und der Saalkreis, weiterhin die entsprechenden Kreisstädte einschließlich Halle. Dazu werden Ammendorf, Mücheln, Neumark (im Geiseltal) und Hohenmölsen, Deuben, Luckenau, Teuchern und Theißen (im Weißenfels-Zeitzer Raum) gewählt.

3) Das Mansfelder Gebiet.

War für die bis jetzt behandelten Gebiete der Braunkohlenbergbau Grundlage oder ausschlaggebend für die Industrie, so hängt das Wohl und Wehe des Mansfelder Gebiets vom Kupferbergbau ab. Er ist die Montanindustrie Mitteldeutschland mit der größten Tradition. Außer dem Kupfer im Westen steht im Ostteil bei Oberröblingen auch Braunkohle. Der Struktur nach gehört diese aber zum halleschen Gebiet.

Der Kupferbergbau wird heute auf drei Schachtanlagen, dem Chlotilde-, dem Wolfschacht, beide bei Eisleben, und auf dem Vitzthumschacht bei Siersleben betrieben. 1906 wurde bei Hettstedt das Kupfer- und Messingwerk erreichtet. Zum Hüttenbetrieb gehören die Krug- und Kochhütte bei Eisleben und die Kupfer-, Silber- und Bleihütte bei Hettstedt. Die in den Werken anfallenden Nebenprodukte sind Nickel, Selen, Schwefelsäure, Molybdän und als weiteres Produkt Pflastersteine.

1930 setzte ein rapider Kupferpreissturz ein, der zur Folge hatte, daß die Mansfeldbetriebe mit ihren relativ hohen Erzeugungskosten auf dem Markte nicht mehr konkurrenzfähig waren. Um die bodenständigen seit Jahrhunderten ansässigen Arbeiter vor dem Elend zu bewahren, ließ der Staat Kredite nach Mansfeld fließen. Nachdem die Hilfsmaßnahmen mehrere Jahre angehalten hatten, die Metallpreise aber nicht anzogen, entschloß man sich 1933 die kupfererzeugenden Betriebe aus der alten Mansfeld A. G. auszugliedern und sie in der „Mansfeldschen Kupferschieferbergbau A. G." zusammenzufassen, die nunmehr alleinige Empfängerin der öffentlichen Zuschüsse war.

Heute gehören noch folgende Werke des Untersuchungsgebiets außer den Kupferbetrieben zum Mansfeld Konzern: die Kupfer- und Messingwerke in Hettstedt mit Gießereien, Blech- und Bandwalzwerk, Stangenpresserei, Drahtwalzwerk und -zieherei, Rohrwalzwerk usw., die Hallesche Pfännerschaft mit den Gruben Pfännerhall und Altzscherben, die Saline Halle und die Ziegeleieien Passendorf und Wansleben.

Das im Oberröblinger Revier liegende Braunkohlenfördergebiet (A. Riebeckschc Montanwerke A. G.) hat, da seine Kohle wie im Weißenfels-Zeitzer Gebiet sehr bitumenreich ist, wie dort zur Errichtung einer verzweigten Gewinnungs- und Verarbeitungsindustrie Anlaß gegeben.

Die sehr enge Verflechtung des Mansfelder Landes, d. h. des Mansfelder Seekreises, des Gebirgskreises und der Stadt Eisleben mit der Kupferindustrie machen ein Eingehen auf die bei ihnen sich während der Krise herausgebildeten Verhältnisse zur Pflicht.

4) Der Südostteil des Planungsbezirks.

unter dem die Kreise Torgau, Delitzsch, Schweinitz und Liebenwerda verstanden werden, ist überwiegend landwirtschaftlich gelagert. Während im mansfelder Gebiet ein erheblicher Teil der Betriebe Großbetriebe sind, haben wir hier vor allem Klein- und Mittelbetriebe.

Im Westen des Gebiets werden Rüben, Weizen und Gerste, im Osten mehr Roggen angebaut. Eingesprengt in diese mehr agrarische Wirtschaftslandschaft sind Industrien, die teilweise auf agrarischen Produkten aufbauen, teilweise aber auch unabhängig von ihnen entstanden sind. So gibt es in Delitzsch eine Mühle und eine Schokoladenfabrik, das Reichsbahnausbesserungswerk, eine Tonwarenfabrik und allgemeinen Maschinenbau. In Eilenburg finden sich eine Celluloidfabrik der I. G Farbenindustrie, Zucker- und Zuckerwarenindustrie, Pumpen-, Fahrzeug- und Motorenbau, eine Kattunfabrik, Tischlerei und Pianoindustrie.

Die Umgebung Torgaus ist wieder rein landwirtschaftlich. Die sich in der Stadt Torgau befindenden Industrien sind ganz an diese Lagerung der Umgebung gebunden. Wir haben hier Molkerei und Käsefabriken, eine Brauerei, eine Kaffeemalzfabrik und Konservenindustrie, verschiedene Sägewerke, einige Fabriken für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen und eine Ziegelei.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Kreise Liebenwerda. Lediglich der östliche Teil, das Mückernberger Ländchen mit Lauchhammer, ist stärker industrialisiert. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der entstandenen Werke waren die hier auftretenden Raseneisenerze und die Braunkohlenlager. Die Industrieprodukte sind Brückenbauten, Gießereierzeugnisse, emaillierte Gegenstände und Transport- und Förderanlagen.

Im Kreise Schweinitz überwiegt die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung die anderer Gewerbezweige bei weitem. Dasselbe gilt für die zum Westen des zu untersuchenden Gebiets gehörenden Kreise Eckartsberga und Querfurt (ausschließlich Geiseltal). Ähnlich sind die Verhältnisse des ebenfalls zum 5. Gebiet gehörenden Kreises Sangerhausen, der aber daneben noch eine entwickelte Maschinenindustrie besitzt.

Die Untersuchung der Verhältnisse im 4. und 5. Gebiet erstreckt sich auf die Kreise und Kreisstädte.

A. Untersuchungen über den Höchststand der Arbeitslosigkeit in Kreisen und Gemeinden Mitteldeutschlands zu Beginn des Jahres 1933 und seine strukturellen Gründe

I. Die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft von 1927 bis 1933

a) Deutschlands.

Wenn hier die Zeichnung der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft im Jahre 1927 begonnen wird, so deshalb, weil von dem Zeitpunkt an bis dahin latent gebliebene Spannungen anfingen sich zu entladen, weil hier sichtbar wurde, wie die vorangegangene Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Situation weiterlaufen würde.

Die Ursachen, die die gegebenen Zustände herbeigeführt hatten, lagen teilweise in Deutschland selbst und teilweise sind sie durch das Verhalten des Auslandes Deutschland gegenüber bedingt worden.

Der Weltkrieg, der einen Abbruch der Beziehungen der Völker untereinander herbeiführte, kann als erstes Störungsmoment innerhalb einer noch aufzuzeigenden Reihe von Ursachen angesehen werden, die schließlich mit der Wucht ihrer Gesamtheit den Zusammenbruch herbeiführen halfen. Im Kriege ging weiterhin eine Umstellung der Industrien derart vor sich, daß die vor 1914 auf Bezug industrieller Erzeugnisse angewiesenen neutralen und Überseeländer infolge Ausfalls des Bezuges dieser Produkte aus den kriegführenden Staaten sich eigene Produktionsapparate schufen und einen Industriekörper auf-, zumindest aber den schon vorhandenen ausbauten, so daß sie ihren Bedarf selbst decken konnten. Bei Beendigung des Krieges nach Umstellung der Kriegsindustrie in den ehemals sich bekämpfenden Staaten war, wenn man den Gesamtindustriekörper betrachtet, ein Ausbau desselben über den möglichen Absatz vor sich gegangen. Diese Überbereitschaft mußte in der folgenden Zeit zu einem überschweren Druck führen.

Eine weitere, sich aus demselben Grunde ankündigende, später riesige Ausmaße annehmende Grundtendenz liegt in folgender Tatsache begründet:

Europa war nach diesem vierjährigen Ringen verarmt und von Rohstoffen ausgehungert. Um seine aufgenommenen Schulden zu begleichen und seine benötigten Rohstoffe zu bezahlen, war es auf Export von Fertigwaren angewiesen. Gegen diesen Export wehrten sich aber die neuerstandenen Industrien der nichtkriegführenden Staaten. Es wurden Maßnahmen gegen das Verdrängen der eigenen Waren durch die Exportgüter im eigenen Lande getroffen: der Protektionismus kündigte sich an.

Etwas anderes spielte noch für Deutschland eine Rolle, das mit zu der oben angeführten Überbereitschaft der Industrie geführt hat. Die Geldentwertung Deutschlands senkte den Wechselkurs derartig, daß das Ausland trotz enormer Nominalsteigerung der Preise vorteilhaft in Deutschland einkaufen konnte. Demzufolge stieg unser Export während dieser Periode, aber gleichzeitig wurden in Deutschland große Investitionen für diesen anormalen inflationsverursachten

Bedarf vorgenommen, so daß in der folgenden Zeit die stete Neigung zu einem zu großen Produktionsumfang vorhanden war.

Dieser zu große Produktionsapparat, der nicht abgebaut, sondern durch das im folgenden auszuführende Krisenursachenmoment noch erweitert wurde, hatte einen Kapitalbedarf zu seinem Unterhalt nötig, der niemals, eben infolge der Überbereitschaft, erwirtschaftet werden konnte. Die Inflation hatte zur Vernichtung des deutschen Kapitals geführt. Dafür ließ das Ausland seine Gelder, natürlich zu hohen Zinsen, die Deutschland nicht erwirtschaften konnte, einfließen. Von diesen uns zur Verfügung gestellten Kapitalien waren nach [1]) Muß 1929 $^5/_6$ kurzfristig und $^1/_6$ langfristig. Daß hierbei die nach Deutschland kurzfristig begebenen Gelder zum großen Teil langfristig angelegt wurden, war Ursache zum Entstehen weiterer latenter Spannungen.

Ein weiteres Krisenmoment bildeten die Tributlasten, die letzten Endes eine Verteuerung der Produktion durch erhöhte Steuerauflagen darstellten. Die Wirkung dieser Kostenfaktors suchte die deutsche Wirtschaft durch Rationalisierung abzuschwächen. Rationalisierung bedeutet Investition, d. h. aber neuer Kapitalbedarf wurde nötig. Sie ist nur mit Erfolg verbunden, wenn die Kapazität ausgenutzt werden kann. Dazu war aber der Absatz im Ausland nötig. Das aber sperrte seine Grenzen nach Möglichkeit für deutsche Waren.

Zum Schluß sei noch auf eine aus den Reparationsverpflichtungen erwachsende Gefahr hingewiesen. Die Tributzahlungen ließen trotz unsrer aktiven Handelsbilanz die Zahlungsbilanz passiv sein. Diese Belastung wurde aber durch den nach Deutschland gehenden Anleihestrom nicht fühlbar. Durch ihn wurden die durch Steuern eingetriebenen Reparationen der deutschen Wirtschaft zurückgegeben. Diese einströmenden Kapitalien flossen an Privatschuldner, so daß schließlich lediglich eine Verschiebung in der Art der Schulden eintrat. An Stelle des politischen Schuldners Deutschland trat der deutsche Privatschuldner, an Stelle der Tributgeld erhaltenden Staaten die ausländischen Privatgläubiger.

Das sind die letzten Kräfte, die Ursache zu dem waren, was unsre Wirtschaft ab 1927 erlebte. Daneben tragen die Kartelle, Gewerkschaften, die Kommunen und die damaligen Regierungen einen großen Teil der Schuld durch die von ihnen betriebene Wirtschaftspolitik. Die Regierungen deshalb, weil sie die überdeckten und verborgenen Spannungen nicht erkannten bzw. nicht meisterten, die andern Korporationen, weil ihr Verhalten eigensüchtlerisch, doktrinär oder gar wie bei den Kommunen verschwenderisch war.

Das Jahr 1927 stellte innerhalb der Industrieentwicklung einen gewissen Höhepunkt dar. Das Produktionsvolumen der Vorkriegszeit war zum ersten Male wieder erreicht, ja zeitweilig um 5—10 % überschritten. Bis auf 5 v. H. waren alle Industriearbeiter beschäftigt. Der Produktionszunahme standen aber in einzelnen Zweigen starke Hemmnisse entgegen, die in Nachwirkungen aus Gebietsabtretungen, Wandlung in der Nachfrage der Konsumenten, Absatzverlusten durch Industrialisierung ehemaliger Absatzgebiete, und in Ausfuhrhemmungen durch protektionistische Maßnahmen des Auslandes zu sehen sind.

Schon in dieser Zeit zeigen sich Spannungen zwischen Produktion und Verbrauch. Vom Herbst 1927 bis Sommer 1929 ist die industrielle Erzeugung etwa auf gleichem Stand verblieben. Jedoch stieg schon der Auftragseingang nicht mehr an, die Kapitalversorgung der Industrie verschlechterte sich und einige Rohstoffmärkte brachen zusammen. Auch die Beschäftigung der Industriearbeiter ging etwas zurück. Die industrielle Produktion als Ganzes wurde von diesem leichten Rückgang noch nicht erfaßt.

Störungen, die durch Aussperrungen in der Großeisenindustrie (Herbst 1928) und scharfen Kälteeinbruch (Januar—Februar 1929) verursacht waren, wurden wieder überwunden. Die Warenpreise gingen

[1]) Muß, Max: Die Wirtschaftskrise in Deutschland, S. 15.

leicht zurück, jedoch war dieser Rückgang nicht so stark, daß eine schärfere Senkung der Erlöse die Folge gewesen wäre. Einzelne, mit der Verbrauchswirtschaft in enger Verbindung stehende Wirtschaftszweige wurden jedoch schon mehr vom Abstieg betroffen.

Mitte 1929 setzte dann der stärkste Abschwung der Industrie ein, verursacht durch Aufhören der Exportkonjunktur, durch Abstoppen des Einfließens der Auslandskredite, dadurch bedingt Entstehen von Kapitalknappheit im Inlande und weiterhin verschärft durch Erschöpfen sämtlicher inländischer Reserven. Dadurch wurde nun auch die Produktionsgüterindustrie stark betroffen. In [2]) 20 Monaten wurden 3 Millionen Arbeiter arbeitslos. Durch die dadurch gesunkene Einkommensbildung nahm der Druck auf die Konsumgüterindustrien noch einmal zu. Die Kapazitätsausnutzung der Industrie sank in dieser Zeit um 30 %.

Zu Beginn des Jahres 1931 traten gewisse Konsolidierungstendenzen auf, so fern man als solche die Tatsache ansehen will, daß das Produktionsvolumen nicht mehr weiter sank, sondern sich auf gleichem Stande hielt. Dabei fielen die Geldsätze, der Kapitalmarkt wurde flüssiger, die Emissionen nahmen in geringem Umfange zu.

Schon im Herbst 1930 hatte aber ein neuer Abzug von Auslandsgeldern eingesetzt. Die fünf Berliner Großbanken verloren vom August bis September 1930 700 Mill. Mk. [3]), das sind 6 % ihrer Kreditoren, ruckartig. Daraus ist ersichtlich, wie stark die Abzüge waren. Der Abruf ließ im Dezember etwas nach, bröckelte aber immer weiter, bis im Mai 1931 der Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt das Signal für Frankreich war, seine Gelder aus der ganzen Welt zurückzuziehen, so daß die Länder, die das französische Geld an Deutschland weitergeliehen hatten, notgedrungen dasselbe bezüglich ihrer Kapitalien tun mußten. Das führte zu den heftigsten Liquidationserschütterungen der deutschen Banken, die vielfach kurzfristiges Geld der Industrie langfristig zur Verfügung gestellt hatten. Nach Schätzung des Wiggin-Ausschusses sind von Anfang 1931 bis Ende Juli 1931 etwa 2,9 Mill. Mk. [4]) ins Ausland abgeflossen. Nach Muß beträgt die Kreditorenabnahme etwa 28 % der Bestandssumme, wenn man diese vergleicht vom Oktober 1931 mit Oktober 1930.

Die Kredit-Deflation, denn um eine solche handelte es sich in der Krise 1931, hatte die schärfsten Rückwirkungen auf die Wirtschaft insofern, als jeder Abzug die Produktion drosselte. Dieselbe Wirkung hatte ein mit der Kreditbeschränkung parallel laufender und durch sie im wesentlichen verursachter Preisrückgang aller Produkte. Weiterhin schrumpfte der Export gewaltig zusammen und die Einkommensbildung war gehemmt. Alles das führte auch zu einem Anwachsen der Arbeitslosen. Im folgenden sind die Zahlen der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen von 1929 bis 1932 angegeben (in Mill.).

*)	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1929	2,850	3,050	2,484	1,712	1,350	1,260	1,252	1,472	1,324	1,557	2,036	2,851
1930	3,218	3,366	3,041	2,787	2,635	2,641	2,765	2,883	3,004	3,252	3,699	4,384
1931	4,887	4,972	4,744	4,358	4,054	3,964	3,990	4,215	4,355	4,624	5,060	5,668
1932	6,042	6,128	6,034	5,739	5,583	5,476	5,392	5,224	5,103	5,109	5,358	5,773

[2]) Industrielle Produktion, Sonderheft 10 v. Wirtschaft u. Statistik, S. 7 u. 8.

[3]) Schmaltz, Bankbetrieb u. Bankorganisation. Vorlesung WS. 1933. Halle.

[4]) Muß, a. a. O. S. 22.

[5]) Kurven u. Zahlen zur Wirtschaftslage in Deutschland. I. F. K. 1932, S. 8.

Die in der vorstehenden Tabelle angeführten Zahlen für 1932 charakterisieren den konjunkturellen Verlauf des Jahres. Der Rückgang des Produktionsvolumens setzte sich im ersten Halbjahr noch fort. Allerdings war das Tempo gegen früher langsamer geworden. Im Herbst setzte eine vorübergehende Belebung der Verbrauchsgüterindustrien durch Auslösung der durch die vorhergegangene Gehalts- und Lohnkürzung erzeugten Bedarfsstauung ein.

Ein ähnliches Schicksal hinsichtlich ihrer Entwicklung in der Krise hatte die deutsche Landwirtschaft. Das ihre ist zum Teil ursächlich durch das der Industrie bedingt gewesen. Die Verschuldung der Landwirtschaft, deren Gründe nicht untersucht werden sollen, hatte 1924 eingesetzt und stieg in der Folgezeit immer mehr an, wobei zu bemerken ist, daß der ostelbische Großbesitz am meisten belastet war. Dabei muß bedacht wurden, daß sich die Zinsbelastung wesentlich höher als vor dem Kriege stellte, daß die Verkaufserlöse trotz der bekannten Zollmaßnahmen der Regierung sich im dauernden Rückgang befanden, weil die Industriekrise auf die Produktpreise drückte.

b) Mitteldeutschland.

Der Verlauf der Krise im mitteldeutschen Raum ist ein verhältnismäßig genaues Abbild der gesamtdeutschen Wirtschaft, muß es sein, weil die Struktur dieser Wirtschaftslandschaft im ganzen gesehen mit der des Reiches übereinstimmt. Die Verteilung der Erwerbstätigen auf Landwirtschaft und Industrie ist z. B. etwa gleich der des Reichs. Sie beträgt für unser Gebiet 31,3 : 40,7, für das Reich 23,0 : 41,3.

Bei uns liegt also, wie schon allein aus diesen Zahlen zu erkennen, eine durchaus angemessene Verteilung der Wirtschaftszweige vor. Sollen die Arbeitslosenzahlen als Krisensymptome, als Merkmale der verhältnismäßigen Krisenwiderstandskraft der Struktur einer Wirtschaftslandschaft angesehen werden, so ist festzustellen, daß ihre Zahl in unserm Bezirk als durchschnittlich anzusehen, daß der Krisenverlauf in dem in Frage stehenden Wirtschaftsgebiet als durchschnittlich bezeichnet werden kann.

Die Braunkohlenindustrie hatte im Jahre 1926 infolge des englischen Bergarbeiterstreiks eine Produktionssteigerung erfahren. Damit war auch ein Aufschwung in der Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie eingetreten. Weiterhin war im Bezirk eine Belebung des Groß- und Einzelhandels festzustellen.

1927 war ein Jahr der Hochkonjunktur. Im Bergbau und in der chemischen Industrie stiegen gegenüber dem Vorjahr Förder- und Herstellungsziffern. Auftragseingang und Beschäftigungsgrad waren sehr befriedigend. Teilweise mußten, um die angenommenen Aufträge erledigen zu können, auswärtige Arbeitskräfte herangezogen werden. Man vermochte die Arbeiterlöhne um 9 %, die Handwerkerlöhne um 13,6 % zu erhöhen. Weiter gingen Konkurse und Geschäftsaufsichten zurück, die Wagengestellung der Reichsbahn stieg erheblich.

1928 hatte im ganzen einen steigenden Verlauf genommen. Am Ende des Jahres machten sich aber Anzeichen des beginnenden Abschwunges bemerkbar. Die Förderziffern und Belegschaftszahlen stiegen zwar im Bergbau, der Absatz der Produkte aber ließ nach. Die chemi-Industrie konnte ihre Erzeugungshöhe halten. Ebenso hielt die Nachfrage nach ihren Produkten noch an. Die Wagengestellung der Reichsbahn vermehrte sich noch, Konkurse und Vergleichsverfahren nahmen aber schon zu.

Die mitteldeutsche Wirtschaftslandschaft wurde dann im Jahre 1929 von dem allgemeinen Konjunkturrückgang stark betroffen. Die Lage auf den Metallmärkten verschlechterte sich und die Preise für Walzwerksprodukte gingen zurück. Der Braunkohlenbergbau bezeichnete das Jahr als ein solches langsamer forschreitender Entwicklung, klagte aber über schlechte Beschäftigung der Abnehmerindustrien.

Der Hausbrandabsatz war befriedigend. Die chemische Großindustrie konnete eine Steigerung des Gesamtumsatzes erzielen, hatte aber Bedenken hinsichtlich der Inlandsabnehmer. Die Preise für industrielle Rohstoffe und Fertigfabrikate gingen zurück, der Großhandelsindex sank, die Arbeitslosenzahlen stiegen. Die Arbeitslosigkeit war besonders stark im halleschen, bitterfelder und zeitzer Bezirk. Sie betrug in Prozent von Dezember zu Dezember (1928/29) 180 %, 200 % und 67 %. Im Reich stellte sie sich auf nur 20 %. Auch die Landwirtschaft wurde 1929 aufs härteste durch ungenügende Preise getroffen, zumal in dem genannten Jahr die Zuckerrübenernte im Gegensatz zu andern Anbaugebieten Deutschlands schlecht ausfiel.

Im Verlauf des Jahres 1929 verschärfte der gekennzeichnete Rückgang der Wirtschaft sein Tempo immer mehr. Besonders hart wurden die Kupferbetriebe der Mansfeld A. G. durch die immer mehr rückläufigen Preise des Kupfer betroffen. Ein Notprogramm zur Deckung der Verluste sah unter anderm steuerliche Erleichterungen, Frachtermäßigungen und eine Senkung der Löhne und Gehälter um 15 % vor. Belegschaft und Gewerkschaften lehnten eine derartige Maßnahme als untragbar ab, so daß die Gesellschaft sich zu einer Stillegung der Betriebe veranlaßt zu sehen glaubte. Nach Vereinbarungen mit der Regierung, die sich verpflichtete, einen gewissen Zuschuß zu zahlen, wenn die Betriebe erhalten blieben und Unterhandlungen mit den Gewerkschaften, die sich zu einer Senkung der Löhne um 9,5 % und später nochmals um 3,4 % bereit fanden [6]), konnten die Werke weitergeführt werden. Im übrigen ging infolge der Inlandskrise der diesbezügliche Kupferabsatz zurück und der Export nicht nur der des Kupfers sondern auch der Nebenerzeugnisse schrumpfte zusammen.

Minderbeschäftigung der Industrie, sinkende Kaufkraft, die Preissenkungsaktion und endlich verschärfend die milde Witterung ließen Produktion und Absatz der Braunkohle erheblich zurückgehen. Während der Absatzschwund sich gleichmäßig verteilte, war der Brikettverkaufsrückgang besonders stark im bitterfelder und halleschen Bezirk. Der Hausbrandabsatz war infolge der milden Witterung unbefriedigend, ja, lag sogar in einzelnen Monaten ganz still. Diese Ursachen führten zur Erhöhung der Stapelbestände, zur Einlegung von Feierschichten und zur Vornahme von Entlassungen. Außerdem verschlimmerte eine Lohnerhöhung die Lage.

Eine Ausnahme bei allgemeinem Niedergang aller Industrien machten gewisse Zweige der chemischen Industrie. Das trifft aber nur zu, soweit die I. G. Farbenindustrie in Frage kommt. Sie hatte, abgesehen vom Stickstoffgeschäft, das leicht rückgängig war, in dem auch Produktionseinschränkungen vorgenommen werden mußten, insgesamt gesehen nur ein leichtes Absinken zu verzeichnen gehabt. Die andern Gesellschaften des Bezirks dagegen hatten unter Absatzrückgang zu leiden und mußten zu Produktionseinschränkungen und Entlassungen schreiten.

Hatte die Krise in den voraus gegangenen Jahren immer nur einzelne Zweige der Industrie eines Wirtschaftsgebiets erfaßt, so setzte mit 1930 ein gleichmäßig starker Rückgang aller ein. Die ersten Monate des Jahres brachten vielfach ein leichtes Beleben einzelner Sparten. Im Verlauf des Jahres setzte sich dann aber eine immer stärker werdende Abwärtsentwicklung durch, so daß am Ende 1930 sämtliche Industriezweige und von ihnen beeinflußt auch die Landwirtschaft einen nie dagewesenen Tiefstand erreicht hatten.

Aber erst das Jahr 1931 sollte den tiefsten Punkt wirtschaftlicher Entwicklung darstellen. Die durch die ausländischen Geldabzüge verursachte Kreditdeflation traf die Wirtschaft unsres Gebiets direkt oder indirekt wie die ganz Deutschlands aufs schwerste. Hatte

[6]) Jahresbericht der Industrie- u. Handelskammer Halle 1929 S. II.

dank der günstigen industriellen Struktur die Wirtschaft des Gebiets eine hohe Widerstandskraft gezeigt, so wurden in dem allgemeinen Niedergang 1931 diese ausgleichenden Tendenzen vollkommen überdeckt.

Die Kupferpreise fielen weiter. Mansfeld schloß ein neues Abkommen mit Reich und Preußen, auf Grund dessen die Subventionsfragen eine den verschlechterten Verhältnissen angepaßte Regelung erfuhren. Gleichzeitig wurden die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten nochmals um 10 % (später 1932 um weitere 9 %) gesenkt. Durch diese Maßnahmen war ein nochmaliges Weiterführen der Kupferbetriebe möglich. Inlandsabsatz, Zahlungsbereitschaft und Zahlungsmöglichkeit der Kundschaft erlitten Einbuße. Auf den Auslandsmärkten wurde der Absatz des heimischen Kupfers durch die Währungsverschlechterungen des Pfundes und der nordischen Valuten erschwert. Am Ende des Jahres wurden nach vorhergegangenen Entlassungen Feierschichten und Kurzarbeit eingelegt.

Im Braunkohlenbergbau war auch weiterhin ein Rückgang, der allerdings geringer als der vorjährige war, zu verzeichnen. Die Ursachen des Absinkens liegen wie bei dem aller Wirtschaftszweige in der schlechten Beschäftigungs- und Geschäftslage der Industrien und in dem dadurch hervorgerufenen Kaufkraftrückgang des gesamten deutschen Volkes. Das Verlangsamen des Rückgangstempos führte die Braunkohlenindustrie auf die von ihr in den letzten Jahren vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen zurück. Die Abnahme der Kohlenförderung war stärker im bitterfelder als im halleschen Revier. In der Brikettherstellung hatte allerdings der bitterfelder Bezirk eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Da Hausbrand wenig und Industrieabsatz kaum belebt waren, wurde im wesentlichen auf Stapel gearbeitet.

1931 wurde nun auch die chemische Industrie in allen Zweigen aufs heftigste von dem Niedergang betroffen. Kaufkraftschrumpfung, im Inland und Marktverluste durch protektionistische Maßnahmen im Ausland riefen Produktionseinschränkungen, Entlassungen und Stilllegungen hervor. Die Lage wurde besonders auf dem Düngemittelmarkt verschärft durch Verschlechterung der Kreditlage der ausländischen Käufer, durch das Valutadumping und durch die trostlosen Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft, zumal deren Ernte ungünstig ausgefallen war. In allen Industriezweigen forderte die Krise ihre Opfer. Die schon oben zur Charaktarisierung der Lage herangezogene Wagengestellung der Reichsbahndirektion Halle ging nach Angaben der [7]) Industrie- und Handelskammer Halle 1931 gegen 1930 um 9,6 %, gegen 1929 um 27,1 % zurück. Der Ernst der wirtschaftlichen Lage Deutschlands war am besten an der Tatsache des 13. Julis und seiner panikartigen Folgen zu ersehen.

Die Wirtschaft hatte auch im Jahre 1932 eine rückläufige Bewegung aufzuweisen. Der tiefste Punkt des Jahres war der August. Danach setzte ein leichtes Ansteigen durch die schon oben geschilderten, durch die lange Dauer der Krise verursachten Bedarfsstauungen, die sich auslösten, ein. Die Lage der Wirtschaftszweige des Bezirks wies gewisse Verschiebungen im positiven Sinne gegen 1931 auf, im ganzen aber blieb der Tiefstand weiter erhalten. Im Kupferbergbau stellten sich Devisenschwierigkeiten ein, die das Auslandsgeschäft nachteilig beeinflußten. Im Braunkohlenbergbau stiegen nach anfänglicher Abnahme die Stapelbestände wie folgt:

[7]) a. a. O. 1931, S. 10.

Brikettstapelmengen infolge Absatzmangels im Mitteldeutschen Braunkohlensyndikatsbezirk.

Monat		Menge [Ztr.]	Monat		Menge [Ztr.]
April	1932	399 498	Oktober	1932	395 339
Mai	„	3 383 317	November	„	434 604
Juni	„	86 562	Dezember	„	464 149
juli	„	280 566	Januar	1933	402 179
August	„	432 628	Februar	„	410 137
September	„	312 953	März	„	533 252

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit im Braunkohlenbergbau wurden ergriffen durch Streckung der Arbeitszeit und durch Einlegen von Feierschichten. Eine besondere Benachteiligung gegenüber andern Kohlengebieten erlitt der mitteldeutsche Bergbau durch die neuen Kohlentarife der Reichsbahn vom 16. Dez. 1931, die ihn schlechter als den andere Bezirke stellte, was sich in einem Rückgang auswirken mußte.

Die chemische Industrie hatte vor allem mit mangelhaften Auslandsabsatz zu kämpfen. Wie schwer die Lage war, zeigt das Beispiel der Bayrischen Stickstoffwerke A. G., die das Werk vorübergehend stillegen mußte. Die Elektrizitätswirtschaft hatte über starken Stromrückgang zu klagen, wobei zu bemerken ist, daß der Rückgang stärker in der Belieferung industrieller als landwirtschaftlicher Gebiete war.

Am sinnfälligsten wird der Tiefstand der Wirtschaft an den Arbeitslosenzahlen. Sind sie doch der beste Ausdruck für das Darniederliegen aller schaffenden Kräfte. Im folgenden seien die Arbeitslosen unsres Bezirks zu Beginn des Jahres 1933 angeführt:

Die Zahl der Arbeitslosen in Mitteldeutschland[9] am 30. 1. 1933.

Kreis	Zahl	Kreis	Zahl
Bitterfeld	9 997	Sangerhausen	4 772
Delitzsch	4 706 Wolu	Schweinitz	838
Eckartsberga	857 Wolu	Torgau	2 908
Liebenwerda	3 314	Weißenfels	4 951
Mansfelder Geb.-Kreis	2 531	Weißenfels, Stadt	5 166
Mansfelder See-Kreis	5 062	Wittenberg	2 750
Eisleben, Stadt	1 589	Wittenberg, Stadt	2 500
Merseburg	10 989	Zeitz	2 386 Wolu
Merseburg, Stadt	3 200	Zeitz, Stadt	3 365 Wolu
Naumburg, Stadt	2 776	Saalkreis	7 305
Querfurt	2 954 Wolu	Halle	26 734

Wolu = Wohlfahrtserwerbslose allein.

II. Die Art der Arbeitslosigkeit der gegenwärtigen Krise.

Bei Beginn der gegenwärtigen Krise glaubte man annehmen zu können, man stände am Anfang einer jener bekannten Konjunkturzyklen, die im letzten Jahrhundert meistens in Spannen von 8 Jahren aufgetreten waren, glaubte also eine jener mittleren Wellen vor sich zu haben, die jedesmal ihre Heilung kraft des der freien Ertrags-

[8] Bericht des Deutschen Braunkohlenindustrievereins 1932/33, S. 36.

[9] Mitgeteilt von den Kreiswirtschaftsberatern des Gaues Halle-Merseburg.

wirtschaft immanenten Automatismus gefunden hatten, deren Verlauf sich kurz skizziert etwa folgendermaßen darstellt: In der Depression sind Löhne, Preise und Zinsen und damit aber auch Gestehungskosten gesunken. Auf dem Geldkapitalmarkt sammeln sich flüssige Gelder der Unternehmungen und der Sparer an. Sie werden vom Unternehmer infolge des billigen Zinses zur Steigerung der Erzeugung benutzt. Im Verlauf des sich nun anbahnenden Aufschwunges tritt ein Anziehen der Preise, ein Steigen der Beschäftigtenzahl und der Lohnhöhe ein, die schließlich einen Höchststand in der Konjunktur erreichen. Die wachsende Beanspruchung der Banken läßt den Zinsfuß steigen, die Produktionskosten steigen damit ebenfalls, die Investionen kommen zum Stillstand, die Preise fallen, die Kreditbereitschaft der Banken sinkt: eine neue Depression ist entstanden. Und nun kann der Zyklus von neuem beginnen.

Die Schwere des Einbruchs der Krise in die Wirtschaft, der noch nie dagewesene Tiefstand aller ihrer Zweige, ließen Zweifel an der Meinung, es handle sich im gegenwärtigen Stadium um eine sogenannte mittlere Welle, die ihre Heilung aus sich selbst zu finden vermöchte, aufkommen. Der Niedergang glich in seiner Folgenschwere vielmehr denjenigen, die den napoleonischen Kriegen und den 70er Jahren folgten. Man bezeichnete ihrer etwa 20jährigen Dauer wegen diese Abstiege als lange Wellen. Beide Wellenarten unterscheiden sich aber nicht nur durch ihre Dauer, sondern auch durch ihre Dynamik. Die mittlere Welle ist, wie oben dargelegt konjunkturell verursacht, das Entstehen der langen Welle ist auf strukturelle Ursachen zurückzuführen. Die erstere hat ihre Ursachen lediglich in der Wirtschaft selbst, kann also aus dieser geheilt werden. Die verursachenden Kräfte der zweiten liegen außerhalb der Wirtschaft in Politik, Technik etc. und entspringen dem sich durch sie geänderten Wirtschaftsgefüge. Nur die Beeinflussung dieser Kräfte kann dann auch eine Veränderung und Heilung der Depression der zweiten Art herbei führen.

Das zweite Unterscheidungsmerkmal, die Dauer, ist bei Beurteilung einer Depressionslage nicht so sehr ausschlaggebend. Die Dauer regelt sich bei den mittleren Wellen gemäß des Automatismus der Wirtschaft von selbst. Je nachdem dieser funktioniert oder gehemmt ist, läuft die Krise ab oder verharrt. Bei den langen Wellen ist sie, das wird besonders mit Hinblick auf unsre Krise klar, abhängig von der Erkenntnisfähigkeit der Krisenursachen einerseits und von der Handlungsbereitschaft, diese Ursachen zu beseitigen, andrerseits. Es ist also durchaus möglich, daß die Dauer einer sog. langen Welle kürzer ist als die einer kurzen Welle und daß trotzdem eine lange Welle vorliegt.

Die Schwere des Niedergangs im gegenwärtigen Stadium im Verein mit der sich allmählich auftuenden Erkenntnis der sie verursachenden Kräfte ließen trotz der im Verhältnis zu den Krisen der napoleonischen Zeit und der 70er Jahre kurzen Ablaufsperiode die Überzeugung entstehen, daß in unserm Falle eine lange Welle vorläge, daß also die Niedergangsbewegung in engem Zusammenhang mit der sich geänderten Wirtschaftsstruktur stehen müsse.

Im vorangegangenen Abschnitt waren die Arbeitslosenzahlen als deutlichster Ausdruck des Abstiegs angeführt worden. Wirtschaftsabstieg und Erwerbslosenanstieg haben also dieselben Ursachen, die, wie bemerkt, zum Teil in den Strukturveränderungen der Wirtschaft liegen. Es ist nun hier nicht der Ort, sämtliche Veränderungen der deutschen Wirtschaft, die zum Niedergang beitrugen, einer Untersuchung zu unterziehen. Vielmehr erfährt die Arbeit eine zweifache Einengung. Einmal werden lediglich die Strukturveränderungen betrachtet, die als ursächlich hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen angesehen werden können, zum andern ist die Grenze der Untersuchung durch das Gebiet des mitteldeutschen Bezirks gegeben.

Die Gesamterscheinung Arbeitslosigkeit umfaßt folgende Begriffe: individuelle, normale, saisonale, konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit. Für die vorliegende Untersuchung ist der letzte Begriff Richtmerkmal und kann es auch sein, weil die andern Arten der Arbeitslosigkeit infolge der Schwere der Krise vollkommen überdeckt wurden. Für die 3 ersten Arten erscheint das Verfahren durchaus gerechtfertigt. Um hinsichtlich der Nichtbehandlung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit Zweifel zu beseitigen, möge bedacht werden, daß die durch sie freigesetzten Arbeitslosen in keinem Verhältnis zu denjenigen stehen, die durch die letzte Krise erwerbslos wurden. Die Erwerbslosen in der Krise 1901/02, die konjunkturelle Gründe hatte, betrugen rd. 27 000, 1932 waren aber über 6 Mill. arbeitslos.

Bekanntlich traten innerhalb des Zeitablaufs der langen Wellen im vorigen Jahrhundert auch immer wieder die mittleren auf, die sich als kurzjährige Depressionen um die langjährigen schlängelten. Die Konsolidierungsanbahnung im Frühjahr 1930, die mit dem Sinken der Preise, der Zinssätze, der Geldmarktverflüssigung und Emissionszunahme dasselbe Gesicht wie der Beginn eines konjunkturellen Anstieges hatte, kann als das Sichanbahnen einer mittleren Welle angesehen werden. Diese Konsolidierungstendenzen fanden aber schon im Herbst 1930 mit dem erneuten Einsetzen der Geldabzüge des Auslandes ein Ende, so daß die konjunkturelle Entlastung der Arbeitslage keinerlei Bedeutung erlangte.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit, die hier in Frage steht, hat ihre Ursachen im Gestaltwandel der Wirtschaftsweise. Änderungen dieser Gestalt können sich vollziehen.

1) in den Grundlagen, d. h. es kann ein Wandel eingetreten sein am Raum (Erweiterung -Verengung, im Willen der Nation (Verdrängung der herrschenden Rasse-Eindringen einer andern) im Volkstum (Bevölkerungsbewegung, Wachsen etc. und in der Technik (stationär-revolutionär)

2) im Größenverhältnis von Industrie, Landwirtschaft, Handel etc. zueinander, im Verhältnis von Groß- und Kleinbetrieb, in der betrieblichen Konzentration, Veränderungen bezüglich der Marktwirtschaft und der unternehmungsweisen Produktion, in der Mischung der Produktionszweige untereinander und in der Siedlungsweise.

3) in der Organisationsform: im Wechsel von Liberalismus, Protektionismus, usw.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist eine Folge eines solchen dauernden Wandels der Wirtschaftsgestalt und zeigt sich in Freisetzungen von Arbeitskräften infolge verkleinerten Absatzraumes, Verlustes von Exportmärkten, veränderter Volkszahl, infolge Ausschaltung von Produktionszweigen durch technischen und wirtschaftlichen Wandel, durch übermäßige Rationalisierungsmaßnahmen. Sie kann durch ungünstige Verhältnisse der Wirtschaftszweige zueinander verstärkt werden. Weiterhin spielt auch die Siedlungsweise eine Rolle und ebenso der Grad der Eigenwirtschaft zur Marktwirtschaft. Das Wirtschaftssystem ist insofern von Einfluß, als in jedem einzelnen die Arbeit als für die Wirtschaft verschieden bedeutig angesehen wird, die Maßnahmen den Erwerbenden zu schützen andere und damit auch die Bemühungen zur Erhaltung des Arbeitsplatzes andere sein werden.

Die Aufgabe, die strukturellen Gründe der Arbeitslosigkeit zu untersuchen, ist auf den mitteldeutschen Raum beschränkt. Dieser Raum aber ist ein Glied am Gesamtorganismus Deutschland. Betrachtet man die vorstehend aufgezählten Ursachenmöglichkeiten unter diesem Aspekt, so erhellt, daß ein Teil der Probleme nur vom Gesamtorganismus her gesehen und geklärt werden kann, weil die Wirkungen der Ursachen vom Gesamtraum ausgehen und sich auf die Gliedräume verteilen und nur mittelbare Folgen zeitigen, so daß damit aber eine exakte Zurechnung im Gliedraum nicht erfolgen kann.

Es ist also nur für den verbleibenden Rest möglich, die Ursachen im mitteldeutschen Raume empirisch nachzuweisen und zwar deshalb, weil hier die Ursachen vom Gliedraum ausgehen und unmittelbar auf diesen wirken und Veränderungen hervorrufen.

Die Kräfte im Gesamtorganismus Deutschland und im Glied Mitteldeutschland greifen ineinander und übereinander. Dadurch aber wird das Thema umfassend und kompliziert. Weiterhin tritt eine Erschwerung dadurch ein, daß mit dem Thema Arbeitslosigkeit die meisten Fragen der Wirtschaftswissenschaft berührt werden. Diese Fragen haben bis jetzt meistens eine theoretische Klärung für Gesamtdeutschland gefunden, die Hauptfaktoren der Verursachung sind herausgestellt und ihre Formen methodisch in Isolierung betrachtet worden, wodurch sich die großen Linien klar herausstellen ließen.

Das theoretische Schema muß auch bei der vorliegenden Untersuchung angelegt werden. Natürlich sind damit alle Einschränkungen bezüglich Vollständigkeit und Möglichkeit der Ursachenforschung hier in Kauf zu nehmen. Aus diesen Gründen ist es also nicht möglich, eine Reihe von Ursachen in ihrer Wirkung auf das mitteldeutsche Gebiet zahlenmäßig zu belegen, so daß sie nur von der gesamten Volkswirtschaft aus aufgezeigt werden können und von hier aus auch nur in ihren Ausstrahlungen auf Mitteldeutschland im allgemeinen Erwähnung zu finden vermögen.

Mit Hinblick auf diese sich aus dem Thema und dem Material ergebende Komplizierung wird sich für den Verlauf der Arbeit eine Anordnung ergeben, nach der in einem Teil die Ursachen der Arbeitslosigkeit an der gesamten deutschen Wirtschaft nachgewiesen werden, in einem zweiten diejenigen Erwähnung finden, die dem mitteldeutschen Raum ohne Schwierigkeit zuzuordnen sind.

III. Strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Nachweisbar an der deutschen Gesamtwirtschaft.

a) Der Raum.

Der einer Nation zur Verfügung stehende Raum und seine Bevölkerungszahl stehen hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeit in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis. Eine Verkleinerung des Raumes bei steigender Volkszahl muß dieses Verhältnis zu Ungunsten der Erwerbsmöglichkeiten der Bevölkerung im Arbeitsprozeß beeinflussen. In Deutschland der Nachkriegszeit scheinen derartige Verhältnisse vorzuliegen.

Die Verluste, die aus dem Versailler Vertrag erwuchsen, betrugen an Gebiet 13 % [1]), an Ackerland 15 % und an Bevölkerung 10 %. Da die abgetretenen Gebiete hinsichtlich ihrer Produktion vor allem landwirtschaftlich orientiert und damit weniger dicht bevölkert waren, trat im verbliebenen deutschen Gebiet eine relative Stauung der Bevölkerung ein.

Die Bevölkerungsdichte betrug pro qkm 1871 76,8; 1910 120; 1925 133,1 und 1933 139,1. Sie ist damit [2]) mehr als dreimal so groß als die durchschnittliche Bevölkerungsdichte Europas.

Ein weiteres Verschieben des Verhältnisses Raum: Bevölkerung vermag die Wanderung herbeizuführen. Die Wanderungsbilanz Deutschlands ist seit 1870 meistens passiv gewesen. In der Periode 1910 25 war sie aber mit rd. 330 000 Menschen aktiv [3]). Dieses Anwachsen ist durch aus dem Krieg sich ergebende Umstände begründet. Die Auslandsdeutschen strömten zurück, Flüchtlinge aus abgetretenen

[1]) Ehehalt, a. a. O. S. 42.
[2]) Wirtschaft u. Statistik, Sonderheft Nr. 12, S. 12.
[3]) Wirtschaft u. Statistik, Heft 12, 1934, S. 23.

Gebieten kamen nach Deutschland und eine beträchtliche Summe von Ostjuden ließ sich im deutschen Reichsgebiet nieder. Aber schon im Zeitraum 1925 33 ist die Bilanz wieder mit 263 961 Personen passiv [4]. Es sind also 1/4 Mill. Menschen mehr aus- als eingewandert, so daß die eingetretene Mehrbelastung des Raumes durch Menschen wieder ausgeglichen ist. Damit scheidet aber dieser Umstand als Störungsfaktor der Beschäftigungsmöglichkeit aus.

b) Die Bevölkerungsstruktur.

Der Altersaufbau der Reichsbevölkerung ist insofern von Einfluß auf das Wirtschaftsleben, als ein verstärktes Einrücken der Personen in das erwerbsfähige Alter von 14 bis 65 Jahre eine stärkere Zunahme der Erwerbstätigen und also eine stärkere Belastung des Arbeitsmarktes vermuten läßt und umgekehrt.

Der unaufhörliche Kreislauf der Geburten und Sterbefälle gewährleistet bei gleichmäßigem Ablauf einen unveränderten Altersaufbau der normalerweise das Bild der Pyramide bietet. Dieses Bild ist im gegenwärtigen Stadium gestört durch den Einfluß der Kriegsjahre, die sich hier mit ihren Kriegsverlusten und Geburtenausfällen bemerkbar machen. Auf einer schmalen Basis steht ein überbreiter Altersaufbau. Hierdurch tritt die Überalterung des Volkskörpers klar zu Tage.

Der Anteil der Erwerbsfähigen ist zunächst gewachsen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt:

1910 rd. 63 v. H. [5]
1925 rd. 69 v. H.
1933 rd. 70 v. H.

Wie aus dem vorstehenden zu vermuten ist, nahm mit den Erwerbsfähigen auch die Zahl der Erwerbstätigen zu. Ehehalt [6] stellt hierzu folgendes fest: die Gesamtbevölkerung ist 1935 gegenüber 1907 gewachsen um 13,5 %. Die Erwerbsfähigen haben zugenommen um 24,4 % die Erwerbstätigen um 27,2 %. Im Zeitraum 1925 33 erfolgt ein nochmaliges aber erheblich geringeres Wachsen. Die Gesamtbevölkerung nimmt zu um 4,4 %, die Erwerbsfähigen um 0,9 % und die Erwerbstätigenprozente fallen infolge der Krise um 15,7 %. Eine Belastung ist also durch Zunahme der Erwerbsfähigkeit nicht erfolgt. Die Spannung muß der vergangenen Zeit (1907/25) angerechnet werden.

Dasselbe gilt für die Frauenarbeit. Nach Angaben Ehehalts sind die weiblichen Erwerbspersonen im Zeitraum 1907/25 um 30,5 %, die erwerbstätigen Frauen um 35 % gestiegen. Die Periode 1925 33 brachte keinen neuen Anstieg dieser Zahlen. Bezeichnend aber dafür, daß die Frauenarbeit eine Verengung der Arbeitslage herbeigeführt hat, ist, daß die Arbeitslosigkeit der Frauen prozentual in der Steigerung hinter derjenigen der Männer zurückbleibt. Die Zahl der männlichen Erwerbslosen stieg 1925 33 um 886,0 %, die der Frauen um 619,2 %. Diese Gegensätzlichkeit hat ihren Grund in dem Einströmen der Frauen in Berufe, die früher von Männern besetzt waren.

Die Zunahme der Erwerbstätigen stellt aber an sich solange keine Belastung dar, als genug Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist. Vor dem Kriege ist mit der sich steigernden Erwerbsfähigenzahl eine steigende Geburtenzahl verbunden gewesen. Dieses letzte Moment,

[4]) Wirtschaft u. Statistik, Heft 12, 1934, S. 23.
[5]) Wirtschaft u. Statistik, 15. Jahrgang, Nr. 6, S. 195, 14. Jhrg., Nr. 24, S. 6/7.
[6]) a. a. O. S. 45.

das Arbeit schaffte, fällt für unsre Zeit aus, und hierin liegt von der Seite der Bevölkerungsstruktur gesehen der Störungsfaktor, der strukturelle Arbeitslose entstehen ließ.

Bei der Zunahme der Bevölkerung von 1910[7]) bis 1933 um etwa 10 % hat die Zahl der Kinder (D. s. diejenigen bis 14 Jahren) um etwa 25 % abgenommen, die der Erwerbsfähigen um fast das gleiche zugenommen. Die Zahl der alten Leute (D. s.. Personen über 65 J.) vermehrte sich um rd. 30 %. Es geht daraus hervor, daß sich in 20 Jahren das Verhältnis der deutschen Wirtschaft zur deutschen Bevölkerung grundlegend verschoben hat.

Der Produzentenschicht stehen in der Volkswirtschaft als Nurverbraucher Kinder und alte Leute gegenüber. Sinkt die Zahl der Kinder durch Geburtenausfall in so starkem Maße wie bei uns, so ist klar, daß ein Teil der Produzenten, die die Bedürfnisse dieser Kinder zu befriedigen hatten, aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden mußten, weil einer der größten Inlandsmärkte damit verloren ging. Eine Vorstellung von diesem Ausfall vermag die Zahl der nichtgeborenen Kinder zu geben. Nach Mühlner hatten wir 1910 18,1 Mill. Kinder, 1930 aber nur noch knapp 15 Mill. Entsprechend der Struktur des Altersaufbaus der Vorkriegszeit hätten wir 1933 mit rd. 24 Mill. Kindern rechnen können. D. h. also, daß in Deutschland 9 Mill. Kinder (also reine Konsumenten) weniger geboren wurden, als nach der Vorkriegsentwicklung zu erwarten gewesen wären. Weite Teile der Wirtschaft, die den Bedürfnissen dieser Kinder hätten dienen sollen, liegen durch diesen Ausfall brach.

Aus dieser Untersuchung ist ersichtlich, wie vollkommen falsch der in der Vergangenheit vertretene Standpunkt war, daß ein Volk auf engem Raum der Gefahr der Überbevölkerung durch Geburteneinschränkung entgegen arbeiten müsse. Eine derartige Anschauung kann nur bei rein rechenhafter Betrachtung der Verhältnisse aufkommen. Bei Anwendung derartiger Untersuchungsmethoden muß allerdings jede Steigerung der Bevölkerungszahl im Raum eine Verminderung der Arbeitsmöglichkeit bedeuten. Bei Betrachtung der organischen Zusammenhänge ergibt sich aber folgender Schluß:

Der Geburtenrückgang, die Geburtenreglung von der man glaubte, sie entspräche rechtlich und moralisch den Zeitnotwendigkeiten, haben also nicht der Arbeitslosigkeit entgegen gearbeitet, sondern haben sie zum Teil mit hervorgerufen.

c) Die Binnenwanderung.

Jede im Vergleich zu anderen Gebieten erhöhte Zusammenballung von Menschen auf einem Teilraum des Ganzen stellt, das wird besonders aus späteren Ausführungen klar, aus sich heraus ein Krisenzentrum dar, wenn nicht gewisse ausgleichende Faktoren diese Tendenz mildern. Es ist anzunehmen, daß ein Zuzug von Menschen in ein Gebiet bei einer gleichbleibenden Struktur der Wirtschaft in diesem Gebiet krisenverschärfend wirken muß, weil ein gewisser Überschuß an Arbeitskräften vorhanden ist, der bei gut gehender Konjunktur latent bleibt, in Krisenzeiten aber zuerst freigesetzt wird.

Innerhalb der letzten Zählungsperiode haben in Deutschland gewisse Binnenwanderungen stattgefunden, die eine Ansammlung in gewissen Gebieten hervorriefen, ohne teilweise in andern entlastend zu wirken. (Die politischen Schwierigkeiten, die sich für einzelne Gebiete mit Wanderungsgewinn ergaben, stehen nicht zur Erörterung.) Als ein Abwanderungsgebiet mit Wanderungsverlust muß auch die Provinz Sachsen angesehen werden. Hier ist es der Regierungsbezirk Magdeburg, der eine passive Wanderungsbilanz aufweist. Die Bevölkerungsdichte der Provinz Sachsen betrug 1925 129.0 Einwohner

[7]) Zahlen nach Mühlner: a. a. O. S. 17.

pro qkm; 1933 133,2. Die Wohndichte in den Regierungsbezirken unsres Gebiets verteilt sich folgendermaßen:

	16. 6. 1925	16. 6. 1933[8])
Reg. Bez. Magdeburg	112,0	112,5 Einwohner
Reg. Bez. Merseburg	138,3	145,5 Einwohner
Reg. Bez. Erfurt	156,6	164 Einwohner

Nun hat nach Angaben des Statistischen Reichsamtes der Regierungsbezirk Magdeburg im Jahre 1925 2.8 % seiner Bevölkerung durch Wanderung verloren. Wenn die Dichte dieses Bezirks nach den vorstehenden Zahlen trotzdem angestiegen ist, so ist diese Verlagerung auf die natürliche Bevölkerungsbewegung zurückzuführen. Sie beträgt im Reichsdurchschnitt 0,54 %. Der darauf fußende von uns errechnete Dichtewert kommt dem tatsächlichen Wert außerordentlich nahe, so daß wohl die Annahme, die Dichtezunahme sei lediglich eine Folge der natürlichen Bevölkerungsbewegung, als richtig anzusehen ist (tatsächliche Dichte: 112,5; errechnete Dichte: 112,6).

Auch im Regierungsbezirk Merseburg liegt ähnliches vor. Die Bevölkerung betrug hier

1910 1 309 510 [9])
1925 1 412 757 (Gebietsumfang 1933)
1933 1 486 218 [10])

(1925 mit 0,54 multipliziert = 1 423 835, auf Dichte bezogen = 1,04 pro qkm).

Nimmt man wieder den Reichsdurchschnittsfaktor 0.54 an, so ist ersichtlich, daß die Bevölkerungsziffer vielmehr gestiegen ist, als die natürliche Bevölkerungsziffer ausmachen würde.

Die Zunahme der Bevölkerung im Regierungsbezirk Merseburg betrug 73 461 Personen, das sind in Prozent gegenüber 1925 5.20. Die Entwicklung der Erwerbsfähigen verlief aber ganz anders.

1925 771 761 [11])
1933 691 137 [12])

Sie betrug also —10,7 % gegenüber 1925. Dieser Rückgang in der Zahl der Erwerbspersonen ist einmal auf das Einrücken der Bevölkerung in höhere Altersstufen, so dann auf eine Abwanderung auch im Reg. Bez. Merseburg von 11 685 Personen [13]) zurückzuführen. Die Bevölkerungsvermehrung ist also im wesentlichen auf einen Geburtenüberschuß, der vom 16. Juni 1925 bis 16. Juni 1933 88 147 Personen [14]) betrug, zurückzuführen. D. h. der Reichsdurchschnitt der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird im Reg. Bez. Merseburg erheblich überschritten, ein Anzeichen für das Vorhandensein einer durchaus gesunden Bevölkerung.

IV. Strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit nachweisbar am mitteldeutschem Raum

a) Exportmarktverluste.

Eine strukturelle Ursache der Arbeitslosigkeit kann in dem Verlust von Exportmärkten liegen. Es ist der einheimischen Industrie nicht mehr möglich, Länder zu beliefern, die ehemals ihre Kunden waren. Infolgedessen stauen sich die Waren in den Lägern und bei längerem Fortbestehen dieses Zustandes tritt eine Freisetzung von

[8]) Wirtschaft u. Statistik. 1934. Nr. 14. Sonderbeilage S. 4.
[9]) Statistik des Deutschen Reiches u. Statisstisches Jahrbuch für Preußen 1926 u. 1931, S. 67.
[10]) Rudolph a. a. O. S. 95.
[11]) Statistik des Deutschen Reiches u. Statistisches Jahrbuch für Preußen 1926 u. 1931. S. 67.
[12]) Unveröffentlichte Zahlen. Zur Verfügung gestellt vom St. R. A.
[13]) Statistisches Jahrbuch für Preußen 1934. S. 25.
[14]) Statistisches Jahrbuch für Preußen 1934. S. 25.

Arbeitskräften ein. Wie Export und Arbeitsmarkt sich zahlenmäßig beeinflussen, veranschaulicht ein Artikel des Instituts für Konjunkturforschung in dem Wochenbericht II, 48. Es wird hier dargelegt, daß eine Ausfuhrsteigerung von 100 Mill. Mk. Beschäftigungsmöglichkeit für rd. 15 000 Arbeiter auf ein Jahr bei gleichbleibendem Inlandsabsatz zu bieten vermag. Dieser hier angeführte Wert ist natürlich nur annähernd genau. Niemals ist infolge der wenig ausgebauten Statistik einerseits und der geringen Industrieberichterstattung andrerseits festzustellen, wie zahlenmäßig durch Exportausfall der Arbeitslosenstand verändert wird, d. h. wenn man die einzelne Gemeinde oder den Betrieb betrachtet, ist es unmöglich, die Verschiebungen, die eintreten, exakt anzugeben. Im Rahmen der vorliegenden Exportmarktuntersuchungen kann deshalb auch nicht angegeben werden, wie der Ausfall der Ausfuhr nach einem früher belieferten Lande sich genau zahlenmäßig auf den Stand der Arbeitslosen eines Kreises, einer Gemeinde oder eines Betriebes auswirkt. Deshalb wird von der Gesamtausfuhr Deutschlands ausgehend (die Exportquoten werden von den Werken nicht oder nach Rückfrage nur ungenau angegeben) der Ausfall der Mengen und Länder festgestellt. Aus diesem Vorgehen werden die Tendenzen auf den Märkten, rückwirkend diejenigen der Produktion und Beschäftigung und damit die Auswirkungen auf die Arbeitslosenlage der Kreise und Gemeinden sichtbar.

Die deutsche Ausfuhr ist von 1929 bis zum Jahre 1930 um 30 % zurückgegangen, nach den europäischen Märkten hat sie aber nur um 20 %, nach den überseeischen aber um 50 % abgenommen. Die untenstehende Tabelle gibt die genauen Zahlen.

[1] Absatzgebiete	Werte in Millionen RM			1931 Veränderungen in v. H. v. 1929
	1929	1930	1931	
Europa (einschl. UdSSR)	9 924,1	9 377,2	7 777,8	—21,6
„ (ohne „)	9 510,2	8 946,6	7 015,6	—26,7
Davon Agrarländer	1 990,5	1 777,5	1 294,7	—35,0
„ Industrieländer	7 576,3	7 166,3	5 718,5	—24,5
Russland (UdSSR)	353,9	430,6	762,2	115,4
Übersee	3 547,8	2 640,1	1 814,3	—48,9
Davon Amerika	2 993,2	1 512,3	954,6	—54,4
„ USA	991,1	685,2	487,5	—50,8
„ Asien	1 041,8	804,2	639,9	—38,6
„ Britisch-Indien	220,4	190,0	157,5	—28,5
„ Japan	244,8	192,9	144,2	—41,1
„ Afrika	311,9	268,1	184,2	—40,9
„ Australien	100,9	64,5	35,6	—64,7

Die Tatsache des scharfen Rückgangs in den agrarischen Überseeländern spiegelt den Preissturz der Agrarerzeugnisse und Rohstoffe wieder, in dessen Verfolg die Aufnahmefähigkeit für industrielle Erzeugnisse von den europäischen Industrieländern erheblich zurückgegangen ist. Das gleiche liegt für die europäischen Agrarstaaten vor. Diese Verhältnisse verschoben sich aber infolge der als Wirkung der Kreditkrise 1931 auftretenden weiteren Absatzschwierigkeiten auch in den Industrieländern. Währungsentwertung, Zollerhöhung, Devisenbewirtschaftung und Kontingentierung ließen die Ausfuhr sowohl in den überseeischen Agrar- und Rohstoffländern als auch auf den europäischen Märkten schrumpfen.

Die heimische Industrie wurde direkt durch alle diese Maßnahmen insoweit getroffen, als sie Exportindustrie war.

---

[1] Wochenbericht des I. F. K. Band 4. S. 192.

Die großen ausführenden Industrien des mitteldeutschen Raumes sind die Großchemie, die Maschinen-, Schuh- und Zuckerindustrie. Dazu kommen noch einige für einzelne Gemeinden wichtige Ausfuhrzweige.

Ein erheblicher Teil der chemischen Werke Deutschlands liegt im mitteldeutschen Raum. Der Export dieser Industrie in der deutschen Handelsbilanz charakterisiert zugleich ihre Bedeutung. Der Export von Chemikalien gehört seit der Nachkriegszeit zu ihren wichtigsten Positionen und betrug [2]):

	1913	1927	1928
Chemikalienausfuhr (Mill. Mk.)	915	1 190	1 319
Gesamtausfuhr	10 097	10 801	12 053
Anteil der Chemik. in %	9,1	11,0	10,9

Die in Mitteldeutschland stehenden Werke haben hieran einen erheblichen Anteil. Innerhalb des engeren Industriebezirks sei die Bedeutung der Großchemie durch folgende Zahlen beleuchtet: Im Juni 1933 (d. h. zu Beginn der Wirtschaftsbelebung waren im Regierungsbezirk Merseburg rd. 32 000 Personen der in Industrie und Handwerk Arbeitenden (das sind rd. 15 % in der Chemiesparte beschäftigt. Aus dieser Tatsache in Verbindung mit der deutschen Handelsbilanz ist ersichtlich, welche Wichtigkeit dem Export der chemischen Industrie auch innerhalb der heimischen Wirtschaft beizulegen ist.

Die Chemie bestimmt mit ihrer Entwicklung ein großes Hinterland, jedoch nicht in der Art, daß ein zusammenhängendes Gebiet von ihrem Schicksal abhängig wäre. Hier liegt der Fall vor, daß mehr einzelne Gemeinden mit dem Wohl und Wehe verflochten sind.

Uns liegen nicht die Exporterlöse oder die Exportmengen der betreffenden Werke vor. Wir müssen uns deshalb mit dem Verfahren der Herausarbeitung der Tendenzen behelfen und daraus die Folgerungen für die Arbeitslosigkeit zu ziehen versuchen.

Export chemischer Erzeugnisse [3]).

	Werte in Millionen Mark					
	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Chem. und Pharmaz. Erzeugnisse	455,91	500,49	556,90	485,71	432,04	339,16
Schwefelsaures Kali	49,82	60,39	61,69	67,21	46,48	20,98
„ Amoniak	138,19	161,97	134,01	86,49	74,64	30,78
Filme	31,70	39,27	53,71	42,65	43,02	35,24
Farben, Firnisse, Lacke	371,04	346,51	337,96	311,89	276,40	204,76
Kunstseide	68,20	92,16	113,71	84,53	55,31	39,89
Zelluloid	76,74	81,78	88,72	77,82	67,61	44,50

Die Beschränkung auf diese wenigen von der chemischen Industrie fabrizierten Produkte erklärt sich aus deren Wichtigkeit für die Ausfuhr. Die Spanne der größten Ausfuhr liegt nach dieser Aufstellung zwischen 1928 und 1932. Im Laufe dieser Jahre haben sämtliche Produkte ihre größte Exportziffer aber auch deren Umbruch erlebt.

Am frühesten sank die Ziffer der Farben ab. Die Gründe hierfür sind einmal in der einsetzenden Depression in der Textilindustrie, weiterhin, und das ist für unsre Betrachtung das wesent-

[2]) Flatau u. Platow, a. a. O. S. 76.

[3]) Diese und die folgenden Zahlen, soweit nichts besonderes angegeben, aus den Stat. Jahrbüchern für das Deutsche Reich. 1927—1934.

liche, in der während des Krieges sich herausgebildeten starken ausländischen Konkurrenz zu sehen. Die Vereinigten Staaten von Amerika, England und seine Kolonien blieben von jetzt ab fast ganz dem deutschen Export verschlossen, weil diese Länder bestrebt waren, ihre Werke mit Hilfe einer krassen Schutzzollpolitik auszubauen. Bis 1932 gingen dann dem Farbengeschäft infolge Devisenbewirtschaftung, Zollerhöhungen und Einfuhrkontingentierung folgende Märkte ganz verloren: Estland, Lettland, Siam, Columbien und Peru.

Im Verlauf der Krise hatte sich die Lack- und Farbenindustrie im Verhältnis zu andern noch gut gehalten. Dieses günstige Ergebnis ist durch Vereinbarung der Erzeugergruppen und durch eine gewisse Konsolidierung im asiatischen Geschäft erreicht worden. Einschneidend und ausfuhrmindernd wirkten auch hier Devisenbewirtschaftung und vor allem die Pfundabwertung. Es fand demzufolge eine wesentliche Einengung des Geschäfts mit Ungarn, Frankreich und der Tschechoslowakei statt.

Trotz dieses Rückgangs des Exports (1928/32 141,75 Mill.) berichtete die Industrie- und Handelskammer Halle von 1932 über stellenweise Vollarbeit der Lack- und Farbenindustrie des mitteldeutschen Wirtschaftsbezirks, so daß es erscheint, als wäre die Industrie unsres Bezirks weniger stark als die andrer Gebiete betroffen worden.

Es mögen also nur verhältnismäßig geringe Abschläge infolge der Exportmarktverluste entstanden sein.

Die Krisenhaftigkeit des Schwefelsaurenammoniakgeschäfts zeigte sicht sich ebenfalls schon 1928 an einem Nachlassen des Exports. Das Farben- und Lackgeschäft hatte in der Krise bis 1932 einen Verlust gegenüber 1928 von 4,1 % aufzuweisen, der Rückgang beim Schwefelsaurenammoniak in derselben Periode betrug aber 81,4 %. Etwa gleiche Verhältnisse bildeten sich auf den gesamten Düngemittelmarkt heraus.

Das Jahr 1928 stellt auch hier den Höhepunkt des Exports dar. In diesem Jahr konnte der Bedarf noch nicht einmal mit den vorhandenen Produktionsanlagen gedeckt werden, so daß Erweiterungen vorgenommen werden mußten. Die folgenden Jahre aber brachten die Umkehr. In den Absatzländern hatte sich auch die Kapazität der Werke erhöht, die für Deutschland infolge nun eintretender Überprdouktion absatzhindernd wirkten. Hiervon wurde vor allem das Ammoniakgeschäft betroffen. 1932 wurden in den meisten Ländern nochmals die Kapazitäten erhöht, um den Stickstoffbedarf im eignen Lande aus eignen Fabriken decken zu können und da hiermit neben der schon entstandenen Konkurrenz eine Abschließung durch Einfuhrzölle und Einfuhrverbote einherging, konnte der Absatz nicht gehalten werden. Erschwerend wirkten dann in der Folgezeit Devisen- und Zollbestimmungen, politische Unsicherheit und Währungsentwertung. Der Inlandsmarkt lag durch die wirtschaftliche Krise ebenfalls darnieder. Produktionseinschränkungen waren die Folgen. Der Zusammenbruch der „Convention de l'industrie de L'azote" 1931 verschärfte den Konkurrenzkampf außerdem und trug zum völligen Abschluß verschiedener Länder bei.

Die beiden Produktionsstätten für Stickstoffdüngemittel und technische Stickstoffprodukte im hiesigen Bezirk sind Leuna und Piesteritz. Das letztere kommt für den Export nicht in Frage, da der dort hergestellte Kalkstickstoff nur in Deutschland Verwendung findet. Mit sinkendem Absatz trat in Leuna zunächst eine Erhöhung der Lagerbestände und darauf folgend ein immer größer werdendes Verringern der Belegschaften ein. Welcher Teil der Freisetzungen auf Kosten des Exports geht, ist nicht anzugeben, war auch nach Rückfragen nicht festzustellen, da die Produktion der außerdem hergestellten Erzeugnisse ebenfalls einen Abschlag erlitt, dessen Größe auch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Den Höhepunkt der Erzeugung und des Exports, aber auch gleichzeitig den Umbruchspunkt erreichten 1929 die Produkte der chemischen und pharmazeutischen Industrie, der Film, die Kunstseide und das Celluloid. Die chemischen und pharmazeutischen Erzeugnisse werden vor allem von der I.-G. Farbenindustrie in Bitterfeld hergestellt. Die Abnahme des gesamtdeutschen Exports beträgt 1932 auf 1929 bezogen 39 %. An Exportländern für diese Erzeugnisse fielen in dieser Zeit ganz aus: Elsaß-Lothringen, das Memelland, Malakka, die Philippinen, Siam, Estland, Peru und Rußland. Da es sich bei diesen Produkten vielfach um Spezialpräparate handelt, setzt der Abschlag am Export erst in den Jahren 1931 32 merkbar ein. Die I. G. Farbenindustrie [4]) gibt hierfür den Währungsverfall und die handelspolitischen Hemmnisse als Ursachen an. Die Industrie- und Handelskammer Halle fügt hierzu außerdem die starke Konkurrenz, den durch die Krise geschmälerten Bedarf und das Einfrieren von Außenständen als verursachende Momente hinzu. Diese letzten Tatsachen gelten vor allem für Ungarn, Österreich und Griechenland.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, hat auch das Filmgeschäft einen stärkeren Rückgang erlitten, der allerdings nach den Angaben der I. G. Farbenindustrie mehr preis-, als mengenmäßig in Erscheinung getreten ist. Die Einschränkungen im Auslandsgeschäft sind vor allem auf Schutzzölle und staatliche Einfuhrregelungen zurückzuführen. Der Rückgang gegenüber 1929, dem Höchstjahr, beträgt 1932 preismäßig 34,2 %. Das Geschäft der I. G. hat sich aber im Gegensatz zu dem ausländischer Herstellerfirmen verhältnismäßig gut gehalten, da der I. G. Film als Spitzenprodukt der europäischen Filmindustrie angesehen wird. Außerdem vermochte die Filmindustrie aus dem gerade in den letzten Jahren während der Krisenzeit ansteigenden Amateurgeschäft zu profitieren. Darauf ist auch die Tatsache zurückzuführen, daß trotz der hohen Konjunkturempfindlichkeit der Filmindustrie der Absatz selbst während der Krise, soweit die I. G. Farbenindustrie in Betracht gezogen wird, im Ausland wenigstens mengenmäßig gesteigert werden konnte. Der Abstieg tritt in der heimischen Filmindustrie erst im letzten Krisenjahr ein, weil die Preise im Ausland, vor allem in Übersee unter Einwirkung der Konkurrenzländer mit abgewerteter Währung stark litten. Der deutsche Film eroberte sich in der Zeit 1927 29 folgende Länder neu: die Niederlande, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn, dazu kamen 1932 Dänemark, Danzig und Polen. Verlustländer sind gewesen Elsaß-Lothringen, das Saargebiet und Spanien.

Unter diesen Einflüssen hatten vor allem die Gemeinden Wolfen, Greppin und Bitterfeld zu leiden, da die einzigen Filmproduktionsstätten sich dort befinden. Es ist aber anzunehmen, aus den Geschäftsberichten der I. G. Farbenindustrie geht das auch hervor, daß wegen der Vormachtstellung des deutschen Films in qualitativer Hinsicht, die ausländischen Märkte sich in Zukunft nicht verschließen werden, zumal, wie immer wieder betont wird, der Rückgang des Absatzes preislicher und nicht mengenmäßiger Natur ist. Es kann also angenommen werden, daß die Filmindustrie durchaus das wieder aufholt, was sie in der Krise verloren hat, so daß die in dieser Industrie freigesetzten Arbeitskräfte allmählich wieder in Arbeit kommen werden.

Als ein weiteres Produkt in der Reihe der ausgeführten chemischen Erzeugnisse sei die Cellulose angeführt. Die Deutsche Celluloidfabrik Eilenburg, ebenfalls zur I. G. Farbenindustrie gehörig, ist im Bezirk die einzige Fabrik, die Nitrocellulose und Celluloid herstellt. Die erstere wird weiterverarbeitet von der Dynamit A.G. vormals Alfred Nobel & Co. Hamburg, ist also mit ihrem Absatz von der Entwicklung dieser Gesellschaft abhängig. Im Verlauf der Kriese hatte der Absatz von Sprengkapseln, Sprengstoffen und Zündrequisiten so-

[4]) I. G. Farbenindustrie, Geschäftsbericht 1933, S. 2.

wohl im In- als auch im Auslande infolge schlechter Beschäftigung des Bergbaues und der Steinbruchindustrie einen starken Rückgang erlitten, der zu Minderproduktion und Minderbeschäftigung auch in Eilenburg führte. Der Auslandsmarkt wird der deutschen Sprengstoffausfuhr in Zukunft mehr oder weniger verschlossen sein, da fast alle Staaten eigne Sprengstoffwerke errichtet haben.

Celluloid, das andere in Eilenburg produzierte Objekt, findet Verwendung in der Filmindustrie, deren Entwicklung und Aussichten schon dargelegt wurden. Zum andern ist Celluloid ein Ausfuhrartikel. Der Rückgang des deutschen Exports gegenüber 1929 beträgt 19,8 %. Trotz Rationalisierung des Betriebes und Zusammenfassung des Verbrauches setzte sich bei der I. G. 1930 der Abstieg fort. Diese Tatsache erklärt sich aus der auch im Ausland stark gesunkenen Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung, die als Käufer der aus Celluloid hergestellten Produkte in Frage kommt. Dazu wirkten auch hier ausfuhrhemmend die handelspolitischen Maßnahmen und Valutaentwertungen. Als verlorene Märkte sind Polen, Danzig, Rußland, Ungarn, China, Japan und Brasilien zu erwähnen.

Die Gemeinde Eilenburg ist durch diesen Rückgang des Celluloidabsatzes und durch die schließliche Stillegung der Erzeugungsstätte neben andern erlittenen noch darzustellenden Verlusten in eine äußerst bedrängte Lage gekommen. Nach der Volkszählung von 1933 hatte die Gemeinde 19 608 Einwohner, die Zahl der Erwerbspersonen betrug 8628, an Arbeitslosen waren vorhanden 2700 Personen, d. s. 31,3 % der Erwerbspersonen.

Kunstseide wird von der Industrie des mitteldeutschen Raumes ebenfalls in den Werken der I. G. Farbenindustrie in Wolfen hergestellt. Auch der Auslandsabsatz dieses Produktes hat nach der Aufstellung in den Krisenjahren stark abgenommen. Das Jahr 1929 stellt den Höchstpunkt mit einer Ausfuhr von 113,71 Mill. Mk. dar. Bis 1932 hat dann eine Abnahme von 64,9 % dieser Summe stattgefunden.

Die Ausfuhr von Kundseide untersteht den Veränderungen, der Konkurrenz und der Preisgefälle anderer Textilrohstoffe in hohem Maße. Auf diesen Gebieten vollzogen sich im Laufe der Zeit Veränderungen, die ungünstig auf den Export einwirkten. Schon 1931 geht die Ausfuhr deutscher Seidenspinnereiprodukte von rd. 32 % des Exports nach Großbritanien und rd. 13 % nach den nordischen Ländern verloren, weil jene Länder ihre Währung abwerteten. Allmählich verlor Deutschland diese Länder ganz. Das I. F. K. betont, daß keine andern Märkte für den Absatz zu finden sein werden, da Frankreich und die Schweiz verschärft konkurrieren [5]).

Eine weitere Gefahr entstand dem deutschen Kunstseidenabsatz durch die japanische Rohseidenkonkurrenz, die die Märkte überschwemmte und sich preislich den entsprechenden Absatzgebieten anzupassen wußte.

So verlor Deutschland bis 1932 folgende Absatzländer: die nordischen Länder, vor allem Norwegen, dann Jugoslavien, Polen, Danzig, Brit. Indien, Brasilien, Canada, Chile und Mexiko.

Mengenmäßig allerdings vermochte nach den Geschäftsberichten der I. G. Farbenindustrie die heimische Produktion ihre Erzeugung und ihren Absatz im In- und Auslande die ganze Krisenzeit unter Erzielung unbefriedigender Preise infolge starker Konkurrenz und infolge des Preisfalles der sonstigen Textilrohstoffe zu steigern. Eine Belastung des Arbeitsmarktes durch die Kunstseidenindustrie ist in Mitteldeutschland nicht entstanden.

---

[5]) Wochenbericht des I. F. K. B. 4, 1931/32, S. 119.

Kunstseide.

	Wert in Millionen RM					
	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Export	68,16	92,16	113,71	84,53	55,31	39,89
Import	131,70	116,79	98,75	94,87	75,43	51,84

Bei Betrachtung der Aufnahmemöglichkeit des Inlandsmarktes für Kunstseide ergibt sich: der Import überschreitet fast immer den Export, der Bedarf im Inland ist so groß, daß er nicht durch die inländische Produktion gedeckt werden kann. Es müßte also in Zukunft gelingen, nimmt man die Importziffern als Maßstab für die zur Bedarfsdeckung notwendige Produktion, die Kunstseidenindustrie ganz für die Versorgung des Inlandes auszubauen, ohne daß Arbeitskräfte freigesetzt würden.

Maschinenindustrie.

Ein weiterer sehr stark exportierender Gewerbezweig des mitteldeutschen Gebiets ist die Maschinenindustrie. Die Exportzahlen Deutschlands an Werkzeugmaschinen, landwirtschaftlichen und sonstigen Maschinen außer elektrischen, die kaum im Gebiet hergestellt werden, verliefen wie folgt:

[6]	Werte in Millionen RM					
	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Werkzeugmaschinen	135,71	164,50	210,13	226,61	258,33	214,07
Landwirtschaftl. Maschinen	34,30	34,43	46,65	39,46	23,52	9,89
Sonstige Maschinen	400,38	506,92	616,62	625,90	540,60	320,97

Der Höhepunkt des Exports ist nach der Aufstellung 1929 bzw. 1930 erreicht gewesen. Der Rückgang ist mit 78,9 % 1932 gegenüber 1929 bei den landwirtschaftlichen Maschinen am stärksten, es folgen dann die sonstigen Maschinen, also Pumpen, Fahrzeuge etc. mit 51,8 % gegenüber dem Höchstjahr 1930 und dann der Werkzeugmaschinenexportrückgang mit 17,11 %. Diese Zahlen gelten für das Deutsche Reich. Über die Richtung des Exports gibt die angeführte Tabelle Aufschluß:

[7] Absatzgebiete	In Millionen RM			1929 = 100	
	1929	1930	1931	1930	1931
Europa [+UdSSR]	1039,7	1121,6	963,5	108	93
„ [−UdSSR]	927,7	938,3	649,0	101	70
Agrarländer	213,0	223,4	138,3	105	65
Industrieländer	714,7	714,9	510,7	100	71
Russland	112,0	183,3	314,8	164	281
Übersee	354,7	286,8	168,4	81	47
Amerika	195,2	138,3	70,2	71	36
USA	50,9	34,4	18,6	68	37
Asien	112,5	101,7	69,1	90	61
Afrika	36,6	37,2	26,5	102	72
Australien	10,4	9,1	2,6	88	25

[6]) Statistische Jahrbücher f. d. Dt. Reich. 1927/33.
[7]) Wochenbericht des I. F. K. Band 4, S. 198.

Danach ist der Maschinenabsatz nach überseeischen Märkten auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Die verhältnismäßige Veränderung nach europäischen Ländern geschah ausschließlich auf das Konto Rußlands, dessen Einfuhr von Deutschland anstieg. Der Export nach den europäischen Agrarländern hat infolge der geringen Preiserlöse für Agrarprodukte beträchtlich abgenommen.

Die im mitteldeutschen Raum beheimatete Industrie des Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaues, deren Zentren Halle, Lauchhammer, Ammendorf, Sangerhausen und Elsterwerda sind, verspürte den für die deutsche Maschinenindustrie 1929 merkbaren Abstieg schon 1928. Die Abhängigkeit eines Teiles des Maschinenbaues von der ausländischen Zuckerindustrie ließ die Aufträge infolge schlechter Lage in diesem Wirtschaftszweig zurückgehen. Gleichzeitig fielen für sie die Absatzgebiete Polen und Italien aus. Im Absatz für Walzwerksprodukte und Gießereierzeugnisse trat eine Minderung in der Belieferung Hollands dadurch ein, daß deutsche Walzwerke am Rhein und in Westfalen billiger nach Holland als nach Deutschland verkauften, so daß dieser Markt für die mitteldeutsche Industrie ausfiel.

Die Werkzeug- und Pumpenindustrie klagte schon 1928 über Erschwerung des Auslandsabsatzes durch Konkurrenz von England und Nordamerika und über Hochschutzzölle in Spanien, Italien, Polen, Frankreich und Belgien. Das gleiche gilt für die Fabrikation von Transporteinrichtungen, Flaschen und Waggons.

1929 bringt einen Anstieg des Exportes im mitteldeutschen Gebiet und zwar im allgemeinen Maschinenbau, in der Spezialmaschinenfabrikation und im Pumpenbau, weil der Maschinenbedarf gewisser Länder sich noch auf hohem Stande bewegte, während die deutsche Inlandskonjunktur sich schon im Absinken befand.

Nach dieser Sonderkonjunktur setzte dann auch das allgemeine Sinken in Mitteldeutschland sich weiter fort. Die 1928 angefangene Abwärtsbewegung verstärkte sich bis 1932 immer mehr. In diesem Jahre kam der Auslandsabsatz an Pumpen ganz zum Stillstand, derjenige anderer Zweige mußte sich eine äußerste Einschränkung gefallen lassen. Die Ursachen liegen einmal in scharfer englischer, holländischer und französischer Konkurrenz, in der schlechten Lage der Landwirtschaft in der ganzen Welt, in der Überproduktion an Zucker, in übermäßigen Zoll- und Kontingentierungsmaßnahmen und endlich im Boykott gewisser Länder wie Dänemark, der Schweiz, Holland und Finnland.

Der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugausfuhr sind bis 1932 folgende Absatzmärkte verloren gegangen:

Saarland
Finnland (Zollerhöhung und Boykott)
Lettland (Zollerhöhung und Boykott)
Estland (Zollerhöhung und Ausfuhrmonopol)
Ungarn (Devisenbewirtschaftung)
China (Zollerhöhung und japanischer Import)
Türkei (Einfuhrkontingentierung und japanischer Import)
Niederländisch-Indien
Brasilien (Valutaentwertung
Chile (Valutaentwertung)
Bulgarien (Sinken der Preise für Agrarprodukte)
Danzig (Zollerhöhung und Boykott)
Polen (Zollerhöhung und Boykott)
Großbritanien (Valutaentwertung)
Jugoslavien (Devisenbewirtschaftung und japanischer Import)
Rumänien (Sinkende Agrarpreise)
Spanien (Devisenbewirtschaftung)
Tschechoslowakei (Einfuhrkontingentierung)

In Madagaskar, Belgisch-Kongo, Portugisisch-Ostafrika, Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Franz.-Indien und Siam wurde die Entwertung des englischen Pfundes Grund zum Rückgang, in Colum-

bien, Cuba, Guatemala, Peru und Venezuala die der eigenen Valuten.

Die Gesamtmaschinenausfuhr hat gegenüber den Höchstzahlen wertmäßig um 426 Mill. abgenommen. Nimmt man mit dem I. F. K. an, daß je 100 Mill. an Ausfuhrausfall 15 000 Arbeitskräfte freigesetzt wurden, und daß 1931 rd 240 000 in der deutschen Maschinenindustrie unmittelbar für das Auslandsgeschäft tätig waren, so ergibt sich, daß rd. 60 000 Mann durch den Ausfall im Exportgeschäft freigesetzt wurden, d. s. $^1/_4$ derjenigen, die überhaupt für das Auslandsgeschäft in der Maschinenindustrie Beschäftigung fanden. In unserm Bezirk sind 5 % aller in Industrie und Handwerk Arbeitenden in der Sparte Apparate-, Maschinen- und Fahrzeugbau untergebracht und da im Reich fast die gleichen Verhältnisse vorliegen 6 %, sind im mitteldeutschen Bezirk in der Maschinenindustrie ebenfalls etwa $^1/_4$ von denjenigen arbeitslos geworden, die für den Auslandsabsatz unmittelbar tätig gewesen waren.

Schuhindustrie.

Die allgemeine Lage der bezirkseingesessenen, fast ausschließlich in Weißenfels konzentrierten Schuhindustrie hat hinsichtlich ihres Exports schlechter dagestanden, als die untenstehenden Zahlen der Schuhindustrie des Reiches wiedergeben.

Export von Schuhen, Sattler- und Lederwaren[8]).

1927	1928	1929	1930	1931	1932
99,21	104,54	123,17	130,20	109,0	49,25

Der Rückgang des Exports setzt bei den Weißenfelser Fabriken schon 1928 ein. Im Verein mit den auf dem Inlandsmarkt auftretenden Schwierigkeiten waren infolge billigen Auslandsangebots, das für die deutschen Produzenten auf in- und ausländischen Märkten absatzmindernd wirkte, Betriebsstillegungen, Einschränkungen der Arbeitszeit und Häufung von Zusammenbrüchen an der Tagesordnung[9]).

Diese sich schon in diesem Jahre zeigende Entwicklung setzt sich in immer schärferem Maße bis 1932 fort.

Es gelang vor allem der tschechischen Konkurrenz (Bata) der heimischen Schuhindustrie einmal die Auslandsmärkte streitig zu machen, ja sogar, was für die Weißenfelser Produzenten gilt, zu verdrängen, zum andern den deutschen Schuhmarkt derartig mit billigen Schuhwerk zu überschwemmen, daß auch hier der heimischen Industrie ein erheblicher Verlust entstand.

Nach Polen war das Geschäft ganz lahm gelegt. Eine äußerste Schrumpfung trat 1930 im Geschäft mit Österreich ein. Der Absatz nach den nordischen Ländern hörte auf, als diese von der Goldwährung abgingen und neue Gebiete wurden nicht erschlossen. Der Bericht der Industrie- und Handelskammer gibt für 1931 an, daß der Umsatzrückgang im Auslandsgeschäft 30 % gegenüber dem Vorjahre betrage. Dazu standen nach demselben Bericht die Preise Ende 1931 im Durchschnitt 10–20 % unter der Friedensbasis. 1932 wird von derselben Kammer über die Schuhindustrie folgendes angegeben[10]:

„Der Auslandsabsatz ist bei allen berichtenden Firmen nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Der außerordentliche Rückgang im Auslandsgeschäft wird zum Teil um so schmerzlicher empfunden, als es in den Jahren nach dem Kriege möglich geworden war, unter größeren Opfern ein gutes Auslandsgeschäft nach und nach aufzubauen, das dazu beitrug, einen gewissen Absatzrückgang auf dem

[8]) Statistische Jahrbücher f. d. dt. Reich 1928/33.

[9]) Bericht der Industrie- u. Handelskammer Halle 1928, S. 41. 1931, S. 50.

[10]) Bericht der Industrie- u. Handelskammer Halle 1932. S. 46.

Binnenmarkt auszugleichen. Als Ursache für den Rückgang im Auslandsabsatz werden einmal die handelspolitischen Abwehrmaßnahmen des Auslandes und zum andern die Haltung der eignen Handelspolitik angegeben. Der Auslandsabsatz, der bei einigen Firmen 10–15 % vom Gesamtumsatz betragen hat, ist teilweise bis auf 1 % zurückgegangen."

Als Absatzmärkte gingen folgende außer den schon genannten verloren: Danzig, die Türkei, Argentinien, der australische Bund, Finnland, Jugoslavien, Ungarn, Columbien und die nordischen Länder.

Aus diesem Stand der Dinge ist ersichtlich, daß die Arbeitslosen der Schuhstadt Weißenfels zu einem erheblichen Teil strukturell sind. Die beginnende Wirtschaftsbelebung hat dieser Annahme Recht gegeben. Nach der Volkszählung vom 16. Juni 1933 hatte Weißenfels 4978 Arbeitslose, d. s. 28 % aller Erwerbspersonen. Zwar ist das nicht die höchste im Gebiet vorhandene Prozentzahl, steht aber dieser wenig nach. Der dem Jahre 1933 folgende Aufschwung, der für die Weißenfelser Schuhindustrie Aufträge an Ausrüstungsgegenständen für SA, Stahlhelm, Hitlerjugend usw. brachte, konnte die Arbeitslosenziffern nur geringer als die anderer Gebiete senken, weil die Auslandsmärkte in so erheblichem Maße ausgefallen waren. Die Entlastung der Arbeitslage der Stadt Weißenfels stellt sich wie folgt dar:

Arbeitslose am

30. 1. 33	16. 6. 33	30. 9. 33	31. 12. 33	30. 9. 34	31. 12. 34	30. 4. 35
5166	4978	3970	4127	3017	2957	2623

Danach haben die Ziffern bis zum 30. 4. 35 gegenüber dem 30. 1. 33 um 49,2 % abgenommen. Der große trotz des Aufschwunges lange und hartnäckig währende Rest von 50,8 % besagt, daß strukturelle Veränderungen stattgefunden haben, deren Beseitigung Schwierigkeiten entgegenstehen. Diese liegen zum Teil in den verlorengegangenen Absatzmärkten.

Die beiden folgenden Industrien spielen für die deutsche Außenhandelsbilanz keine erhebliche Rolle. Für die mitteldeutsche Industrie aber hat ihre Ausfuhrquote eine erhebliche Bedeutung, weil von ihr die Beschäftigungszahlen einzelner Gemeinden außerordentlich abhängig sind.

Die Kinderwagen- und Pianoindustrie, deren Sitz Zeitz ist, und die Möbel- und Pianofabrikation treten schon mit schrumpfenden Export in die Krise ein. Schon Mitte 1928 mußten Produktionskürzungen und Entlassungen vorgenommen werden, weil der Auslandsabsatz rückgängig war. Steuerbelastung- und Kreditschwierigkeiten belasten die Industrie, rückgängige Preise und Zollsteigerungen in der Pianoherstellung durch Japan, England, Ägypten und Schrumpfungen durch die Wirtschaftskrise in Brasilien und Argentinien ließen diese Länder schon 1929 dem deutschen und vor allem dem heimischen Export verlustig gehen. 1930 dehnte sich diese Entwicklung für alle Industrien auf ganz Südamerika aus. Im folgenden Jahre wurde der Auslandsabsatz, auf den etwa 50 % der Produktion entfallen, immer kleiner. In der Pianoindustrie kommt er in diesem Jahre fast ganz zum Erliegen, derjenige der Kinderwagenindustrie ist auf 15 % der ehemaligen Höhe zurückgegangen. Die Möbelindustrie hatte ebenfalls starke Verluste erlitten [11]).

Die Kinderwagenindustrie belieferte vor dem Kriege fast alle Kulturländer. 1931 wurde nur noch nach der Schweiz, nach Holland, Belgien und teilweise nach Südamerika ausgeführt. Die Piano- und Harmoniumherstellung verlor in dieser Zeit ihre Absatzländer fast ganz. In der Möbelfabrikation ist der Absatz ebenfalls rückläufig.

---

[11]) Berichte der Industrie- u. Handelskammer Halle 1931, S. 48.

Betroffen von dieser Minderung ist vor allem die Stadt Zeitz. Nach Rudolph[12] war hier 1932 jeder zweite Mann arbeitslos. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf etwa 12 000 Mann 1932 angegeben. Zu Beginn der Wirtschaftsbelebung stellte sich die Ziffer am 16. Juni 1933 auf 5065, d. s. 31,1 % der Erwerbspersonen. Dieselbe Prozentsatz gilt auch für Eilenburg. Er beträgt für denselben Termin 31,3 %. Daß hier im wesentlichen Strukturveränderungen der Wirtschaft zu derartig hohen Zahlen geführt haben, daß also der Entlastung der Gemeinden erhebliche Schwierigkeiten entgegen stehen, zeigt das langsame Abnehmen (beide auf etwa $^1/_3$ des Standes vom 30. 1. 33) der Ziffern im Gegensatz zu andern Gemeinden, deren Entlastung viel Zschneller vonstatten ging.

Entlastung des Arbeitsmarktes der Stadt.

	30.1.33	16.6.33	30.9.33	30.12.33	30.9.34	30.12.34	30.4.35
Zeitz	3365*	5065	3915*	4258*	3065	2767	2295
Eilenburg	2162	2700	1559	1462	759	711	740

*) Wohlfahrtserwerbslose.

Zum Verständnis der Zahlen für Eilenburg mögen die Ausführungen von Seite die Celluloidausfuhr betreffend herangezogen werden.

Ein Notstandsgebiet noch höheren Grades stellt die Gemeinde Schkeuditz dar. Die hohen Arbeitslosenzahlen (sie betrugen am 16. Juni 1933 2006 Personen, d. s. 33,9 % der Erwerbspersonen) sind ebenfalls auf Veränderungen im Außenhandel zurückzuführen. Schkeuditz ist der Sitz der Rauchwarenveredlung, die in Form des Lohngewerbes im Auftrag leipziger Rauchwarenhändler, in Deutschland ansässiger Kommissionäre oder direkt im Auftrage von Ausländern betrieben wird. Seit 1930 hat sich in dieser Lage ein Wandel derart vollzogen, daß Rußland, Italien, Frankreich, Belgien und England Zurichtereien errichteten, die den deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt machten. So hatte zum Beispiel Rußland in den Vorkriegsjahren nur den zehnten Teil der Belegschaft von 1930 in Zurichtereien. Viele deutsche Spezialkräfte wanderten infolge besserer Lohnangebote nach dem Ausland ab und halfen für die deutsche Industrie wichtige Verfahren verbreiten und damit die ausländische Erzeugung der deutschen gegenüber konkurrenzfähig machen. 1931 wurde in Schkeuditz durch den Rückgang der Veredlungsaufträge des In- und Auslandes die Belegschaft aufs äußerste eingeschränkt. Deutschland ist nur in geringem Umfange Rohfellproduzent, der Rückgang war also nicht weit zu machen. 1932 endlich wurde die Betriebskapazität nur um die Hälfte ausgenutzt. Mangelnde Devisenzuteilungen verursachen weitere Schädigungen. Abwanderung des Leipziger Handels nach London verschärft diese Tendenz und handelspolitische Maßnahmen des Auslandes bringen den vollständigen Ruin des Gewerbes. Für Schkeuditz gingen nicht die ausländischen Märkte direkt für den Absatz verloren, sondern die ausländischen Auftraggeber blieben aus und ließen in andern Ländern veredeln.

Weitere Verluste entstanden dem mitteldeutschen Raum durch Aufgabe ausländischer Märkte von Industrien, die ihre Produkte zum großen Teil in Deutschland, teilweise sogar nur im mitteldeutschen Raum absetzen, die lediglich Auslandsabsatz haben, um ihre Produktionskapazität besser auszunutzen, um dadurch die Unkosten zu senken. Die Rückwirkung dieser Exportverluste auf die Arbeitslosenziffern einzelner Gemeinden ist nicht so drastisch, weil die Betriebe verhältnismäßig klein oder die Exportquote nur gering ist. Alle diese Werke haben durch die schon des öfteren angeführten han-

[12]) a. a. O. S. 90.

delspolitischen Maßnahmen und Strukturveränderungen auf dem Weltmarkt Einbuße erlitten. Derartige Fälle liegen vor bei folgenden Industriezweigen des Gebiets:

Zement und Kalk, Kakaoveredlung, Malz, Salinenerzeugnisse, Produkte der Sand- und Kieswerke, Kaolin u. Ton, Steingutindustrie, Eisen- und Metallverarbeitung, Papier, Textilwarenherstellung, Musikinstrumentenfabrikation.

Zuckerindustrie.

Ein mitteldeutscher in agrarischer Sphäre wurzelnder und einen großen Teil seiner Produktion exportierender Gewerbezweig ist die Zuckerindustrie.

Wenn hier von Mitteldeutschland die Rede ist, so ist in diesem speziellen Falle das Gebiet gemeint, dessen Erzeugung von der „Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken" kontrolliert wird, und einer einheitlichen Politik dieses Verbandes untersteht. Es ist hier nicht möglich, allein die Verhältnisse des Regierungsbezirks Merseburg zu erfassen und sie einer Untersuchung zu unterziehen, weil die Kräfte, die für die Entwicklung der Zuckerwirtschaft entscheidend sind, sich in ihren Auswirkungen nicht im Reg. Bez. Merseburg lokalisieren lassen und weil andererseits die Rückwirkungen und Veränderungen außerhalb des Bezirks infolge einheitlicher Leitung durch den genannten Verband auf sein Gesamtgebiet umgelegt werden. Die Mehrzahl der im Reg. Bez. Merseburg stehenden Zuckerfabriken ist außerdem dem Verband angeschlossen, so daß ihre Entwicklung von der seinigen abhängig ist. Die wenigen nicht in ihm organisierten Produzenten müssen notgedrungen seiner Politik Folge leisten oder sich ihr wenigstens anpassen.

Die Erzeugung von Rohzucker betrug im Reich 1932/33 22 Mill. Zentner [13]). Davon entfielen auf die Provinz Sachsen 11,2 Mill. d. s. 50,9 %, davon auf den nördlichen Teil, den magdeburger Bezirk, 5,9 Mill. Ztn. = 26,8 % und auf den südlichen Teil, den Reg. Bez. Merseburg 5,3 Mill. Ztn. = 24 % [14]).

Nach Ruban [15]) beträgt die Zuckerrübenanbaufläche Mitteldeutschlands an der des Reiches 32,8 %. Damit dominiert Mitteldeutschland über alle Gebiete des Reiches.

Der hohe Anteil von 50,9 % an der deutschen Zuckererzeugung erklärt sich daraus, daß die mitteldeutschen Fabriken mit den niedrigsten Produktionskosten in Rpf. je Ztr. Zuckerrüben (= 75,57 gegen 106,63, dem höchsten Satz in Süddeutschland) rechnen können, aus der Tatsache, daß der mitteldeutsche Boden den höchsten Rübenertrag pro Morgen, 140,5 Ztn. durchschnittlich, liefert und außerdem daraus, daß in diesem Gebiet die höchste Ergiebigkeit an Zucker pro 100 kg Rüben erzielt wird.

Eine starke Position in der deutschen Außenhandelsbilanz nimmt der Zuckerexport ein. Die Ausfuhr betrug 1931/32 2 371 150 Ztr., die der Vereinigten Mitteldeutschen Rohzuckerfabriken daran 543 219 Gewichtszentner Rohwert, d. s. 22,9 % [16]).

Die Gesamtproduktion der Vereinigung betrug im Jahre 1931/32 4 713 619 Gewichtszentner Rohwert; davon wurden im selben Jahre ausgeführt 11,5 %. Die Ausfuhr an der Gesamtproduktion betrug in Prozent während der Jahre 1928 bis 1932 im Durchschnitt 12,7 %.

Bei einer derartig hohen Beteiligung an der deutschen Ausfuhr müssen alle Schwankungen auf dem Weltmarkt rückwirkend Veränderungen in den heimischen Produktionsmengen und daraus resultierend auch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt hervorrufen.

---

[13]) Industrielle Produktion 1932, S. 158.
[14]) Nach Rudolph, a. a. O. S. 58.
[15]) Ruban, a. a. O. S. 38.
[16]) Jahresberichte der Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabr. 1928/29.

Die deutsche Zuckerexportquote ist während der Krise außerordentlichen Schwankungen unterworfen gewesen. Die Ausfuhr deutschen Zuckers machte in den Jahren 1926/27 bis 1929/30 etwa 9 bis 13 v. H. der Produktion aus, stieg 1930/31 bis auf 17 v. H. an und hatte zu Ende der Untersuchungsperiode einen Stand von 7 v. H. [17]).

Die entsprechenden Zahlen für den Bezirk sind folgende:

Ausfuhr des Zuckers an der Gesamtproduktion.

1927/28	7,9 %
1928/29	12,9 %
1929/30	13,8 %
1931/32	11,5 %
1932/33	Kontingente nicht in Anspruch genommen.

Die Einbrüche liegen zwar wesentlich unter denen des Reiches, die Wirkungen sind aber im Verein mit Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen sowohl in der landwirtschaftlichen Technik als auch im Zuckerprozeß sehr spürbar gewesen.

Die Ursachen des Ausfuhrrückgangs des deutschen Zuckers sind folgende:

Vor dem Kriege stand Deutschland mit seiner Zuckerausfuhr in der Welt an erster Stelle. 1931/32 hatte es aber nur noch den vierten Platz inne, seine Ausfuhr betrug nur noch 6 % der ehemaligen Höhe.

Diese Umgruppierung auf dem Zuckermarkt ging von Cuba, Java und Brit. Indien aus, d. h. also den Ländern der Rohrzuckerproduktion.

Zuckerausfuhrländer waren vor dem Kriege vor allem Cuba, Java, Deutschland, Österreich und Rußland. Die beiden ersten produzierten Rohrzucker, die letzteren Rübenzucker. Der ausfuhrfähige Überschuß dieser Länder von 5,33 Mill. t fand zu 50 % Aufnahme in Amerika, zu 34 % in England und zu 11 % in Brit.-Indien. Die Rohrzuckerausfuhr ging vor allem nach U.S.A., die Rübenzuckerausfuhr des europäischen Kontinents nach England (66 % Rüben- und 34 % Rohrzucker) und hier waren die Lieferländer Deutschland und Österreich.

Diese Verhältnisse fanden durch den Krieg und seine Folgen eine grundlegende Umgestaltung. Die Weltzuckerproduktion fiel von 18,36 Mill. t in 1913/14 auf 15,82 Mill. t 1919/20. Wesentlich aber dabei ist, daß die Rübenzuckerproduktion in dieser Zeit um mehr als 5 Mill. t fiel, während die Rohrzuckerproduktion um 2,3 Mill. t stieg. Nach Paape [18]) haben 1919/20 sämtliche rübenbauenden Länder Europas zusammen fast nur ebensoviel Zucker erzeugt wie Deutschland allein im letzten Jahr vor dem Kriege.

U.S.A. investierten, angeregt durch diese für sie günstige Lage des Zuckermarktes, bedeutende Kapitalien, die die Produktionsmengen der cubanischen Industrie sehr steigerten. Cuba erzeugte 1911/12 noch 1,4 Mill. t; 1925/26 aber schon 5,5 Mill. t.

Die gesamte Erzeugung an Zucker beträgt für U.S.A. 1925, wenn man die Rübenzuckerproduktion der Staaten Cuba, Louisiana, Portorico, Sandomingo, Hawai und der Philippinen hinzu rechnet, insgesamt rd. 8 Mill. t. Der eigene Bedarf der U.S.A. stellte sich etwa auf 5 Mill. t, sodaß 3 Mill. t auf dem Weltmarkt absetzbar waren [18]) d. h. die U.S.A. die vor dem Kriege die Hälfte des Weltüberschusses an Zucker (Cuba eingerechnet) aufnahmen, waren schon 1924/25 zum größten Ausfuhrland der Welt geworden.

Sie hatten vermocht, den europäischen Zucker vom englischen Markt fast ganz zu verdrängen. Besonders bedeutsam ist, daß von

[17]) Industrielle Produktion 1933, S. 158.
[18]) Zahlen nach Paape, a. a. O. S. 68 ff.

nun ab der englische Markt der deutschen Ausfuhr fast ganz verschlossen blieb, während vor dem Kriege rd. ein Drittel der gesamten deutschen Zuckererzeugung nach England abgesetzt wurde. Durch protektionistische Maßnahmen und Schutzzölle strebte außerdem England die Sicherung der Versorgung aus eignem Boden an.

Die ganze Verschiebung auf dem Zuckermarkt und das Eindringen des Rohrzuckers in ehemalige Rübenzuckerabsatzgebiete ist letzten Endes durch den Krieg und seine Folgen verursacht worden. Deutschland und Rußland, vor dem Kriege mit die größten Ausfuhrländer für Zucker, sahen sich 1919/20 gezwungen, selbst einzuführen, Deutschland konnte sogar bis 1922 seinen eignen Bedarf nicht decken. Als es nach der Erholung 1921 etwa $^1/_3$ seiner Erzeugung zu exportieren vermochte, waren die Absatzmärkte verloren gegangen.

Eine weitere Verschiebung, die Krisenursache für die deutsche Zuckerindustrie wurde, deren Anfänge aber schon vor dem Kriege liegen, bedeuteten die Investitionen und Produktionssteigerungen im Verein mit protektionistischen und prämienpolitischen Maßnahmen der polnischen und tschechischen Zuckerindustrie. Beide Länder versuchten auf jede Weise die infolge sehr erweiterter Anbaufläche erhöhte Produktion an Zucker abzusetzen. Dabei fand infolge der Dumping-Politik ein Einbruch in die Deutschland verbliebenen Absatzmärkte und darüber hinaus auch infolge ungenügenden Zollschutzes ein Vorstoß in den deutschen Inlandsmarkt statt.

Das ist die Lage auf dem Welt- und Inlandszuckermarkt zu Beginn der Untersuchungsperiode. Beide Tendenzen, die permanente Überproduktion in der Welt und der Verlust der Absatzmärkte Deutschlands verstärkten sich bis 1932 immer mehr. Als krisenverschärfendes Moment setzt mit der Produktionssteigerung ein sinkender Zuckerverbrauch ein.

Alle diese Schwierigkeiten haben auch ihren Wiederschein in der mitteldeutschen Zuckerindustrie gefunden. Trotz der Verluste von Exportmärkten, auf denen $^1/_3$ der Produktion Absatz fanden, erreichte die Gesamtzuckererzeugung Deutschlands 1930/31 mit 2,5 Mill. t Rohzuckerwert fast diejenige der Vorkriegszeit, die 2,6 Mill. t betragen hatte (auf das damals größere Reichsgebiet gerechnet!), wieder. Diese Steigerung ist auf eine Steigerung der Rübenanbaufläche um $^1/_3$ seit 1924 zurückzuführen [19]).

Mitteldeutschland, als das größte Gebiet für den Anbau von Rüben, nahm wie folgt an dieser Entwicklung teil [20]):

Betriebsjahr	Zahl d. Rübenverarb. Fabr.	Rübenanbaufläche i. Morgen einschließl. für getrocknete u. frische Rüben	mehr + wenig − gegenüber d. Vorjahr in %	Rübenverarbeitung auf Zucker in Ztr.	mehr + wenig − gegenüber d. Vorjahr in %	Ertrag je Morgen in Ztr.	Rohzuckererzeugung in Gewichtszentner Erstzuckerwert	mehr + wenig − gegenüber d. Vorjahr in %	Ausbeute aus 100 kg Rüben in kg
1923/24	50	202 897	—	22 184 255	+30	109	3 433 410	+29	15,48
1924/25	48	203 454	+0,27	31 439 236	+41,7	155	4 977 609	+45	15,83
1925/26	48	206 490	+1,49	24 961 520	−20,6	121	3 780 185	−24	15,14
1926/27	48	208 499	+0,97	32 231 918	+29,0	155	4 958 197	+31	15,38
1927/28	48	223 510	+7,2	29 823 280	−7,5	133	4 681 913	−5,6	15,74
1928/29	47	240 569	+7,6	29 539 069	−1	123	4 708 471	+0,6	15,94
1929/30	47	237 127	−1,3	29 249 527	−0,9	123	4 783 164	+1,6	16.35
1930/31	44	246 258	+3,9	38 402 566	+31,3	161	6 502 616	+34.8	16,93
1931/32	50	204 966	−16.8	27 260 699	−29	156	4 713 619	−27,5	17,27
1932/33	38	131 075	−36,1	17 298 550	−36,6	157	2 890 426	−38.7	16.71
1933/34	38	151 720	+15.8	20 721 425	+19,8	143	3 604 747	+24,7	17,39
1934/35	38	187 544	+23,6						

[19]) Industrielle Produktion. 1933 S. 158.
[20]) Jahresberichte der V. M. R. 1933/34 S. II.

Wie auf dem Weltmarkt waren auch hier im Bezirk Anbaufläche und Zuckererzeugung gradlinig ohne Unterbrechung gestiegen. Die Abschläge in der Zahlenreihe für Rübenverarbeitung auf Zucker in den Jahren 1927/30 ergeben sich aus organisatorischen Gründen der Vereinigung. Dieser Steigerung der Produktion stand keinerlei Möglichkeit des Absatzes gegenüber. Für 1930 kommt außerdem der Umstand dazu, daß die Ernte dieses Jahres zu den ertragreichsten gehört, die je in Deutschland erzielt wurden. Auf den Absatzmärkten der mitteldeutschen Zuckerindustrie waren immer mehr Verluste dadurch eingetreten, daß seit 1927 der Tschechenzucker, der zu 70 % seiner Produktion auf Ausfuhr angewiesen ist, durch zollpolitische Maßnahmen seine Absatzgebiete in England so gut wie ganz aufgeben mußte, dafür aber Ausgleich auf deutschen Märkten suchte. Man vermochte zwar durch Zollerhöhungen den Tschechenzucker wieder abzudrängen, es ist aber infolge der nunmehr einsetzenden Bemühungen der Tschechen, Deutschlands Exportmärkte zu zerstören, nicht gelungen, die Ausfuhr zu halten.

1927 bis 1929 waren in der deutschen Zuckerindustrie weder Arbeitszeitkürzungen noch Betriebseinstellungen zu verzeichnen gewesen. Infolge der nun erst wirkenden Exportverluste und des im In- und Ausland einsetzenden absinkenden Zuckerverbrauchs (in Deutschland außerdem gefördert durch die Zuckersteuer und als Folge des Absinkens der Zuckerpreise fanden erstmalig 1930 Arbeiterentlassungen statt. Man sah sich in diesem Jahre einer äußerst günstigen Ernte gegenüber, die aber nur die sichtbaren Bestände erhöhte, ohne abgesetzt zu werden. So waren 1930/31 0,7 Mill. t oder 29 v. H. der Produktion noch nicht verkauft [21]).

Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage (man muß bedenken, daß sich damals der deutsche Zuckerpreis noch nach dem Weltmarktpreis regulierte) ließ die Zuckerpreise rapid fallen. Ihre Bewegung während der Untersuchungsperiode stellt sich wie folgt dar (graphische Darstellungen siehe am Schluß der Arbeit).

Gegen die durch Überproduktion hervorgerufenen absinkenden Preise des Inlandes wandte man Schutzmaßnahmen an, die im Zusammenschluß der deutschen Zuckerindustrie, in Zollerhöhungen und in der Umstellung der Fabriken auf Verarbeitung der Rüben auf Schnitzel und Viehfutter bestanden. Das wesentlichste des Zusammenschlusses von 1931 bestand darin, daß durch Ermittlung des Prozentsatzes, in dem sich der Inlandsbedarf zur Gesamtsumme der Grundkontingente verhält, jeder Fabrik ein bestimmtes Inlandskontingent, das sie im Inland absetzen darf, zugeteilt wird. Da die Zollerhöhungen für Auslandszucker, die 1927/28 festgesetzt wurden, nicht genügten, wurde durch nochmaliges Anziehen der Zollschraube 1931 die Einfuhr des Tschechenzuckers so gut wie unterbunden. Lediglich dem danziger Zucker wurde aus nicht wirtschaftlichen Gründen ein Vorzugszoll eingeräumt.

Durch Zuteilung einer festgesetzten Verkaufssumme war es gelungen, wie der ruhige Kurvenverlauf seit 1931 zeigt, die Inlandspreise wenigstens einigermaßen zu stabilisieren und die wilden Schwankungen auszugleichen. Gegen die restlose Durchsetzung dieser Tendenz wirkte aber einmal der abnehmende Zuckerverbrauch infolge der Wirtschaftskrise und weiterhin eine Maßnahme der Regierung, die die Vorteile des Zusammenschlusses der deutschen Zuckerindustrie (der ebenfalls auf Betreiben der Regierung zustande gekommen war) stark herabminderte: die Erhöhung der Zuckersteuer nämlich. Für die beginnende Kampagne standen außerdem der Zuckerindustrie nicht mehr die nötigen Kredite zur Verfügung, so daß Entlassungen und Produktionseinschränkungen vorgenommen werden mußten.

---

[21]) Industrielle Produktion 1933. S. 158.

Entgegen der relativen Befestigung der Inlandspreise, so weit unter den geschilderten Umständen von einer solchen gesprochen werden kann, sanken diejenigen für Exportzucker ohne Aufhören. Schon 1929 ist in einem Bericht[22]) vom Exportgeschäft als von einem Verlustgeschäft die Rede, bei dem der Verlust 10 Mk pro Ztr. betrage. Angesichts der sinkenden Preise verstärkt sich der Ausfall immer mehr. Der Export, der früher einen wesentlichen Beitrag zum Gewinn der Zuckerindustrie lieferte, diente nur noch dazu, die Kapazitäten möglichst günstig auszunutzen. Man muß bedenken, daß bei Exportmarktverlusten immer eine Doppelbelastung eintritt: einmal geht der Exportanteil und der an ihm hängende Gewinn verloren und zum andern findet eine Minderkapazitätsausnutzung, d. h. eine Kostenerhöhung pro Einheit, statt. Beide wirken dann wieder auf die Absatzchance im In- und Ausland. Schließlich werden die am wenigst fixen Kostenfaktoren abgestoßen, das sind aber vor allem die Belegschaften.

Dem internationalen Preissturz des Zuckers hatten die Produzenten versucht durch das Chadbourne-Abkommen Einhalt zu tun, daß die Überproduktion verhindern und eine Anpassung des Angebots an die Nachfrage durch Ausfuhrkontingentierung und Bindung der überschüssigen Bestände der Hauptexportstaaten bewirken sollte. Auch die deutschen Exporteure waren dem Abkommen beigetreten. Eine Wirkung auf die deutschen Zuckerpreise im Ausland ist aber dadurch nicht erreicht worden. Der deutsche Ausfuhranteil schrumpfte immer mehr und hörte 1933 ganz auf.

Die Wirkung dieser Tendenzen auf die mitteldeutsche Zuckerindustrie wird durch die folgende Zahlenübersicht veranschaulicht.

	1925		1933		Rückgang
	Betriebe	Personal	Betriebe	Personal	
Provinz Sachsen	94	8764	78	6670	2094
Reg.-Bezirk Merseburg	34	3225	30	2166	1059

Nimmt man an, daß die Belegschaft pro Zuckerbetrieb im Durchschnitt 100 Mann beträgt (Durchschnitt zwischen saisonaler und toter Zeit), bedenkt man außerdem, daß der Außenhandelsabsatz um 12,7 % (d. i. rd. $^1/_8$ gegen 1925) gesunken ist, so ergibt sich folgende Verteilung der Arbeitslosen auf die einzelnen Kategorien:

Im Regierungsbezirk Merseburg wurden durch Außenhandelsschrumpfung rd. 135 Mann freigesetzt. Da 4 Betriebe im Zusammenhang mit Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen stillgelegt wurden, belasteten weitere 400 Mann die Arbeitslage. Auch sie sind als strukturell anzusehen. Der verbleibende Rest muß auf das Konto der Inlandsschrumpfung gesetzt werden.

Es muß beachtet werden, daß es hier nur möglich war, den direkten Einflüssen auf die Arbeitslage nachzugehen, daß demgegenüber aber die entstandenen Einbußen viel stärker sind, wenn man die Landwirtschaft, die unmittelbar bezüglich ihrer Rübenanbaufläche und ihres Landarbeiterbedarfs, der zur Bearbeitung nötig und in dieser Hinsicht von der Zuckerindustrie abhängig ist, berücksichtigt.

[22]) Industrie- u. Handelskammer Halle. 1929. S. 62.

b) Die Rationalisierung.

Bei Behandlung der aus strukturellen Gründen arbeitslos gewordenen Kräfte der Zuckerindustrie wurde andeutungsweise auf die durch die Rationalisierung freigewordenen Menschen hingewiesen. Die folgenden Ausführungen sollen der Klärung dieses Problems für den mitteldeutschen Raum dienen.

Rationalisierung liegt vor, wenn durch planmäßige Veränderung gegebener Bedingungen die höchste Erfüllung sinnvoller Zwecke erreicht werden soll. Die Rationalisierung kann sein eine privatwirtschaftliche oder eine volkswirtschaftliche. Die privatwirtschaftliche umfaßte alle Maßnahmen, die zu einer die Ertragswucht steigernden Kostensenkung des Betriebes beitragen. Ihr Schwergewicht liegt also im einzelnen Betriebe.

Eine die Ertragswucht steigernde Kostensenkung kann erfolgen:

1) vorbetrieblich durch Herabsetzung des Aufwandes für einzelne Produktionsfaktoren, ohne daß an der technischen oder organisatorischen Grundlage der Unternehmung etwa geändert wird. (Löhne, Rohstoffe, Zinsen.)

2) innerbetrieblich durch Vermeidung von Stoff- und Energieverschwendungen oder durch Erhöhung des Effekts der menschlichen oder maschinellen Arbeit, d. h. es handelt sich hier um eine Rationalisierung durch Steigerung der betriebstechnischen Ergiebigkeit, also um das, was eigentlich unter Rationalisierung im gewöhnlichen Sprachgebrauch verstanden wird.

3) zwischenbetrieblich durch organisatorische Anpassung der Erzeugung an die Absatzmöglichkeit (Stillegung, Einschränkung, Vereinheitlichung, Normung und Unternehmungskombination).

Aus der Tatsache, daß der Begriff volkswirtschaftliche Rationalisierung in die Diskusion geworfen wurde, ist ersichtlich, daß der privatwirtschaftlichen Grenzen gesetzt sind, die sich aus entgegenstehenden oder fehlenden Bedingungen materieller oder ideeller Art ergeben. Letztlich handelt es sich dabei um die Frage, wieweit der Staat ein Interesse an der privatwirtschaftlichen Rationalisierung hat und welches Ausmaß der Rationalisierung die Zustimmung des Staates finden kann. Die durch organisatorische und investitorische Maßnahmen hervorgerufenen Rückwirkungen auf die Arbeitslage vermögen eine Interessendiskrepanz der Privatwirtschaft und des Staates bezüglich des Ausmaßes der Rationalisierung zu begründen. Es soll hier nicht versucht werden, die Interessensphären gegeneinander abzustecken, es war aber nötig, darauf hinzuweisen, wie die Rationalisierung (die an sich Ausdruck sinnvoller Zielstrebigkeit ist zum Problem wurde.

Rationalisierung heißt Ausschaltung des Gefühls- und Gewohnheitsmäßigen zugunsten reiner Zweckmäßigkeit. Dieser Vorgang, der jeder Ertragswirtschaft immanent war und ist, an dem nur das Tempo enorm gesteigert wurde, hat den einzelnen Arbeiter sowohl als die ganze Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen. Der Arbeiter ist aber einmal unentbehrlicher Faktor der deutschen Volkswirtschaft und zum andern Volksgenosse und als Mensch Träger sinnlichen und sittlichen Wollens.

Im Betrieb ist er Produktionsfaktor, der auswechselbar ist, wenn an seiner Stelle ein anderer Produktionsfaktor eine größere Rentabilität verspricht. In der Rationalisierungsperiode seit nach dem Kriege ging diese Auswechslung in sehr hohem Maße vor sich. In diesem Vorgang brauchte an sich noch keine Gefahr zu liegen, wenn in absehbarer Zeit die Arbeitskräfte, die freigesetzt wurden, kompensiert werden konnten. In der vergangenen Zeit fand aber diese Kompensation in vielen Fällen nicht mehr statt, so daß diese Arbeitslosen als strukturell anzusehen waren.

Unter diesen Umständen konnte es Aufgabe des Staates sein, der Rationalisierung Grenzen zu setzen, um dem Arbeiter als Glied der Gemeinschaft seinen berechtigten Schutz angedeihen zu lassen und darüber hinaus die Volkswirtschaft, durch das Vorhandensein dieser latenden Kräfte gefährdet, zu schützen. Diese Kräfte waren wohl als Produktionsfaktoren aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet, verschwanden aber damit nicht auch gleichzeitig als Kostenelemente der Volkswirtschaft, denn aus den durch die Rationalisierung ersparten Überschüssen muß der Unterhalt für die erzwungenermaßen Unproduktiven mit bestritten werden. Diese Kosten sind zusätzliche Kosten der Rationalisierung, die die Gesamtwirtschaft zu tragen hat, wenn nicht Staat und Wirtschaft den schwersten Erschütterungen ausgesetzt werden sollen. Die Ausmaße und Grenzen der Rationalisierung müssen an dieser Tatsache orientiert werden.

Im Rahmen der Arbeit ist nun die Aufgabe gestellt, die Wirkungen der Rationalisierung auf die Arbeitslage einer Untersuchung zu unterziehen und ihr Ausmaß festzustellen. Aus Gründen der besseren und vollständigeren Erkenntnis ist es geboten, auch auf die Zeit vor 1925 zurückzugreifen, weil die Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft schon hier ihre Anfänge haben. Außer acht gelassen werden bei der Untersuchung von vorn herein die physiologischen und psychologischen Wirkungen der Mechanisierungsmaßmaßnahmen auf den einzelnen Arbeiter. Hier wird der Faktor Arbeit nur als eine Komponente des Arbeitsmarktes in die Betrachtung einbezogen.

Die Braunkohlenindustrie.

In einer der repräsentabelsten Industrien Mitteldeutschlands wurde die Rationalisierung durch die Gunst der Verhältnisse mit besonderer Beschleunigung vorwärts getrieben. Hier sind die Wirkungen der Rationalisierung auf die Arbeitslage von allergrößter Bedeutung gewesen.

Voraus und nebenher gingen allen Rationalisierungsmaßnahmen Veränderungen der Struktur des deutschen Kohlenmarktes. Seit den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts fand eine starke Expansion der Braunkohle statt. (1890 bis 1913 Vervierfachung des Braunkohlenverbrauchs.) Leichte Erschließbarkeit der Vorkommen, relativ niedriges Lohnkostenniveau, Möglichkeit der Arbeit mit ungelernten Kräften, steigende Beliebtheit der Braunkohlenbriketts und die durch Rohbraunkohle und Braunkohlebrikettfeuerung zuerzielenden Ersparnisse in der Industrie sind die Chancen, die den Vorsprung der Braunkohle herbei führten. In diesem Zustand fand außerdem die Verschiebung (wenigstens relativ) des Braunkohlenverbrauchs für Elektrizitätserzeugung statt. Die relative Verdrängung der Steinkohle auf diesem Gebiet durch die Braunkohle, deren geologische Gegebenheiten günstiger waren, zeigen folgende Zahlen:

Kraftquellen der öffentlichen Stromversorgung[23]).

	Steinkohle	Braunkohle
1913	63,3 %	23,04 %
1927	38,0 %	40,3 %
1928	39,2 %	42,8 %
1929	37,4 %	46,9 %
1930	35,0 %	47,1 %

Der eigentliche große Anstieg der Braunkohle setzte in den Jahren 1914—1923, die durch eine große Kohlenknappheit charakteri-

[23]) Wirtschaft u. Statistik 1932. Nr. II, S. 327.

siert waren, ein. Durch die Steinkohlennot der Kriegsjahre veranlaßt, ergingen dringende Vorstellungen an die Braunkohlenindustrie, ihre Produktion zu erhöhen. In der Zeit des Hindenburgprogramms, das eine starke Steigerung der industriellen Produktion brachte, vollzog sich die bedeutenste Standortsverschiebung am deutschen Produktionsapparat: die Industrialisierung des mitteldeutschen Raumes begann und damit wurde diese Tatsache, was den Braunkohlenmarkt anbetrifft, Ursache für die Expansion der mitteldeutschen Braunkohle, die nun ein ausschlaggebender Faktor des deutschen Marktes wurde. Die der Erschließung der Läger folgende bekannte Industrieattraktion festigte die Stellung der Braunkohle mehr und mehr und machte sie zu dem, was sie heute ist.

Durch starke Heranziehung der Steinkohle zu den Reparationslieferungen und durch die sie besonders treffenden politischen Wirren (Teilung des oberschlesischen Gebiets und Ruhrbesetzung) blieb der Kohlenmangel auch nach dem Kriege fortbestehen, aus dem wiederum die Braunkohle profitieren konnte.

Die gezeichneten strukturellen Veränderungen auf dem Kohlenmarkt fanden mit 1923 ihren Abschluß. Damit war auch der Sonderaufschwung der Braunkohle und die Arbeitsverlagerung auf sie beendet. Die von dieser Zeit sich zeigenden Entwicklungslinien beider Konkurrenten haben mehr Ähnlichkeit als vorher. Wenn sich trotz des Gesagten bis zur Krise der Braunkohlenabsatz relativ günstiger stellte als der Steinkohlenverkauf, so deshalb, weil die Braunkohle einen höheren Hausbrandabsatz hat, der krisenwiderstandsfähiger ist als der Industrieabsatz. Diese strukturell wichtige Tatsache sei durch folgende Zahlen belegt:

Verteilung des Gesamtabsatzes nach Verbrauchergruppen[24]).

1930	Deutsches Reich		Ruhrkohle	Deutsches Reich	
	Steinkohle %	Koks %	— Koks — Brikett %	Roh-Braunkohle %	Braunkohl. Brikett %
Platzhandel [Hausbrand]	19,4	29,9	18,7	2,3	63,7
Eisenbahn u. Schiffahrt	22,7	0,8	17,9	0,4	1,2
Elektr.-, Gas-, Wasserwerk.	17,0	0,6	10,4	4 ,9	1,35
Industrie	40,9	68,7	53,0	48,4	33,75
Zusammen	100	100	100	100	100

Entwicklung des deutschen Kohlenverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung[25]).

Jahre	Deutscher Steinkohlen- und Koksverbrauch			Deutscher Braunkohlenverbrauch		
	kg p. Kopf	1913 = 100	1926 = 100	kg p. Kopf	1913 = 100	1926 = 100
1913 [früheres Reichsgebiet]	2319	100,0	—	1389	100,0	—
1926	1505	64,9	100	2212	159,1	100,0
1927	1894	81,6	125,8	2396	172,4	108,4
1928	1921	82,8	127,6	2622	188,6	118,6
1929	2036	87,8	135,3	2743	197,3	124,1
1930	1778	76,6	118,1	2280	164,0	103,2

Nebenher lief zugleich eine Steigerung des Gesamtkohlenverbrauchs, d. h. sowohl des Hausbrandes der Stein- als auch der

[24]) Strauß, a. a. O. S. 164.
[25]) Strauß, a. a. O. S. 163, 164.

Braunkohle, wobei die Steinkohle noch ein geringes Plus erzielen konnte.

Prozentualer Anteil des deutschen Braunkohleverbrauchs[26]).

	Am Gesamtkohleverbrauch rein Mengenmäßig (Steinkohle u. Braunkohle ohne Berücksichtigung ihres verschiedenen Heizwertes)	Am Gesamtkohleverbrauch (Braunkohle in Steinkohleäquivalenten)
1913 [jetziges Gebiet]		15,7
1926	59,6	23,3
1927	55,8	22,3
1928	57,7	23,7
1929	57,5	23,4
1930	56,2	23,3

Aus der vorstehenden Tabelle ergibt sich eine größere Beständigkeit des Braunkohlenanteils an dem gesamtdeutschen Kohlenverbrauch, woraus gefolgert werden kann, daß die Veränderungen in der Verbrauchsstruktur des deutschen Kohlenmarktes schon seit längerer Zeit abgeschlossen sein müssen. Diese Veränderungen haben sich, wie oben dargelegt, bis zum Jahre 1923 vollzogen und sind seitdem als beendet anzusehen.

Damit ist belegt, daß mit Beendigung der Verbrauchsverschiebung auch die Arbeitsverschiebung beendet wurde, die natürlich im Zuge der Verbrauchsumlagerung stattgefunden hatte, je mehr sich der Verbrauch der Braunkohle zuwandte.

Die seit der Stabilisierung den Arbeitsmarkt beeinflussenden Kräfte müssen also anderer Art gewesen sein als vor 1923. Sie sind im wesentlichen als Folgen der Rationalisierung anzusehen.

Die Rationalisierungsstärke und ihr Tempo wurden bestimmend beeinflußt durch die geologischen Gegebenheiten des betreffenden Gebiets, durch die vorliegenden Absatzverhältnisse, veränderten sich gebietsmäßig infolge verschiedener Anteile des Tage- und Tiefbaubetriebes an der Gesamterzeugung waren verschieden, je nachdem der Bezirk einen größeren oder kleineren Anteil am Hausbrandgeschäft hatte, hing davon ab, ob es syndikalistisch straff geführt auf dem Absatzmarkt auftrat, oder ob nur lose ein solches Vorgehen nicht garantierende Vereinbarungen bestanden.

Die folgenden Ausführungen sollen den Mechanisierungsmaßnahmen im mitteldeutschen Industriegebiet bezüglich ihrer Wirkungen auf den Arbeitsmarkt unter jeweiliger Berücksichtigung der angeführten Gegebenheiten nachgehen.

Die untenstehende Zahlentafel über die Verteilung der angefahrenen Belegschaft der dem „Deutschen Braunkohlenindustrieverein" angeschlossenen Werke und ihre Verminderung von 1923 bis 1930 läßt die wichtigsten im Untersuchungsgebiet wirkenden Tendenzen klar erkennen.

Die Entwicklungslinie für den Reg. Bez. Merseburg geben die Zahlen der Bezirksvereine Halle und Bitterfeld.

Belegschaften im Braunkohlenbergbau[27]).

irks-verein	1923-24	1924-25	1925-26	1926-27	1927-28	1928-29	1929-30	1930-31	1931-32	1932-33	Verminderg. in 1929 30 geg. 1923- Absolut	24 i. v. H.
le	42128	28791	22016	21674	21716	21938	21600	16094	12716	12530	20528	48,7
erfeld	12797	8286	6270	5928	4510	5728	6402	4821	3840	3035	6395	49,9

[26]) Strauß, a. a. O. S. 163, 164.

[27]) Statistische Unterlagen auch zur folgenden Tabelle. Geschäftsbericht des Deutschen Braunkohlenindustrievereins 1923/33.

Kohlenförderung im Braunkohlenbergbau[28]).

Bezirksverein	1923-24	1924-25	1925-26	1926-27	1927-28	1928-29	1929-30	1930-31	1931-32	1932-33	Steigerung 1929-30 geg. 1 Absolut	in v
Halle	21338280	20535999	21500398	24477905	24653010	26728973	24852410	20443062	18503737	17909904	3514130	16,
Bitterfeld	8148597	82342291	8612217	8093753	9804136	11265081	11249280	8606682	7632710	7591827	3100683	38

Verteilung der angefahrenen Belegschaft der dem DEBRIV angeschlossenen Werke auf die Betriebe im Jahresdurchschnitt.

Jahre	Angefahrene Mann 1	Abraum-Betrieb 2	Tagebau 3	Tiefbau 4	über Tage 5	Brikett-Betrieb 6	Naßpreß-Betrieb 7	Schwelerei 8	Neben- u. Hilfsbetriebe 9
1923/24	123 806	38 148	19 484	17 984	13 525	18 502	734	1669	13 730
1924/25	92 963	26 334	14 00	14 198	10 268	14 918	332	1244	11 469
1925/26	78 820	20 880	11 427	11 766	8 086	14 565	269	1044	10 783
1926/27	7 342	19 141	10 551	10 249	6 866	14 315	205	1092	11 001
1927/28	70 536	18 320	10 487	9 134	6 382	13 972	133	1148	10 960
1928/29	74 111	20 156	11 165	9 217	6 162	14 819	81	1371	11 140
1929/30	74 230	21 420	13 133	11 784		14 889	95	1486	11 423
1930/31	61 502	15 874		10 090		12 965	46	1416	10 676
1931/32	56 465	Krisenwirkung							
Verminderung in v. H. 1930 gegen 1923	40,0 %	43,8 %	32,7 %			19,5 %	87,0 %	10,9 %	16,8 %

Bei steigender Förderung findet also ein enormer Belegschaftsabbau statt. Das gleiche gilt für die Brikettproduktion. Setzt man hierzu noch die Entwicklung des Förderanteils je Mann und Schicht in Beziehung (der als Quotient von Förderung: Zahl der verfahrenen Schichten anzusehen ist) und stellt man fest, daß auch hier eine Steigerung eingetreten ist, so wird klar, daß die angeführten Leistungssteigerungen nur infolge Mechanisierungsmaßnahmen erzielt werden konnten.

Förderanteil je Mann und Schicht bei DEBRIV.

1923/24	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	Steigung gegen 1923
1,95 t	2,93 t	3,71 t	4,31 t	4,89 t	5,05 t	4,96 t	15,4 %

Eine weitere Stützung erfährt diese Annahme durch die Tatsache, daß die Arbeitszeit seit 1923 Kürzungen erfuhr, daß also normalerweise diese Kürzungen auf ein Absinken der Produktionsergebnisse hätten hinwirken müssen. Die Erzeugungsmengen stiegen aber fortgesetzt weiter. Die angeführte Zusammenstellung der verschiedenen seit 1923 einsetzenden Arbeitszeitkürzungen läßt erkennen, daß sie sehr wohl die Produktionsergebnisse hätten beeinflussen müssen. Ihre Wirkung wurde aber durch Mechanisierungsmaßnahmen herabgesetzt.

[28]) Statistische Unterlagen auch zur folgenden Tabelle, Geschäftsbericht des Deutschen Braunkohlenindustrievereins 1923/33.

Arbeitszeitreglung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

	Unter Tage		Über Tage				
			Nicht durchlaufende Betriebe		Durchlaufende Betriebe		
	Schichtzeit Std.	Arbeitszeit Std.	Schichtzeit Std.	Arbeitszeit Std.	Schichtzeit Std.	Arbeitszeit Std.	
1. 1. 1924	etw. 9	8 ohne Einfahrt „ Ausfahrt „ Pause	12	10	12	10	
25. 5. 1925							Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden
1. 1. 1927	etw. 8¾	8 mit Einfahrt ohne Ausfahrt „ Pause	12	10	12	10	
1. 5. 1927							Einführung des Mehrarbeitszuschlages v. 15% f. die 8 Stunden übersteigende Arbeitszeit
1. 7. 1927	etw. 8½	8 mit Einfahrt „ Ausfahrt ohne Pause	10½	9½	11	9½	
1. 11. 1928	etw. 8½	8 dsgl.	10	9	10½	9	
1. 4. 1929	etw. 8½	8 dsgl.	10	9	10	9	
1. 10. 1929	etw. 8½	8 dsgl.	9½	8½	9½	9	
18. 5. 1931	etw. 8	7¾ dsgl.	8½	8	8½ bzw. 8	8	

Aus der Zahlentafel auf S. ist ersichtlich, daß die Rationalisierung am meisten im Abraumbetrieb vorwärts getrieben wurde. Die Belegschaftsverminderung in 1930 gegenüber 1923 beträgt hier 43,8 %. Sie ist an sich noch stärker als aus dieser Zahl hervorgeht; denn im Frühjahr und Sommer 1929 setzte ein erhebliches Steigen des Hausbrandgeschäfts infolge der vorausgegangenen Kältemonate ein, das zu Arbeitereinstellungen führte. Das folgende Jahr weist dann auch nach Abflauen des Geschäfts und Einsatz des normalen Wetters im Abraumbetrieb eine weitere erhebliche Verminderung der Arbeiterzahl auf. Nach Bereinigung der Ziffer stellt sich diese also für den Abraumbetrieb erheblich höher. Vergleicht man das Freisetzen in den andern Betriebssparten, so kann festgestellt werden, daß die Mechanisierung des Produktionsprozesses im Braunkohlenbergbau sich im wesentlichen und stärksten in der Technisierung des Abraumbetriebes und der Kohlegewinnung vollzog, während die Brikettfabrikation nur durch relativ kleine Rationalisierungsmaßnahmen leistungsfähiger gestaltet wurde.

Der hohe Anteil der Freisetzung im Naßpreßbetrieb findet seine Begründung in dem Abbau dieses Produktionszweiges und in seiner Verlagerung zur Brikettfabrikation. Stellt sich auch in diesem Zweig die Prozentzahl auf 87, so beträgt doch der absolute Freisatz nur 639 Arbeitskräfte, ein im Vergleich zu den in andern Produktionszweigen Entlassenen recht geringer Anteil.

Infolge gewisser Mängel im statistischen Material, die sich aus der Schwierigkeit der Beschaffung ergeben, ist nicht ersichtlich, in welchem Maße der Tiefbau der Rationalisierung zugänglich erscheint Wie weit sie hier möglich ist, soll deshalb an der untenstehenden von Siemer[29]) angeführten Tabelle erläutert werden.

Prozentuale Zusammensetzung der Selbstkosten der Betriebe M., H. und T.

Kostenanteile	Betrieb M			Betrieb H			Betrieb T		
	1913-14	1928-29	1929-30	1913-14	1928-29	1929-30	1913-14	1928-29	1929-30
Gehälter	2,4	1,0	1,0	3,5	2,7	3,0	2,6	5,2	5,5
Löhne	36,0	4,4	3,2	39,8	25,8	28,5	40,4	49,1	50,1
Sozialbeiträge	3,3	0,7	0,7	3,5	3,6	3,9	2,6	7,5	7,3
Materialien	19,1	1,7	1,6	15,4	5,6	8,3	22,7	17,2	17,9
Sonstige Unkosten	1,4	2,4	2,7	1,2	1,8	3,3	2,6	1,8	1,2
Reparaturen	2,0	0,3	0,7	3,3	0,5	0,6	2,1	0,3	0,3
Kraftbetrieb	6,6	2,1	2,0	8,2	3,9	3,0	6,9	3,3	3,1
Anteilige Abraumkosten	5,7	58,8	63,0	3,0	44,8	39,0	—	—	—
General-unkosten	13,9	21,4	18,0	15,7	8,6	8,0	15,5	9,6	8,5
Abschreibung	10,5	7,2	6,2	6,4	2,7	2,4	4,6	6,0	6,1
Selbstkosten	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Steigerung	—	140,7	147,3	—	164,1	143,6	—	151,1	148,8

Aus dem mitteldeutschen Industriegebiet sind verschiedene typische Betriebe herausgegriffen, an deren Selbstkostenverteilung die Umschichtung der Kostenfaktoren seit 1913 untersucht werden soll. Es wurden zu diesem Zwecke zwei Tagebaue und ein Tiefbau gewählt und einer Betrachtung unterzogen. Zwei Tagebaue wurden herangezogen, um die Umschichtung in den verschiedenen Phasen zu zeigen. Der eine (er wird mit H. bezeichnet) betreibt die Kohlengewinnung in größerem Maße noch mit der Hand. Der andere (M.) ist ein erst 1927 in Betrieb genommenes vollkommen modernisiertes Werk. Dieser Weg der Untersuchung mußte gewählt werden, weil es selbstverständlich nicht möglich war, die durchschnittlichen Selbstkosten für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zu bekommen. Da die absoluten Zahlen der Betriebe nicht veröffentlicht werden konnten, wurde die Untersuchung an Prozenten dieser Zahlen ausgeführt.

Die hier in der Tafel interessierenden Werte sind die Lohnkosten, unter denen die Summe von Gehalt, Lohn und Sozialbeiträgen zu verstehen ist. Im Betrieb M machten vor dem Kriege diese Kosten noch über 40 % der Gesamtkosten aus. 1928/29 beträgt ihr Anteil nur noch 5,5 %. Es hat also hier in stärksten Maße eine Umwandlung der Arbeitskosten in Kapitalkosten stattgefunden. Durch Verbesserung, was im ganzen gesehen Mechanisierung bedeutet, der Verlade- und Fördereinrichtungen sind auch die Arbeitskosten bei H auf 34 v. H. gesunken, die Umlagerung ist also auch hier noch als sehr erheblich anzusehen. Ganz anders liegen die Verhältnisse im Tiefbau. Im Tagebau war die Erhöhung der Selbstkosten auf eine anteilige Steige-

[29]) Siemer, a. a. O. S. 35 u. 38.

rung der Kapitalkosten zurückzuführen. Im Tiefbau dagegen wird die Erhöhung der Selbstkosten bewirkt durch den sich erhöhenden Anteil der Arbeitskosten. Das heißt aber, daß der Tiefbau nicht in dem Maße wie der Tagebau der Rationalisierung zugänglich ist.

Es ist möglich, für den Tagebau die Folgerung zu ziehen: Die Umschichtung zur Kapitalintensität hat zum Freisatz von Arbeitskräften geführt. Die Verhältnisse im Tiefbau gestatteten aber nicht, wie wohl sich aus den obigen Zahlen scheinbar ergeben könnte, den Schluß, daß mit den erhöhten anteiligen Arbeitskosten auch eine Erhöhung der Belegschaft vor sich gehen müßte.

Der Tiefbau war gegenüber dem Tagebau zu teuer geworden und damit nicht mehr konkurrenzfähig. Seine geringe Rationalisierungsfähigkeit ließ dieses Verhältnis entstehen. Sein Arbeitsbedarf und damit seine Belastung durch diesen war gegenüber dem Tagebau ein erheblich höherer. Betrachtet man die Arbeitsfreisetzungen im Tiefbau in der Periode 1923/28 (sie beträgt in 1927/28 schon 19,2 %, gegenüber 1923), so muß gefolgert werden, daß unter Einbezug der vorigen Untersuchungen die Entlassungen nicht auf Grund technischer Rationalisierung erfolgen konnten, sondern nur auf Tiefbaustillegungen, weil der Tiefbau gegenüber dem Tagebau weniger leistungsfähig war, zurückzuführen sind. Die hohen Abbauverluste durch Stehenlassenmüssen von Schutzbauten und der große Holzverbrauch trugen ebenfalls zur Neigung still zu legen bei. Der Arbeitsbedarf des arbeitsintensiven Tiefbaues wirkte auf die Dauer konkurrenzschwächend gegenüber dem kapitalintensiven Tagebau. Seine Einstellung bedeutet also eine erhebliche Lohnersparnis. In der Theorie wird dieser Vorgang als negative Rationalisierung bezeichnet, d. h. durch Verminderung der relativ unwirtschaftlichen Betriebe bei gleichzeitiger Umlegung der Bedarfsdeckung auf die rentabelst arbeitenden Betriebe wurden Werke geschaffen, die einen größeren wirtschaftlichen Erfolg aufzuweisen hatten als die vor der Zusammenlegung betriebenen Betriebsstätten zusammen.

Tiefbauanteil an der Gesamtförderung im Braunkohlenbergbau.

	DEBRIV			Halle		
	Gesamtförd. in t	davon im Tiefbau	t in % G.	Gesamtförd. in t	davon im Tiefbau	t in % G.
1923/24	87 707 127	16 780 136	19,1	21 338 280	4 299 634	20,1
1924/25	92 316 741	17 334 513	18,7	20 535 999	4 018 955	19,5
1925/26	96 671 873	15 987 251	16,5	21 500 398	4 100 416	19,0
1926/27	96 787 244	14 896 064	15,3	21 477 905	3 755 437	17,4
1927/28	106 080 882	13 746 013	12,9	24 653 010	3 205 932	13,0
1928/29	113 402 543	13 816 929	12,1	26 728 973	3 277 537	12,2
1929/30	112 368 715	14 122 605	12,5	24 852 410	3 327 764	13,3
1930/31	92 163 609	11 958 050	12,9	20 443 062	2 669 621	13,0
1931/32	87 358 676	10 669 592	12,2	18 503 737	2 270 126	12,2

Die oben angeführte Zahlenreihe der Produktionsergebnisse des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus (darunter die des Bezirksvereins Halle. Bitterfeld hat für den Tiefbau keine Bedeutung) lassen sowohl ein absolutes als auch ein relatives Sinken der Tiefbauproduktion erkennen. In der Zeit stärksten Anstiegs der Tagebauproduktion setzt sich der Abbau des Tiefbauanteils immer mehr fort. Nicht also hat sich nicht nur die absolute Höhe der Produktion gehalten, sie ist ebenfalls wie der relative Anteil gesunken, so daß also hier, da die direkte technische Rationalisierung keinen Einfluß hatte, die Reduzierung der Belegschaftsziffer durch Tiefbaustillegungen verursacht sein muß.

Auf die Zahl der stillgelegten Werke wird unten noch in anderm Zusammenhang weiter eingegangen werden.

Die Mechanisierung wurde bei der Braunkohle am weitesten im Abraumbetrieb vorwärts getrieben. Die Wege und Formen waren je nach dem Zweige der Produktion, der einer Rationalisierung unterzogen wurde, ganz verschieden.

Sie erfolgte einmal vorbetrieblich in der Reorganisation des der eigentlichen Produktion vorgelagerten kaufmännischen Apparates der Werke und der Absatzgesellschaften. Neben einer Mechanisierung des Bürobetriebes wurde auf Einführung einer exakten Kalkulations- und Rentabilitätsrechnung, die von modernem betriebswirtschaftlichen Denken getragen war, hingewirkt. Daneben wurde eine genaue Kontrollrechnung und Betriebsstatistik ausgebildet, die jederzeit die genaue Überprüfung des gesamten Apparates ermöglichte.

Innerbetrieblich sind die Rationalisierungsformen je nach der Art der zu mechanisierenden Betriebssparte verschieden.

In der Kohlen- und Abraumgewinnung wurde zwecks Erhöhung des Nutzeffekts zu großdimensionierten und elektrischen Geräten übergegangen. Es wurden im Abraum leistungsfähige, zum Teil auf Raupen laufende Löffelbagger, Eimerkettenbagger, Raupenbagger, große Absetzapparate, Kippenpflüge und großdimensionierte Abraumförderbrücken, die Fahr- und Absetzbetrieb vereinigten, elektrische Lokomotiven an Stelle der Dampflokomotiven und Großabraumwagen eingesetzt. Die Großraumförderung fand ebenfalls Anwendung in der Kohlegewinnung. Eine Neueinführung bedeuteten hier neben den hochleistungsfähigen Baggern die Bandanlagen. Infolge des sich durch die Technisierung steigernden Energiebedarfs vollzog sich auch der Ausbau der Elektrizitätswirtschaft.

In den Brikettfabriken änderte sich die Leistung kaum.

Jahre	durchschnittliche Leistung je Betrieb in 1000 t	je Person in t
1927	184	1280
1928	217	1385
1929	230	1386
1930	191	1197
Veränderung 1927—1930 in %	+3,6	—6,5

Es fanden nur der Produktionsausweitung entsprechend Aufstellungen von Einfachpressen, Doppel- und Mehrstempelpressen statt. Außerdem versuchte man die erzielten Forschungsergebnisse der Braunkohle nutzbar zu machen. Insgesamt wurden folgende innerbetriebliche Investitionen, womit nur die augenfälligsten angeführt werden sollen, um eine Vorstellung von ihrer Größe zu geben, beim DBRIV in den Jahren 1927/28 bis 1930/31 vorgenommen:

Abraumbagger	51	
Absetzapparate	33	
Abraumförderbrücken	8,	vermehrt 1931
Kohlenbagger	32	auf 14
Brikettpressen	130	

Um die produktionssteigernde und arbeitsparende Wirkung dieser Geräte zu verstehen, muß man sich ihre Dimensionen vergegenwärtigen. Es fanden Raupenbagger Aufstellung, deren Eimerleiterlänge bis zu 50 m ging, deren Schnittiefe bis zu 36 m betrug. Die Apparate des Abraumbetriebes hatten eine Eimergröße von bis zu 700 Litern und eine Bandauslegerlänge bis zu 50 m. Über die Absetzapparate und ihre Wirkung auf die Belegschaftszahlen macht die Industrie- und Handelskammer Halle eine interessante Bemerkung in ihrem Geschäfts-

bericht [30]). Danach erreicht ein sogenannter Randabsetzer eine Stundenleistung von 650 cbm. Die Ersparnisse gegenüber der Handkippe stellen sich auf 65 % an Arbeitskräften und auf etwa 30 % der Gesamtbetriebskosten. Die 1930 bei Golpa gebaute Förderbrücke hat eine Stützweite von 180–200 m, eine Auslegerlänge von 120 m und leistet stündlich 2050 cbm gewachsenen Boden. Die eingestellten Großraumwagen hatten bis zu 16 cbm Inhalt. Es sind, um nicht Mißverständnisse aufkommen zu lassen, in dieser Aufzählung teilweise die Extremfälle heraus gegriffen.

Die zwischenbetriebliche oder betriebsorganisatorische Rationalisierung zeigt sich, wie schon oben angedeutet, vor allem in der Produktionskonzentration auf die Werke mit den geringsten Produktionskosten. Infolge der Undurchsichtigkeit der Beteiligungen der einzelnen Konzernorganisationen und ihrer Maßnahmen erwächst der lückenlosen Darstellung eine unüberwindliche Schwierigkeit. Vor allem ist es nicht möglich, im einzelnen den Grund für die Stillegung anzugeben, weil infolge der wirtschaftlichen Dynamik zugleich mehrere Gründe darauf hingewirkt haben können.

Im Oberbergamtsbezirk Halle vollzog sich der Zusammenschluß und die Konzentration wie folgt:

Zahl der betriebenen Werke im Braunkohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Halle.

Jahr	Zahl der Werke	Belegschaft	Förderung
1921	213	91 962	58 813 669
1922	211	91 114	65 442 752
1923	217	88 239	61 283 488
1924	201	61 304	61 03 903
1925	191	52 655	64 231 931
1926	187	49 175	64 190 374
1927	179	46 733	70 354 776
1927	167	49 124	78 884 754
1929	155	49 605	81 505 150
1930	147	40 337	65 235 381
1931	132	33 719	58 790 481
1932	122	30 035	53 342 031

Setzt man hierzu die von de la Sauce berechneten Ziffern (die Unterschiede ergeben sich durch die verschiedene Art der Durchschnittnahme), so ist deutlich die Konzentration auf die Werke mit den günstigsten Verhältnissen, namentlich mit den höheren Schichtförderanteilen, zu erkennen. In den angeführten Ziffern sind diejenigen für erschöpfte Tagebaue und die aus den oben dargelegten Gründen stillgelegten Tiefbaue mit enthalten.

[31]) Jahr	Zahl der Betriebe	Durchschnittl. Fördereinheit eines Betriebes in t	Förderanteil je Mann u. Schicht
1923	514	231 128	2,16
1924	465	265 957	3,21
1925	436	320 413	3,93
1926	390	356 923	4,18
1927	359	419 220	4,78
1927	338	491 716	4,99

Der Rückgang der Anzahl der Betriebe bei steigender Produktionsentwicklung ist eine Folgeerscheinung der kapitalistischen Konzentration. Da diese, abgesehen von der oben schon angeführten Rationalisierung eine rein organisatorische Angelegenheit ist und in einer Aufzählung der im mitteldeutschen Raum vorhandenen Konzerne und ihrer

[30]) 1927, S. 7.
[31]) de la Sauec, a. a. O. S. 669.

Entstehung bzw. ihrem Zusammenschluß bestehen würde, kann hier auf ihre Darstellung verzichtet werden.

Die zur Rationalisierung treibenden Gründe sind in folgenden Verursachungsfaktoren zu sehen, die, da sie des öfteren schon genügend dargelegt wurden, hier nur aufgezählt zu werden brauchen.

Die erste starke Belegschaftsverminderung erfolgte 1923/25 infolge Abbaues des Produktionsapparates, der in der Inflation unnatürlich aufgebläht worden war. Freigesetzt wurden in dieser Periode beim DEBRIV im Abraum allein 30,9 %, im Tagebau 27 % der Belegschaft. Ein weiterer Grund der Entlassungen lag in dem Wiederheraufsetzen der reinen Arbeitszeit (d. h. Schichtzeit ohne Einfahrt, Ausfahrt und Pause) auf 10 Stunden.

Einen wesentlichen zur Rationalisierung anspornenden Faktor stellen die jährlichen Lohnerhöhungen dar.

Lohnsteigerungen bei der Gesamtbelegschaft.

Jahre	Oberbergamt Halle westlich der Elbe	Mitteldeutschland und Ostelbien
1913—1929	88,4 %	89,1 %
1924—1929	65,4%	62 8 %
1926—1929	24,1%	23,4 %

Die Lohnerhöhungen vom 21. 11. 24, vom 1. 1. 25 und vom 1. 11. 25 führten zu starken Entlassungen.

Als die Rationalisierung fördernd sind auch die die Kostenrechnung belastenden Sozialbeiträge, die parallel der Lohnerhöhung stiegen, anzusehen.

Die Arbeitszeitkürzung wirkte verschieden auf die Belegschaft, je nachdem sie mit oder ohne Lohnkürzung verbunden war. Diejenige vom 1. 4. 29 (sie fällt allerdings in ein Jahr der Hochkonjunktur, so daß hier ein Sonderfall angenommen werden muß), führte zur Neueinstellung von rd. 2300 Arbeitskräften, die vom 1. 10. 29 hatte Entlassungen zur Folge, da nicht eine Lohnkürzung einherging. Die nächste Arbeitsverkürzung war mit Lohnkürzungen verbunden, so daß bei DEBRIV 3000—4000 Arbeiter eingestellt werden konnten.

Die Neigung zur Rationalisierung wurde außerdem verstärkt durch Verschlechterung der Deckgebirgsverhältnisse, durch steigende Steuer- und als Folge der Investitionen steigende Kapitalkosten. Dazu drängte weiterhin die einsetzende Absatzminderung und Kaufkraftschwächung der Verbraucher.

Alle diese Verursachungsgründe lösen Rationalisierungsdruck aus, der sich auf die Belegschaftsstärke umlegt. Die Entlassungen vollzogen sich in unserm Bezirk in 3 Etappen:

Belegschaftsverminderung in der Braunkohlenindustrie im Reg. Bez. Merseburg.

Zeit		Belegschaft		Verminderg. um %	
		Halle	Bitterfeld	Halle	Bitterfeld
I. Etappe:	April 1923	42 128	17 797		
	„ 1924	28 791	8 286	47,7	51,0
	„ 1925	22 017	6 270		
II. Etappe:	„ 1926	21 674	5 928		
	„ 1927	21 716	4 510		
	„ 1928	21 938	5 728	0,34	—7,9
	„ 1929	21 600	6 402		
III. Etappe:	„ 1930	16 094	4 821		
	„ 1931	13 716	3 840	22,1	37,0
	„ 1931	12 530	3 035		

[32]) Strauß, a. a. O. S. 173.

Die erste starke Abbauwelle findet 1925 ihr Ende. Sie hatte ihre Ursache in der Umstellung der Betriebe nach der Inflation und in der Wiedereinführung der Friedensarbeitszeit. Die folgende Etappe ist von einer starken Stabilität gekennzeichnet. Im Bitterfelder Gebiet findet sogar eine Zunahme der Belegschaft um 7,9 % statt. Gerade aber in dieser Zeit sind die Investitionen sehr stark gewesen. Wenn in dieser Etappe keine wesentlichen Freisetzungen erfolgten, so deshalb, weil Arbeitszeitkürzungen und steigende Produktivität die sonst unausbleiblichen Folgen der Rationalisierung auf die Belegschaftsziffer teilweise kompensierten. Dem starken Produktionsaufschwung entsprechend hätte ohne Rationalisierung eine Erhöhung der Belegschaft eintreten müssen. Die Mechanisierung hat sich hier also in einem Unterbleiben von Einstellungen ausgewirkt. Das erneut heftige Absinken 1930 ist der rückläufigen Konjunktur und den rückläufigen Erlösen zuzuschreiben.

Die Kupferindustrie.

Die Ursachen für die Arbeitslosigkeit im Mansfelder Gebiet sind in den Veränderungen, die der Kupfermarkt im Laufe der Jahrzehnte erfahren hat, in der Eigenart der Wirtschaftsauffassung der vergangenen Jahre und nicht zuletzt in den Rationalisierungsmaßnahmen, die von der Mansfeld A. G. vorgenommen wurden, zu suchen.

Auf das Mansfelder Gebiet entfallen 90 % der gesamten deutschen Kupferproduktion. Welche Wichtigkeit diesem Gebiet für die deutsche Wirtschaft zuzumessen ist, erhellen die Maßnahmen, die ergriffen wurden (sie sind an anderer Stelle dargestellt), um dem notleidenden Bergbau Hilfe zu leisten. Das Gebiet war ausgesprochenes Notstandsgebiet. Man möge bedenken, daß 1933 gegenüber 1925 im Mansfelder Seekreis im Gewerbe nur eine Beschäftigtenzunahme von 19 %, im Mansf. Gebirgskreis eine solche von 12 % stattgefunden hatte. Die Zahl der Erwerbslosen betrug am 30. 1. 33 in den beiden Mansfelder Kreisen zuzüglich der Stadt Eisleben 9182 Personen.

Das Wohl und Wehe des Gebietes ist im überwiegenden Maße mit dem Schicksal des Kupferschieferbergbaues der Mansfeld A. G. verbunden. Die Gründe des Abstiegs dieser Gesellschaft darlegen, heißt also zugleich die Ursachen der Arbeitslosigkeit darstellen.

Im vergangenen Jahrzehnt wurden in Amerika und in Südafrika Kupferminen erschlossen, deren Produkte infolge der günstigen Abbaufähigkeit und Abbauwürdigkeit erheblich billiger sein konnten als die mit hohen Selbstkosten belasteten Erzeugnisse der Mansfeld A. G. Zum andern gestattete die Wirtschaftsauffassung der vergangenen Jahre das hemmungslose Einströmen dieser billigen Produkte auf den deutschen Markt, ohne der nationalen Industrie einen wesentlichen Schutz angedeihen zu lassen. Diese beiden Gründe führten dazu, daß trotz der Absatzmöglichkeit auch auf internationalen Märkten, trotz der leeren Kupferproduktläger der Bergbau infolge ungenügender Preise eine Minderung erfahren mußte.

Noch 1932 berichtet die Mansfeld A. G.: Es gelang uns, unsre Erzeugung in Kupfer, Silber und sonstigen Metallen regelmäßig abzusetzen, so daß sich keine größeren Bestände ansammelten (Geschäftsber. 1932).

Auf der Seite der Absatzmenge lag also nicht die Gefahr, aber die ungenügenden Preise für die abgesetzten Produkte wirkten auf den Ertrag mindernd. Der Markt war wohl aufnahmefähig, aber die erzielten Preise, die in zu starkem Gegensatz zu den Selbstkosten standen, genügten nicht, um eine gewisse notwendige Rentabilität zu gewährleisten. Unter diesen Umständen hätten die sinkenden Preise produktionsmindernd wirken müssen. Das Gegenteil war aber, wie aus den folgenden Zahlen ersichtlich ist, der Fall:

Produktionsentwicklung der Mansfeld A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb Eisleben.

	1913	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Erzförderung t	854410	734600	728600	830000	850400	829000	939100	808760	860900	952250	997070
Kupfer (ausschließlich Lohnarbeit) t	20300	18543	19267	20058	23486	21225	22893	21108	25132	24778	24857
Feinsilber ausschließlich Lohnarbeit kg	111023	91381	90483	93909	118243	112845	123370	109297	127105	133930	140596
Originalhüttenweichblei t	475	2040	2340	2507	3425	2400	2535	2210	2236	2880	2501
Zinkoxyd t						7056	7740	7315	6945	3600	3820
Zinkvitriol t						698	1480	1924	1466	1167	1866
Schwefelsäure 60° Bé t	20120	23375	20365	22470	33600	38353	39335	38464	42568	42266	39885
Pflastersteine 1000 Stck. a) Großpflaster	18700	14000	24000	23000	27000	27700	36600	17800	23300	12450	24216
b) Klumppflaster								300	3800	3006	12733
Stromerzeugung im mansf. Bezirk RWH	40,3	77,5	84,3	86,1	93,8	102,7	108,8	97,7	107,6	113,4	125,7

Die Unterbrechung im Produktionsanstieg im Jahre 1928 ist auf eine Verringerung der im Hangenden des Kupferschieferflözes wechselnd auftretenden Dachberge zurückzuführen. Die nochmalige Minderung 1930 ist durch den zweimonatlichen Streik verursacht.

Aufsteigende Produktion hat normalerweise ansteigende Belegschaftszahlen im Gefolge. Bei Mansfeld ist das Gegenteil der Fall gewesen. Bei steigender Förderung sinkt die Belegschaft 1932 gegenüber 1923 um 40 %.

Es ist hervorgehoben worden, die Arbeiterentlassungen seien auf Grund der fallenden Produktpreise vorgenommen worden, die die Notlage des Bergbaues herbeigeführt hätten. Die Preisentwicklung der wichtigsten Erzeugnisse verlief folgendermaßen:

Großhandelspreis für Originalhüttenweichblei, prompt, ab Lager in Deutschland (Dtschl.).

1924	64,28	RM je 100 kg.
1925	73,61	
1926	62,80	
1927	49,08	
1928	42,68	
1929	47,02	
1930	36,43	
1931	24,07	
1932	17,25	

(Konjunkturstatistisches Jahrbuch 1933.)

Metallnotierungen.

	Kupfer [34]	[33]	Silber [35]
	New York [in cts]	Berlin [RM]	Hamburg [RM]
1924	13,99	128,05	93,0
1925	14,99	135,66	96,0
1926	13,87	133,49	88,15
1927	13,27	126,27	78,91
1928	14,92	141,30	79,65
1929	19,15	173,85	74,82
1930	12,59	127,43	54,38
1931	8,57	82,24	42,26
1932	5,69	54,81	42,24

[33]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933.

[34] [35]) Errechnet nach Angaben in den Berichten der Industrie- und Handelskammer Halle 1925–1933.

Entwicklung der Belegschaft (jeweils am Ende des Jahres) bei Mansfeldscher Kupferbergbau A. G. Eisleben.

in 1000.

1913	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
18,9	20,7	15,9	15.7	15,9	14,1	13,9	14,4	12,5	12,7	12,4	12,8

Welche Wirkungen der Preissturz gehabt hat, wird ersichtlich aus einer Äußerung, die sich im Geschäftsbericht der Mansfeld A. G. von 1930 findet:

„Wenn man berücksichtigt, daß jeder Veränderung des Kupferpreises um c. 1— bei der Höhe unsrer Erzeugung eine Unter- oder Mindereinnahme von etwa 2.2 Mill. und jeder Veränderung des Silberpreises um 1— Mk eine solche von etwa 125 000 jährlich bedeuten, so kann man ermessen, daß der unaufhaltsame Preissturz dieser unsrer Hauptmetalle uns vor sehr schwierige Entschlüsse stellte."

Wie sinkende Erlöse die Selbstkosten erhöhen, wirken steigende Löhne, soziale Aufwendungen, Steuern und Frachten belastend. Die Frachtensteigerung trat ein durch Aufhebung des Ausnahmetarifs 6 b. Die sonstigen Faktoren entwickelten sich wie aus den folgenden Tabellen ersichtlich:

Verdienst pro Strebhäuer und Schicht	
Dez. 1924	4,77 RM
„ 1925	6.08 „
„ 1926	6,73 „
„ 1927	7,56 „
„ 1928	8,61 „
„ 1929	9,64 „

	1913	1929
Steigerung d. Sozial. Aufwendungen	2 120 000	7 690 000
Steuern	400 000	2 950 000

Höhe der in den Jahren 1913/31 von den Kupfererzeugenden Betrieben der Mansf. A. G. gezahlten Löhne und Gehälter (in Mill. Mk).

1913	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
24,2	21,1	24,6	27,1	26,6	28,0	32,0	24,8	22,7

Bei sinkenden Preisen, steigenden Löhnen, steigenden sozialen Abgaben, steigenden Steuern und Frachten, bei steigender Produktion trat eine Belegschaftsverminderung ein.

Die Freisetzungen erfolgten in 2 Phasen. Die erste reicht von 1923 bis 1929. In dieser Zeit erfolgt die große Verminderung um 30,1 %. Ab 1930 tritt eine gewisse Gleichgewichtslage ein, die bis 1932 nur noch geringe Veränderungen aufweist. Der Abbau betrug in dieser Phase 13,8 %.

Der Preissturz des Kupfers setzt ein im Jahre 1930, nachdem ab 1924 eine gewisse steigende Tendenz zu beobachten gewesen war und mit 1929 ein Höhepunkt in der Preisgestaltung gelegen hatte. Der Höhepunkt des Silberpreises war schon 1925 erreicht gewesen. Das Absinken datiert vom folgenden Jahre. Die Entwicklung der Großhandelspreise für Originalhüttenweichblei, ein für die Rentabilität des Mansfelder Bergbaus mit maßgebendes charakteristisches Produkt, verläuft nicht einheitlich. Aber auch bei ihm erfolgt der wesentliche Preisrückgang ab 1925.

Die Preise der Nebenprodukte sind es also gewesen, die in der Periode 1923 29 im wesentlichen die Selbstkostenrechnung belasteten. Der Einfluß des Kupferpreises hinsichtlich dieser Wirkung ist mit 1930 feststellbar.

Dem Preissturz der Nebenprodukte suchte man von Anfang an durch Rationalisierungsmaßnahmen entgegen zu wirken. Als dann der Kupferpreisrückgang einsetzt, sind sie im wesentlichen abgeschlossen, bzw. so weit vorwärts getrieben, daß sie in dieser Periode nicht mehr erweitert werden brauchen; d. h. die durch sie möglicherweise auftretenden Arbeitsfreisetzungen sind schon in der Zeit 1923 30 vorweg genommen worden.

Die Rationalisierung im Kupferbergbau wurde zwischen- und innerbetrieblich vorgenommen. Die erstere bestand in einer Konzentration und Steigerung der Förderung auf Wolff- und Vitzthumschacht, verbunden mit der Stillegung einiger ärmerer Flügel verschiedener Schächte. Die Förderleistung betrug demzufolge 1927, dem Jahre, in dem die Mechanisierung und Leistungssteigerung der Fördereinrichtungen als abgeschlossen gelten konnte, auf dem Vitzthumschacht 3000 t je Tag in 2 Schichten. In demselben Jahre war es durch den Ausbau dieses Schachtes möglich geworden, den Paulschacht und den Zirkelschacht ganz stillzulegen, nachdem schon 1921 die gesamte Förderung des Herrmannschachtes auf die beiden angeführten Hauptschächte übernommen worden war. Im Zuge dieser negativen Rationalisierungsmaßnahmen erfolgte als Ergänzung des Programms 1930 die Außerbetriebsetzung des Röhrigschachtes. Die Förderung im Mansfelder Bergbau war damit auf den 3 Schachtanlagen Wolff-, Vitzthum- und Chlotildeschacht zusammengefaßt. Dabei entfielen mehr als $^{2}/_{3}$ der Förderung auf Wolff- und Vitzthumschacht, von denen der erste 1927 eine Belegschaft von 4000 Mann, der letztere eine solche von rd. 3000 hatte.

Parallel dieser negativen Rationalisierung im Förderbetrieb lief eine solche in der Verhüttung und Messingerzeugung. 1926 wurde das Rothenburger Messingwerk stillgelegt und die gesamte Erzeugung auf Hettstedt übernommen. Im Hüttenbetrieb ging eine Konzentration auf die leistungsfähigen Anlagen und eine Stillegung, ein Bruch der alten und eine Neuerrichtung von Anlagen zur Minderung der Gestehungskosten vor sich.

Die Maßnahmen zur negativen Rationalisierung wurden ergänzt durch solche innerbetrieblicher, vor allem technischer Art.

In der Erzgewinnung wurden zur Leistungssteigerung Abzugsbühnen eingesetzt, die Kettenbahnen verbessert und der Wagenumlauf mechanisiert. Diese Verbesserungen bewirkten 1925 auf dem Wolffschacht eine Steigerung der Förderung auf 7200 Wagen in 2 Schichten. Die völlige Mechanisierung der Haldenförderung und die Aufstellung von Haldensturzbrücken trieben die Leistungen über Tage in die Höhe. Durch Einsatz von Elektrizität und Druckluft auf allen Schächten gelang es, auch eine Steigerung des Abbaues in der Tiefe zu erreichen. Beide ermöglichten den Einsatz von mechanisierten Gewinnungsmaschinen. Wie weit die Rationalisierung in diesen Zweigen schon 1928 vorwärtsgetrieben war, erhellt die Tatsache, daß im Dezember 1928 62 % der Minern mit 550 Abbauhämmern und der entsprechenden Zahl Bohrhämmern gewonnen wurde. Elektrohaspel, sonstige Haspel und Schüttelrutschen ergänzten die Maßnahmen.

Mit dem Jahre 1929 hörten im Mansfelder Bergbau die Investitionen zwecks Rationalisierung der Betriebe auf. Nur die technische Apparatur des Messingwerkes wurde noch erneuert. Die Belegschaftsverminderung war bis zum Jahre 1929, dem Jahre mit dem die erste Phase der Freisetzungen endete, erfolgt. Der große Schub der Entlassungen, der noch einmal auf 1930 einsetzte, muß teils noch als Wirkung der Mechanisierung angesehen werden, teils war er

schon Folge des nun auf einmal ruckmäßigen Sturzes der Kupfer-, Silber- und Nebenproduktpreise.

In dieser Zeit wurde durch vom Staat zur Verfügung gestellte Mittel, der den in seiner Existenz gefährdeten Bergbau Hilfe bieten wollte, die Rationalisierung noch ausgedehnt. 1931 erfolgte die Aufstellung einer elektrisch angetriebenen Turbokompressoranlage und der Bau neuer Schüttelrutschen und Haltensturzbrücken und der Einsatz von Selbstentladern auf den Streckenbahnen nach den Rohhütten. Auf der andern Seite aber wurden zu derselben Zeit Feierschichten eingelegt.

Die Lage des Mansfelder Kupferschieferbergbaues stellte sich also wie folgt dar:

Abgesehen von den durch exogene Gründe verursachten Produktionsunterbrechungen stieg die Förderung fortgesetzt. Einer Erhöhung der Erzeugung müßte eine Erhöhung des Arbeitseinsatzes parallel laufen. Man ging aber bei Mansfeld nicht diesen Weg, sondern wählte die Rationalisierung, um die Produktion sicher zu stellen. Die Mechanisierung wurde aber nicht nur dem Produktionsanstieg entsprechend gefördert, sondern über ihn hinaus wurden durch sie zusätzliche Kräfte freigesetzt. Der einsetzende Preissturz wirkte wie eine Produktionsschrumpfung auf die Rentabilität; Produktionsschrumpfung beeinflußte rückwirkend den Beschäftigungsgrad. Wenn in der Periode des stärksten Preisverfalles der kleinere Anteil an Arbeitskräften freigesetzt wurde, so nur deshalb, weil in der ersten Periode der Freisatz durch die Rationalisierung schon bis zu einer gewissen aus der Natur des Kupferschieferbergbaues als arbeitsintensives Unternehmen sich ergebenden Grenze erfolgt war.

Stellt man am Schluß der Ausführungen über die Rationalisierung die Frage nach ihrer Berechtigung, so ist deren Verfolgung im Interesse des technischen Fortschrittes an sich zu bejahen.

Die erfolgreiche Entwicklung des Arbeitseinsatzes vom Jahre 1933 ab hat bewiesen, daß es möglich war, viele Arbeitskräfte, von denen man annehmen mußte, sie seien durch die Rationalisierung für immer freigesetzt, einer Beschäftigung wieder zuzuführen. Man muß sich aber darüber klar sein, daß sie im vergangenen Wirtschaftssystem als strukturelle Arbeitslose anzusehen waren, weil unter der Herrschaft dieses Systems tatsächlich keine Ansatzmöglichkeit für sie bestand.

Auch heute werden grundsätzlich der technische Fortschritt und die durch ihn zu erzielenden Ersparnisse befürwortet. Die hierdurch freigewordenen Arbeitskräfte finden aber Ansatz in Produktionszweigen, die zur Befriedigung der noch sehr mannigfachen Bedürfnisse des deutschen Volkes gefördert werden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Benzinproduktion und an die Gewinnung anderweitiger für Deutschlands Unabhängigkeit vom Weltmarkt notwendiger Stoffe. Weiter möge man an das Wohnungsbau- und Siedlungsprogramm denken.

Damit ist zugleich das ganze Problem als ein organisatorisches, nicht als ein technisches erklärt. Die Aufgabe des Unternehmers ist die, in seinem Betriebe den größtmöglichen wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen, nicht aber Wirtschaftspolitik zu treiben. Sie ist Aufgabe des Staates. Der Unternehmer der Vergangenheit ist mit der Anwendung der technischen Errungenschaften seiner Aufgabe wohl in hohem Umfange gerecht geworden. Die durch Rationalisierung freigesetzten Kräfte fanden aber nicht Beschäftigung, weil der Unternehmer ohne Führung war, ohne eine Führung, deren Pflicht es gewesen wäre, die durch Verbesserungen erzielten Gewinne in neuen Produktionszweigen zu investieren und diesen die erzwungen Unproduktiven zuzuführen.

Die Vertreter des Staates von damals vermochten aber auf Grund ihrer Wirtschaftsideologie diesen Entschluß nicht zu fassen, so daß

die freien Kräfte, die infolge technischer Verbesserungen ihren Arbeitsplatz verloren hatten, als volkswirtschaftliche Kostenfaktoren auftraten.

c) Der Wirtschaftsaufbau.

Ein gesicherter Satz der Konjunkturpolitik besagt, daß eine starke Mischung der Betriebsgrößen die Krisenfestigkeit einer Landschaft erhöht. In guten Zeiten sind die kleineren und mittleren Betriebe weniger als die großen zu Investitionen geneigt, weil sie diese aus eignen Mitteln zu finanzieren haben und schwerer Kredit bekommen. In der Krise macht sich dann infolge verminderten Druckes der unausgenützten Überkapazität auf die Selbstkosten der Rückgang nicht in so hohem Maße wie bei den Großbetrieben bemerkbar. Ein weiteres stabilisierendes Element ist in der leichten Umstellung der Betriebe kleineren Ausmaßes zwecks Vermeidung von Kapitalverlusten zu sehen. Ein der Krise zum Opfer gefallener kleiner Betrieb wird leichter, da die Umstellung auf die Produktion anderer Güter nicht so schwer ist, einen Käufer finden als ein Großbetrieb, der schon in seiner ganzen Produktionsapparatur eine höhere Starrheit aufweist.

Im Regierungsbezirk Merseburg hat die Zahl der Mittelbetriebe in der Zeit von 1928 bis 1933 um 30,8 %[36], die der Großbetriebe aber um 46,8 % abgenommen. Noch deutlicher wird das stärkere Absinken der Großbetriebe und ihre erhöhte Konjunkturabhängigkeit, wenn man die in ihnen 1925 und 1933 beschäftigten Personen betrachtet. Die Verminderung stellt sich dann bei den Großbetrieben auf 51 %, bei den Mittelbetrieben auf nur 38 %. Die Zahl der gewerblichen Betriebe ist im ganzen gegenüber 1925 sogar um 7,7 % gestiegen, die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen aber um 19,7 % gesunken. Diese Erhöhung der Gesamtzahl der Betriebe erklärt sich daraus, daß viele Werke infolge von Entlassungen in eine niedrigere Größenklasse eingerückt sind. Diese Tendenzen sind vor allem sichtbar in der Größenordnung der Kleinbetriebe. Hier hat gegenüber 1925 eine geringfügige Verminderung der Belegschaft, aber eine gleichzeitige Erhöhung der Zahl der Betriebe stattgefunden. Zur Erhärtung dieser Annahme seien Zahl der Betriebe und Beschäftigung in 3 vor allem im Kleinbetrieb arbeitender Gewerbearten herausgestellt.

Reg. Bez. Merseburg.

	1925		1933	
	Betriebe	Belegschaft	Betriebe	Belegschaft
Schmiederei	1554	3662	1662	3373
Schlosserei	384	2038	604	1673
Klempnerei	474	1861	607	1704

Ein weiterer Umstand, der aus dem Industrieaufbau heraus selbst krisenmildernd wirkt, liegt erfahrungsgemäß in einer größeren Konsumorientierung gegenüber einer überwiegenden Produktionsgütererzeugung. Dieser günstige Fall liegt aber bei der Industrie des Bezirks nicht vor. 39,8 % der Beschäftigten gegen den Reichsdurchschnitt von rd. 50 % arbeiten hier für den Konsum. Mit dieser Lagerung ist zugleich ein hoher Grad der Industrialisierung gegeben, der wiederum eine starke Konjunkturempfindlichkeit bedingt.

Mitteldeutschland ist aber, insgesamt betrachtet, trotz dieser Tatsache kein ausschließlicher Industriebezirk und damit, wieder insgesamt gesehen, nicht den sich aus einer einseitigen Orientierung ergebenden Gefahren ausgesetzt. Mitteldeutschland ist eine Wirtschafts-

[36]) Berechnet nach Stat. Jahrbücher f. Preußen 1927/34.

landschaft. Neben rd. 305 000 in Industrie, Handel, Handwerk und Verkehr Beschäftigten arbeiten nach Rudolph[37] rd. 200 000 in der Landwirtschaft, eine Tatsache also, die auf das Gesamtgebiet gesehen krisenmildernd wirken mußte, da die Landwirtschaft niemals Schwankungen in dem Maße wie die Industrie ausgesetzt ist.

Dieses günstige Bild, das sich aus den Durchschnittswerten für das Gesamtgebiet ergibt, wird getrübt, wenn wir die Verteilung unter den oben angeführten Gesichtspunkten in den einzelnen Wirtschaftsgebieten des Gaues betrachten. Das Wachsen der Industrien seit dem vorigen Jahrhundert führte zur Zusammenballung der Bevölkerung in Industriebezirken, die durch Dominieren eines Gewerbezweiges oft genug noch einseitig abgestimmt waren. Störungen, die sich innerhalb und außerhalb der nationalen Wirtschaft zeigten, und diesen Gewerbezweig besonders hart trafen, mußten notwendigerweise in den betreffenden Gebieten starke Arbeitslosigkeit hervorrufen. Es erhebt sich also die Forderung, innerhalb der Wirtschaftsräume einen Ausgleich von Landwirtschaft, Industrie und Handel zu finden, um auftretende Krisen abzuschwächen oder gar nicht erst in großem Ausmaße zur Entstehung kommen zu lassen. Für das Untersuchungsgebiet heißt das, in den betont einseitigen Industrierevieren Bitterfeld, Merseburg und Halle nach Möglichkeit nicht mehr eine weitere Massierung der Industrie zu gestatten, die im mitteldeutschen Raum eventuell anzusetzenden Industriezweige vielmehr in die Kreise zu verlegen, die auch mit Rücksicht auf ihre Krisenfestigkeit in der Lage wären, noch verschiedene Gewerbe aufzunehmen.

1933 entfielen in Reg. Bez Merseburg von den Erwerbstätigen auf:

	1933	1925
Industrie und Handwerk	36,9 %	44,4 %
Land- und Forstwirtschaft	35,0 %	32,1 %
Handel und Verkehr	11,6 %	13,3 %

Diese Verteilung ist 1933 durch die Freisetzungen, von denen vor allem Industrie und Handwerk betroffen wurden, herbeigeführt, so daß das Gewerbe zahlenmäßig in normalen Zeiten überwiegt. Die Betonung des industriellen Charakters einzelner Gebiete innerhalb des Reg. Bez. Merseburg stellt zweifelsohne eine Gefahr dar. Der Idealfall für die Krisenfestigkeit eines Gebiets ist gegeben, wenn die Industrie leicht im Strukturaufbau der Wirtschaft überwiegt und vorwiegend für die Landwirtschaft arbeitet. Bei dieser Gegebenheit vermag eine Landschaft gewissermaßen aus sich selbst heraus zu leben. Da die mitteldeutsche Industrie teilweise aber stark exportorientiert ist, liegt für unser Gebiet dieser günstige Fall nicht vor.

Welche Gegebenheiten der Krisenwiderstandskraft der mitteldeutschen Wirtschaftslandschaft daneben noch entgegenstanden oder sie andrerseits stützten, soll an Fällen des Gebiets geklärt werden.

---

[37] a. a. O. S. 41.

Kreis	Beschäftigte pro gewerbliche Niederlassg. 1925	Abnahme der Beschäftigten 1933 gegen 1925 in Proz.	Von den Erwerbspers. waren erwerbsl. 1933 in Proz.	Von den hauptberuflich erwerbstätigen entfielen 1933 auf (in runden Zahlen)				
				Land- u. Forstw.	Industr. u. Handw.	Handel u. Verkehr	öffentl. Dienste u. priv. Dienstl.	Häusl. Dienste
Stadtgem. Bitterfeld	11,9	15,0	19,1	198	4470	1790	850	360
Kreis Bitterfeld	9,4	16,1	18,2	10800	19700	5250	2200	1200
Stg. Delitzsch	4,2	1,1	23,3	240	2490	2040	590	290
Stg. Eilenburg	7,8	26,5	31,3	370	3340	1360	550	290
Kreis Delitzsch			m.D.u.E. 18					
[ohn. Del. u. Eilbg]	3,2	18,7	o. „ „ 12,1	15500	10800	5400	1700	1000
Kreis Eckartsberga	2,5	+ 4,9	9,5	14200	3100	1500	800	400
Stg. Eisleben	6,9	13,6	16,3	570	4290	1720	1000	420
Kreis Halle	7,2	14,9	26,0	850	24530	26680	12360	4300
Kreis Liebenwerda	6,5	4,0	10,9	14100	13100	5100	1400	800
Mansf. Gebirgs.-Kr.	4,2	12,3	10,4	8900	10400	2300	1100	500
Mansf. See-Kreis	8,4	19,0	17,2	12400	11200	2800	1200	800
Stg. Merseburg	6,3	20,4	21,4	330	4630	2940	2000	580
Ldkr. Merseburg	9,2	19,5	21,2	12500	13900	4100	1800	1000
Stadt Naumburg	4,3	19,7	23,2	540	3680	3040	1850	1080
Kr. Querfurt	5,2	21,9	14,8	16200	8300	2600	1400	800
Gem. Ammendorf	17,1	39,4	33,4	320	2500	680	230	96
Saalkreis			m.Ad.23,9					
[ohne Ammendf.]	6,3	36,7	o. Ad.22,4	11500	12000	5000	2700	800
Kreis Schweinitz	3,3	+19,2	4,9	15300	3900	1600	700	300
Stadt Torgau	5,2	+24,8	15,0	390	2220	1480	1120	410
Kr. Torgau [o. T.]	3,6	9,2	9,1	14400	7600	3200	1700	700
Stadt Weißenfels	8,3	26,5	28,0	290	6870	3420	1680	540
Ldkr. Weißenfels	6,1	6,3	18,3	2900	6800	3400	1600	500
Stadt Wittenberg	6,1	13,5	11,2	930	5190	2680	1320	440
Ldkr. Wittenberg	6,5	+ 3,4	8,1	12000	10900	2900	1000	500
Stadt Zeitz	7,8	33,0	31,1	150	5880	3150	1370	640
Ldkr. Zeitz	5,6	26,7	23,0	5400	6200	1400	400	300
Sangerhausen			14,3	15900	8000	4400	1600	900

Von den Erwerbspersonen waren am 16. Juni 1933 über 20 % erwerbslos in den Kreisen.

1. die in Industrie und Handwerk eine hohe durchschnittliche Beschäftigungszahl pro gewerbliche Niederlassung haben, wo also vor allem der Großbetrieb überwiegt.
2. in denen Industrie und Handel u. Verkehr ein hohes Übergewicht über die Landwirtschaft haben.
3. wo, wenn man die Städte, die Krisenzentren an sich darzustellen scheinen, außer acht läßt, der großbäuerliche und landwirtschaftliche Großbetrieb überwiegt.
4. in denen die Bevölkerungsdichte überdurchschnittlich ist (über 145,47 = durchschnittl. Dichte des Reg. Bez. Merseburg).

Diese ungünstigen Verhältnisse liegen einmal vor in allen Stadtkreisen des Reg. Bez. Merseburg zum andern im Landkreis Merseburg, der eine hohe Betriebsgröße, eine hohe Bevölkerungsdichte, ein Überwiegen der Industrie und ein Vorherrschen des großbäuerlichen und des Großbetriebes (60 %) vor dem Klein- und Mittelbetrieb (40 %) hat. Die gleichen Grundverhältnisse gelten mit geringer Unterschiedlichkeit für den Saalkreis und den Landkreis Zeitz. Wenn in dem Bitterfelder Gebiet trotz hoher Betriebsgröße in Gewerbe und Landwirtschaft, trotz ungünstiger Verteilung der Landwirtschaft und der Industrie und trotz überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte die Prozentzahl für die erwerbslosen Erwerbspersonen unter 20 liegt, so ist das eine Folge der schon am Datum der Volkszählung eingetretenen

Belebung der Industrie dieses Gebiets. Im Kreis Bitterfeld einschließlich der Stadt Bitterfeld betrug die Zahl der Erwerbslosen am 30. 1. 33 9997 Personen, am 30. 9. 33 aber nur mehr 3554, d. h. rd. $^2/_3$ der Erwerbslosen haben in dieser kurzen Zeit wieder einen Arbeitsplatz bekommen. Die vom Datum der Volkszählung benutzte Zahl stellt also nicht den tatsächlichen und ursprünglichen Zustand dar. Sie läge bei Berücksichtigung des genannten Umstandes und bei Ausschaltung der Belebung ebenfalls über 20.

Am 16. Juni 1933 waren weniger als 10 % der Erwerbspersonen erwerbslos in den Kreisen,

1. deren Beschäftigtenzahl pro gewerbliche Niederlassung sehr niedrig lag.
2. in denen die Landwirtschaft die Industrie, den Handel und Verkehr weit überwiegt.
3. deren Bevölkerungsdichte unterdurchschnittlich ist.

Die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen ist in diesen rein agrarischen Gebieten von nicht so ausschlaggebender Bedeutung. Es erscheint aber nach den vorliegenden Zahlenreihen zu urteilen, als wenn eine starke Mischung von mittel- und großbäuerlichen Betrieben und ein gleichzeitig starkes Hervortreten der kleinbäuerlichen Betriebsgrößen die günstigste Situation darstelle; denn in den Kreisen, in denen diese Größe keine oder nur eine untergeordnete Bedeutung hat, beispielsweise in Torgau und Eckartsberga, sind auch die Arbeitslosenzahlen innerhalb der Gruppe bis 10 % am höchsten.

Im Landkreis Wittenberg waren 1933 nur 8,1 % erwerbslos. Auch seine Bevölkerung ist unterdurchschnittlich, aber die Landwirtschaft überwiegt die Industrie nur leicht und die Betriebsgröße ist höher als in den agrarischen Kreisen. Er nimmt eine Mittelstellung ein zwischen der eben behandelten und der folgenden Gruppe.

Bei Untersuchung der vorliegenden Reihe ist man leicht geneigt anzunehmen, die Arbeitslosenprozente seien am günstigsten, wenn der Teil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an den Erwerbstätigen denjenigen der Industrie überwiegt. Es ist nun aber in der Krise vor allem der Industrieanteil freigesetzt worden, so daß die Zahlen der Verteilung der Erwerbstätigen vom 16. Juni 1933 über die tatsächlichen Anteile der einzelnen Gewerbezweige täuschen. Für die richtige Verteilung ist es aber unerläßlich, die Arbeitslosenzahlen mit heranzuziehen. Dieses Moment hat bei den Untersuchungen Berücksichtigung gefunden.

Die günstigste Struktur im Bezirk ist vorhanden in den Kreisen, die auch die mittleren Arbeitslosenprozente aufweisen. Hier sind die pro Betrieb im Durchschnitt Beschäftigten nicht überhoch, die in Industrie, Handel und Verkehr Tätigen überwiegen leicht die in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Bevölkerungsdichte liegt in allen diesen Kreisen wenig unter dem regierungsbezirklichen Durchschnitt und die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebsgröße ist eine günstige. Ist dieses Verhältnis durch einen Faktor wesentlich gestört, tritt sofort innerhalb der Reihe eine Erhöhung der Arbeitslosenzahlen ein. Als Beispiele seien dafür der Mansfelder Seekreis, der eine verhältnismäßig hohe Lage der Zahl der Beschäftigten pro Betrieb und in der Landwirtschaft ein Vorherrschen des Großbetriebes (50—60 % an der Gesamtfläche) aufweist, und der Kreis Weißenfels mit einem sehr starken Überwiegen der Industrie angeführt.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich die Forderung, in der Wirtschaftslandschaft, die krisenfest gestaltet werden soll, einen derartigen Ausgleich in der Struktur zu finden, daß die Betriebsgrößen in der Landwirtschaft und der Industrie eine möglichst große Mischung aufweisen, so daß die durchschnittliche Betriebsgröße möglichst günstig liegt, weiterhin eine günstige Bevölkerungsdichte anzu-

streben und in der Gesamtverteilung der Industrie, dem Handel und Verkehr ein leichtes Übergewicht vor der Landwirtschaft einzuräumen. Diese Forderung erklärt sich daraus, daß die Industrie an sich mehr Menschen aufzunehmen vermag als die Landwirtschaft.

Bevölkerungsdichte 1933.

	Fläche in 1000 qkm 1933	Einwohnerzahl	Auf 1 qkm kamen Einwohner
Provinz Sachsen	25,2	3 399 495	133,2
Regierungs-Bezirk Magdeburg	11,6	1 302 385	112,4
„ „ Merseburg	10,2	1 486 353	145,5
„ „ Erfurt	3,7	610 757	164,0
Land-Kreise des Regierungs-Bezirkes Merseburg	**Fläche 1933 in qkm**	**Wohnbevölkerung am 16. Juni 1933**	**Auf 1 qkm kamen**
Bitterfeld	691	104 960	151,90
Delitzsch	755	85 370	113,07
Eckartsberga	563	41 478	73,67
Liebenwerda	794	80 303	101,14
Mansfelder-Gebirgs	500	60 928	121,86
Mansfelder-See	574	82 249	143,29
Merseburg	552	94 257	170,76
Querfurt	683	72 814	106,61
Saalkreis	489	93 513	191,23
Sangerhausen	772	75 120	97,31
Schweinitz	1014	40 276	39,72
Torgau	990	60 706	61,32
Weißenfels	624	101 581	162,79
Wittenberg	803	56 820	70,76
Zeitz	257	39 070	152,02

Aus der Siedlungstruktur, wenigstens der unsres Gebiets, läßt sich kein Schluß auf die Krisenwiderstandskraft der Wirtschaftslandschaft ziehen. Die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen ist für unser Gebiet recht gut.

Verteilung der Bevölkerung
auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen.

	16. Juni 1933 Es entfielen % der Gesamtbevölkerung auf die einzelnen Gemeinde-Größenklassen				
	weniger als 2000	2000 bis unter 5000	5000 bis unter 20 000	20000 bis unter 100 000	100 000 und mehr
Provinz Sachsen	38,1	15,2	12,4	14,9	19,4
Reg.-Bezirk Magdeburg	32,8	13,5	13,2	17,0	23,5
„ „ Merseburg	41,6	17,1	13,2	14,1	14,0
„ „ Erfurt	40,6	14,5	8,6	12,6	23,7

58,7 % der Gesamtbevölkerung wohnte danach in Gemeinden bis unter 5000 Einwohnern, d. h. also in Gemeindegrößenklassen, die noch als überwiegend ländlich anzusehen sind.

Von der Wohnbevölkerung waren erwerbslos am 16. Juni 1933.

Gemeinde	Wohnbevölkerung	Erwerbslose in % d. Wbvkg.
Gerbstedt	5 109	6,8
Nietleben	5 587	9,2
Artern	5 889	8,5
Querfurt	6 493	9,5
Hettstedt	8 292	5,2
Sangerhausen	12 272	8,7
Ammendorf	13 786	13,9
Torgau	14 403	6,8
Delitzsch	16 476	10,4
Eilenburg	19 608	13,7
Bitterfeld	21 328	8,4
Wittenberg	24 480	5,4
Eisleben	24 510	6,3
Merseburg	31 576	9,0
Zeitz	35 604	14,2
Weißenfels	40 119	12,4
Halle	209 169	11,5

Rein ländlichen Charakter haben die Kreise Schweinitz und Eckartsberga. Auch der Landkreis Zeitz gehört, wenn man unter diesem Gesichtspunkt ordnet, in diese Größenklasse. Er hat keine Gemeinde über 5000 Einwohner. Die Arbeitslosenziffern der beiden ersten Kreise liegen sehr tief, bei Zeitz aber machen die Erwerbslosen über 20 % der Erwerbstätigen aus. D. h. also, es ist nicht möglich, soweit das unser Gebiet angeht und wenn man von den rein ländlichen Gemeinden absieht, von der Größenklasse an sich einen Schluß auf die Krisenempfindlichkeit einer Gemeinde zu ziehen. Untersuchungen über die Arbeitslosenzahlen verschiedener Gemeinden der unterschiedlichsten Größenklasse bestätigen diese Annahme (vgl. obenstehende Tabelle).

Diese Eigenart erklärt sich aus der mehr oder minder starken Verflechtung der Gemeinden mit der Industrie des Bezirks. Die Industrieattraktion der letzten Jahrzehnte hat nicht wie in andern Gebieten zur Bildung von Großstädten geführt, sondern hat ihren Arbeitsbedarf den bis dahin rein ländlichen Gemeinden entnommen, oder die durch Wanderung herbeigezogenen Kräfte haben sich in ländlichen Gegenden niedergelassen. Diese Verflechtung im mitteldeutschen Gebiet zeigen auch die täglichen Pendelwanderungen an, die zwischen den Wohn- und Betriebsgemeinden stattfinden. Sie legen sich, kartographisch gesehen, wie ein feinmaschiges Netz über das ganze Gebiet, so daß sich die Ausstrahlungen der Industrien von ihren Zentren weit in das Hinterland erstrecken.

Dieser Aufsaugung der Arbeitskräfte durch die Industrien ging gleichzeitig eine Aufgabe der Bodengebundenheit insofern nebenher, als der frühere Grundbesitz vielfach aufgegeben wurde. Wo dieser aber neben der Industriebeschäftigung weiterbestand, z. B. im Mansfelder Land, konnten die Krisenwirkungen weitgehend dadurch aufgefangen werden, daß der Arbeiter bei seinem Freisatz in der Industrie in seinem Stück Ackerland, dessen Größe hier zwischen 1—3 Morgen schwankt, einen gewissen Rückhalt fand.

Die heutige Siedlungspolitik findet also eine durchaus gesunde Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen vor. Die Aufgabe in der Zukunft ist, ähnlich wie im Mansfelder Land, durch direkte Verbindung des Arbeiters mit dem Boden die Krisenwirkungen weitgehend abzuschwächen. Das ist in unserm Gebiet um so leichter, weil die Wohnsitze zum größten Teil noch auf dem Lande liegen.

B. Der Fortschritt der Entlastung des Arbeitmarktes seit 1933.

I. Das wirtschaftspolitische Endziel.

Mit der Wandlung politischer Zielsetzungen geht eine Wandlung und Umwertung von Begriffen vor sich, die, aus einer vergangenen Zeit stammend, unter neuen Gegebenheiten inhaltlich nicht mehr dasselbe umfassen.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist ein solcher Begriff, der in der Vergangenheit besagte, daß die durch Strukturwandlungen der Wirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte in absehbarer Zeit nicht die Möglichkeit hätten, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Drei Jahre nationalsozialistischer Wirtschaft haben aber gezeigt, daß dieser Begriff und der durch ihn umfaßte Inhalt für heute nicht mehr gelten kann. Arbeitslose, die damals als strukturell gelten mußten, sind wieder in Arbeit und Brot gekommen. Die Wandlung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hat den Begriff umgewertet.

Nach einem Worte Friedrich Lists hat jedes Wirtschaftssystem eine bestimmte Fassungskraft für die Bevölkerung. Heute ist in den ersten Anfängen auch eine Wandlung des Wirtschaftssystems vor sich gegangen, das noch keine endgültige formale Ordnung darstellt, das noch nicht definiert wurde, und dessen Entwicklung noch keinen Abschluß gefunden hat, dessen politische und wirtschaftliche Auswirkungen aber das Neue erkennen lassen. Dieses bezüglich des Begriffes scheinbar nur Negative stellt keinen Mangel dar, der dem Erfolg entgegenstehen dürfte. Soll die Wiederherstellung eines natürlichen Zustandes der Gesellschaft angestrebt werden, muß zuerst die Gesinnung eine Änderung erfahren, die formale Ordnung stellt erst eine zweite und noch nicht einmal notwendige Folge dieses Wandels der sittlichen Begriffe dar. Der von der Nationalsozialistischen Revolution als sittliche Forderung aufgestellte Begriff des Sozialismus heißt auf das Problem der Arbeitslosigkeit übertragen Recht auf Arbeit und ist die Verpflichtung der Volksgemeinschaft gegenüber ihren Volksgenossen, jedem einen Arbeitsplatz zu geben.

Das neue Wirtschaftssystem, durch diesen neuen sittlichen Begriff angekündigt, vorbereitet und schon ein Stück der Verwirklichung entgegengeführt, hat eine andere Fassungskraft für die Arbeitskraft der Nation als sie dasjenige zu bieten vermochte, das Folge des Kapitalismus (aufgefaßt als sittlicher Begriff war. Damit hat aber auch der Begriff strukturelle Arbeitslosigkeit seine Bedeutung gewandelt und wird in Zukunft inhaltlich anders gelagert sein.

Wenn heute in so hohem Maße ein Abbau der Arbeitslosen vor sich gegangen ist, so ist das schon als eine Folge der Umwertung anzusehen. Die Arbeitsschlacht ist als erste Maßnahme von der Regierung in Angriff genommen worden, weil das Recht auf Arbeit als dringlichste Forderung unter den damals gegebenen Möglichkeiten Verwirklichung finden mußte. Wie weit die Wirtschaft dieser Forderung, also bezüglich des Entstehens eines neuen Wirtschaftssystems, entgegengewachsen ist, entgegenwachsen konnte und wollte, ist eine andere Frage. Ohne ihr vielleicht ins Bewußtsein zu treten, sind aber die gesamten Arbeitseinstellungen als ein Stück auf dem Wege zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit anzusehen.

Man glaubt das Recht auf Arbeit als ein Idealgebilde hinstellen und ins Reich der Utopie verweisen zu können, weil es doch allein vom Zustand der Wirtschaft abhinge, ob sie in der Lage sei, jedem Volksgenossen Arbeit zu geben. Die Entwicklung seit 1933 hat aber diese Meinung widerlegt. Wäre der politische Umschwung 1933 nicht gekommen, der Zustand der Wirtschaft hätte auch in der folgenden Zeit die Aufnahme des damals riesigen Arbeitslosenheeres nicht erlaubt. Wovon hängt dann aber dieser Zustand der Wirtschaft ab, wenn er nicht alle Kräfte zu seiner Entwicklung aus sich selbst erhält?

Nach einem Worte[1]) Bernhard Köhlers, des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP „ist nicht soviel Arbeit möglich, wie die Wirtschaft erlaubt, sondern soviel Wirtschaft ist möglich, wie gearbeitet wird." Unter diesem Gesichtspunkte wurde von den maßgebenden Stellen auch die Arbeitsschlacht begonnen und bis heute erfolgreich geführt. Dieser Gedanke ist aber auch theoretisch als richtig zu beweisen.

Vergegenwärtige man sich den Zustand vor Beginn der Arbeitsschlacht. Die über 6 Mill. Arbeitslosen wurden von dem noch intakten Teil der Wirtschaft mit Gütern beliefert, die diese letzten Endes selbst zu zahlen hatte, da von ihr die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden mußten. Die Unterhaltung des Arbeitslosenheeres stellte also direkte unproduktive Kosten dar, da keine Gegenwerte erzeugt wurden. Bei Nichtvorhandensein oder Selbsthilfe der Arbeitslosen würden diese Kosten in Wegfall gekommen sein und die entstehenden Ersparnisse hätten den noch Arbeitenden zur Verfügung gestellt werden können, deren Konsumkraft ebenfalls stark geschwächt war, so daß ein großer Teil der Produktion, der an die Arbeitslosen abgeführt wurde, von den noch Arbeitenden aufgenommen worden wäre. Auf jeden Fall wäre eine Hebung des Lebensstandarts, was ja immer Produktionsausweitung bedeutet, eingetreten. Hätte man nun unter diesen Umständen plötzlich sämtliche entlassenen Kräfte wieder in diesen Produktionsprozeß eingeschaltet, so hätte er um den Bedarf der Feiernden eine Ausweitung erfahren müssen. Aus diesen Gedankengängen ist ersichtlich, daß die Aufrechterhaltung der Arbeit eines ganzen Volkes eine Gleichmäßigkeit des Bedarfs und des Absatzes und damit eine hohe Stabilität der Wirtschaft bedeutet. Absatzmangel war vorhanden, Entlassungen und Produktionseinschränkungen wurden aus Mangel an allgemeiner Kaufkraft vorgenommen. Diese aber sinkt und steigt, wie aus den obigen Gedankengängen ableitbar, mit der Produktion. Regt man die Produktion an, d. h. wird mehr gearbeitet, so muß auch die Kaufkraft steigen. Der volle Arbeitseinsatz ist also allein die Bürgschaft für einen geordneten Zustand der Wirtschaft; denn wenn keine Leistungsfähigkeit brach liegt und ohne Verdinst bleibt, was die restlose Verwirklichung des Rechts auf Arbeit darstellen würde, bleibt auch die Kaufkraft im wesentlichen gleich hoch und ist im ganzen wenig Erschütterungen ausgesetzt.

„Die unbeirrbare Verwirklichung des sittlichen Grundsatzes schafft also auch die wirtschaftliche Möglichkeit (das Vermögen) zur Fortsetzung der Arbeit" (B. Köhler, Deutsche Volkswirtschaft, 1. Januarheft 1935, S. 11).

Diese Gesichtspunkte sind leitend bei Beginn und im Verlauf der Arbeitsschlacht gewesen.

Das wirtschaftspolitische Endziel der NS-Regierung wurde durch gleichzeitiges Einsetzen zweier Methoden angestrebt, einmal durch die Erhöhung der Arbeitsmöglichkeit und zum andern durch Verminderung des Arbeitsangebots. Vorbereitend wurde die erste ermöglicht durch Beseitigung von Hindernissen aus vergangener Zeit,

[1]) B. Köhler, Das Recht auf Arbeit als Wirtschaftsprinzip 1934.

die dem Wirtschaftsanstieg hinderlich sein konnten und durch eine Steuerpolitik, deren Wirkungen in dem Anreiz zur Deckung vorhandenen Bedarfs und in der Erhöhung der Nachfrage nach Leistungen und Gütern lagen. Dann setzte die unmittelbare Arbeitsbeschaffung durch Ausführung öffentlicher Aufträge und die mittelbare, die darin bestand, daß der Privatwirtschaft unter günstigen Bedingungen öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden, ein.

Bei der zweiten Methode wird die Arbeitslosigkeit durch Entlastung des Arbeitsmarktes, nicht aber durch vermehrte Arbeitsbeschaffung und durch Beseitigung von Mißständen, die Minderung des Beschäftigungsgrades herbei führen könnten, bekämpft.

II. Gesetzgeberische Maßnahmen und ihre Zwecke.

a) Beseitigung von Hindernissen und Mängeln.

Im Bereiche einiger Gewerbezweige waren im Laufe der Zeit Unzuträglichkeiten entstanden, die vorerst beseitigt werden mußten, um überhaupt durch Wiederherstellung einer natürlichen Ordnung die Voraussetzungen für ein Aufblühen der Wirtschaft zu schaffen. In diesem Sinne sind die folgenden Maßnahmen zu verstehen.

Die Rettung des deutschen Bauerntums wurde eingeleitet durch ein Gesetz „Über die Zuständigkeit des Reiches für die Reglung des ständischen Aufbaues der Landwirtschaft" vom 15. Juli 1933, das entgegenstehende landesrechtliche Vorschriften beseitigen sollte und den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigte, die Vorarbeiten für die Reglung des Aufbaues des Standes der Landwirtschaft einzuleiten. Am 13. Sept. 1933 erging das „Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisreglung landwirtschaftlicher Erzeugnisse". Nach dem Sinne des Gesetzes gehören zum Reichsnährstand Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei, Jagd, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Landhandel und die Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Für den gesamten Reichsnährstand, bzw. einzelne seiner Gruppen wurde der Minister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt, die Erzeugung, den Absatz, Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu regeln. Um die organisatorischen Voraussetzungen zu diesem Zwecke zu schaffen, konnte er weiterhin innerhalb des Reichsnährstandes Gruppen und sonstige nicht zum Reichsnährstand gehörige Unternehmungen zusammenfassen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen oder vertreiben. Das „Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums" vom 11. Juli 1933 überträgt die Zuständigkeit im Bereich der ländlichen Siedlung, im besonderen die Neuschaffung von Bauernhöfen, auf das Reich. Zur Durchführung dieser Aufgabe kann sich das Reich der zuständigen Behörden der Länder bedienen. Das „Reichserbhofgesetz" vom 29. Sept. 1933 schafft die Voraussetzung, die dazu dient, auf die hinlänglich bekannten Bestimmungen soll hier nicht eingegangen werden, die bäuerliche Landwirtschaft aus der kapitalistischen Marktwirtschaft zu lösen und gleichzeitig eine blutsmäßige Sicherung des deutschen Volkes anzustreben.

Zur Behebung der großen Notlage, in der sich bei Beginn des Jahres 1933 schon seit längerer Zeit sehr viele landwirtschaftliche Betriebe befanden, bedurfte es einer grundlegenden Regelung ihrer Verschuldungsverhältnisse. Das „Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse" vom 1. Juni 1933 gibt die Gewähr für die Zurückführung der Verschuldung bis auf die Grenze der Mündelsicherheit, ohne dabei, wenn möglich, die Gläubigerrechte anzugreifen. Nur unter bestimmten Voraussetzungen sind härtere Maßnahmen möglich. Das „Gesetz über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz" vom 25. Oktober 1933, das „Zweite Gesetz über den

landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz" vom 27. Dez. 1933, das „Gesetz über Pächterschutz" vom 22. April 1933, das „Roggenschuldengesetz" vom 16. Mai 1934, das „Gesetz zur Sicherung der Düngemittel- und Saatgutversorgung" vom 20. Dezember 1933 und das „Gesetz zur Sicherung von Gräserkrediten" vom 28. Mai 1934 sichern den geordneten Verlauf der Entschuldungsauktion und machen Mittel für Betriebskredite, an denen ein Mangel herrschte, frei.

Um die Landwirtschaft durch ungenügende Erlöse für ihre Erzeugnisse nicht noch weiter zu verschulden, wurden umfassende Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung ergriffen, um mit ihrer Hilfe die Lebensfähigkeit der Betriebe sicherzustellen. Folgende Gesetze dienen diesem Zwecke:

Die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel" vom 23. März 1933, das „Zweite Gesetz zur Änderung des Milchgesetzes" vom 20. Juli 1933, die Butter- und Käseverordnung vom 20. Februar 1934, das „Gesetz über den Verkehr mit Milcherzeugnissen" vom 20. Dez. 1933, das „Gesetz über den Verkehr mit Eiern" vom 20. Dez. 1933, das „Gesetz zur Ordnung der Getreidewirtschaft" vom 27. Juni 1934, das „Gesetz über den Verkehr mit Tieren und tierischen Erzeugnissen" vom 23. März 1934, das „Maisgesetz" vom 5. Oktober 1934 und die erlassenen Absatzreglungen für den Garten-, Hopfen- und Weinbau und diejenigen für die Hochseefischerei.

Durch das „Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks" vom 29. November 1933 und die Verordnungen vom 15. Juni 1934 und 18. Januar 1935 ist dem Handwerk die entsprechende Hilfe zuteil geworden. Eine Ermächtigung zur Markt- und Preisreglung war aber nicht gegeben.

Der Einzelhandel und wichtige gewerbliche Einzelzweige wurden durch folgende Gesetze neu geregelt.

Durch das „Gesetz zum Schutze des Einzelhandels" vom 12. Mai 1933 wurde das Verbot zur Errichtung, Erweiterung und Verlegung von Einheitspreisgeschäften und die Errichtung von Verkaufsstellen, die Waren zum Verkauf feilhalten, verlängert. Zum Schutze des Kleinhandels und zur Belebung der Automatenindustrie ist das Gesetz über den Verkauf von Waren aus Automaten, das gewisse Beschränkungen vorsah, aufgehoben worden. Die Gesetze über das Zugabewesen vom 12. Mai 1933 und das „Gesetz über Preisnachlässe" vom 25. November 1933 regelten diese Gebiete neu. Die Wirtschaftswerbung und das Versteigerungsgewerbe wurden durch 2 Sondergesetze erfaßt.

Die Maßnahmen zur Förderung und zum Schutze der deutschen industriellen Erzeugung waren vorerst organisatorischer Art. Das „Gesetz zur Vorbereitung des organisatorischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft" vom 27. Februar 1934 ermächtigte den Reichswirtschaftsminister, Wirtschaftsverbände zu errichten, aufzulösen oder miteinander zu vereinigen und als alleinige Vertreter des betreffenden Wirtschaftszweiges anzuerkennen. Er konnte danach Unternehmungen an Wirtschaftsverbände anschließen, Satzungen und Verträge dieser Verbände ändern, ergänzen und das Führerprinzip bei ihnen einführen.

Der Verteidigung der deutschen Erzeugung diente das am 3. Juli 1934 erlassene „Gesetz über wirtschaftliche Maßnahmen", das den Reichswirtschaftsminister ermächtigte, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Verhütung und Beseitigung wirtschaftlicher Schädigungen erforderlich sind. Die Ordnung einzelner Gewerbezweige, vor allem Zusammenschlüsse, Preisregelungen, Maßnahmen zur Rohstoffsicherung und sonstigen Maßnahmen zur Förderung der Erzeugung sind Ausflüsse dieser Gesetze. Als wichtigste sind hier zu nennen:

Das „Gesetz über Änderung der Kartellverordnung" und über die „Errichtung von Zwangskartellen", beide vom 15. Juni 1933. Danach kann der Minister Kartellverträge und Kartellbeschlüsse für ungültig erklären oder eine bestimmte Art ihrer Durchführung untersagen, wenn

sie der Gesamtwirtschaft zu schädigen geeignet sind. Dagegen sind der Wirtschaftsminister oder auch der Minister für Ernährung und Landwirtschaft befugt, ihrerseits Zusammenschlüsse herbeizuführen, wenn sie im Interesse der Unternehmungen und des Gemeinwohls geboten erscheinen. Als Folge dieser Gesetze erschienen eine große Anzahl von Verordnungen, die Erzeugung, Absatz und in einigen Fällen, hier im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für Preisüberwachung, die Preise verschiedener Industrien, öffentlicher Körperschaften und Verbände regelten. Durch Eingriff mittels Verordnungen wurde gegen Preissteigerungen und Preisschleuderei vorgegangen.

Die lebenswichtige Rohstoffeinfuhr wurde durch eine straffe Devisenbewirtschaftung gesichert. Die vielen seit 1933 erlassenen Maßnahmen brauchen nicht erwähnt werden, weil viele inzwischen wieder aufgehoben und durch den am 24. Sept. 1934 erlassenen „Neuen Plan" ersetzt wurden, der zur genauen Kontrolle der Einfuhr Überwachungsstellen nötig machte, die über die durch den Außenhandel anfallenden Devisen und ihre Verwendung zur Sicherung der lebenswichtigen Rohstoffeinfuhr zu wachen haben.

Um die Schwierigkeit der Rohstoff- und Halberzeugniseinfuhr herabzumindern, ist man bestrebt, ausländische Rohstoffe durch heimische Erzeugnisse zu ersetzen. Im § 3 des „Gesetzes über Steuererleichterungen" vom 15. Juli 1933, nach welchem der Reichsminister der Finanzen für eine von ihm zu bestimmende Zeit Unternehmer, die sich mit der Entwicklung neuer Herstellungsverfahren oder mit der Herstellung neuartiger Erzeugnisse befassen, von den laufenden Steuern des Reiches und der Länder, die vom Einkommen, vom Ertrag, vom Vermögen oder vom Umsatz erhoben werden, ganz oder teilweise befreien kann, ist von dieser Seite der Weg vorbereitet worden. In den meisten Fällen werden zur Erprobung neuer Erfindungen sehr hohe Mittel erforderlich sein, die eine einzelne Unternehmung nicht ohne sehr großes Risiko aufbringen kann. Die Entwicklungsrichtung in derartigen Fällen ist durch eine gesetzgeberische Maßnahme angezeigt. Am 28. Sept. 1934 erging die „Verordnung über die Errichtung wirtschaftlicher Pflichtgemeinschaften in der Braunkohlenwirtschaft". Nach ihr kann der Reichswirtschaftsminister Unternehmen, die Braunkohle gewinnen, zusammenschließen, um sie bei Auswertung von Erfindungen anteilmäßig zu beteiligen, um den erforderlichen Kapitalaufwand auf viele Schultern umzulegen. Die Anlagen der Braunkohlenhydrierung sind dann auch auf dieser Grundlage finanziert worden.

b) Steuerpolitik.

Eins der wirksamsten Mittel gegen die ungeheure Arbeitslosigkeit wurde in einer den Zielen angepaßten Steuerpolitik gesehen. Aus der vorangegangenen Zeit war ein Bedarf vorhanden, der durch vorübergehende Steuervergünstigungen Anregung zur Deckung erhalten sollte. So waren Ersatzbeschaffungen von Gegenständen des landwirtschaftlichen oder gewerblichen Anlagekapitals, Aufwendungen für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden und Gebäudeteilen, die einem gewerblichen Betrieb des Steuerpflichtigen dienten, einmalige Zuwendungen an Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn im Jahre 3600 Mark nicht übersteigt, wenn diese Zuwendungen in Form von Bedarfsdeckungsscheinen erfolgen, die Errichtung von Kleinwohnungen, die 1934 und 1935 bezugsfertig wurden, ganz oder teilweise von gewissen Steuern frei. Rückstände einiger Steuerarten wurden unter der Bedingung erlassen, daß die Rückstände in einer bestimmten Zeit für Ersatzbeschaffungen Verwendung fanden. Ebenso erhielten Gebäudeeigentümer eine Ermäßigung ihrer veranlagten Einkommensteuerschuld, wenn diese geschuldete Summe für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden angewendet wurde.

Diese vorübergehenden Maßnahmen wurden unterstützt durch solche, die eine dauernde Senkung oder auch Beseitigung von Steuern bewirkten, um damit ebenfalls durch Erhöhung der Nachfrage die Arbeitslosigkeit herabzumindern. In diesem Sinne wurde die Kraftfahrzeugsteuer für Personenkraftfahrzeuge ganz beseitigt bzw. ihre Ablösung vorgesehen, eine Steuerermäßigung bei Einstellung von Hausgehilfinnen eingeführt, die Umsatzsteuer für Gegenstände, die innerhalb eines landwirtschaftlichen Betriebes im Inland erzeugt werden, die Grundsteuer für die Landwirtschaft und die Grundsteuer für den älteren Neuhausbesitz gesenkt bzw. beseitigt. Um den Großhandel zu vermehrter Lagerhaltung anzuhalten und eine gleichmäßigere Produktion zu gewährleisten, haben der lagerhaltende und nichtlagerhaltende Binnengroßhandel einheitliche Steuersätze zu entrichten. Aufwendungen, die Zwecken des zivilen Luftschutzes dienen, sind einkommens- und körperschaftssteuerfrei. Weiterhin gestatten die Gesetze dem Steuerpflichtigen, die Aufwendungen für sog. kurzlebige Gegenstände im Jahre der Anschaffung oder Herstellung vom steuerpflichtigen Gewinn voll abzusetzen.

Auf lange Sicht bedeuten auch die Maßnahmen steuerpolitischer Art, die der Bevölkerungspolitik dienen, eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Auf die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungspolitik und Wirtschaft ist weiter oben eingegangen worden. Zur Förderung der dort genannten Ziele wurden eine Senkung der Abgaben zur Arbeitslosenhilfe bei großer Kinderzahl, eine Verschärfung der Besteuerung der Ledigen, eine Erhöhung der Kinderermäßigungen, ein Ersatz der Besteuerungsgrenzen bei natürlichen Personen durch steuerfreie Beträge und ein Heraufsetzen der Steuergrenzen für Ehegatten und Kinder durchgeführt.

Eine Reihe von Steuergesetzen hat endlich den Zweck, in verschiedenen, miteinander konkurrierenden Gewerbezweigen die gleichen Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und auf dem Gebiete der Steuerverwaltung und der Steuergesetze eine Vereinfachung herbeizuführen.

Die wichtigsten Änderungen der Steuergesetzgebung, die den vorgenannten Zielen dienen sollen, sind im Laufe der Jahre 1933 und 1934 erlassen worden. Das umfassendste Gesetzeswerk war dabei das vom 16. Okt. 1934.

Die Wirkung aller dieser Steuerermäßigungen soll also sein, Bedarf und Nachfrage anzuregen und zu wecken, dadurch die Arbeitslosigkeit zu vermindern, die Umsätze zu vergrößern, eine Erhöhung des Einkommens und des Verbrauchs herbeizuführen, die Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe zu senken und die Steuerquellen ergiebiger zu machen.

c) Unmittelbare Arbeitsbeschaffung.

Die unmittelbare Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzte mit dem Jahre 1933, nachdem schon vorher allerdings niemals umfassende Versuche dieser Art gemacht worden waren, durch Vergebung öffentlicher Aufträge ein, weil man wußte, daß eine Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht allein in einer Verminderung der Arbeitslosenziffer, sondern auch in einer Vermehrung der Arbeit zu suchen sei. Durch die vom Reich vergebenen Aufträge sollten, ein bekanntes Mittel der Konjunkturpolitik, zuerst die Kapitalgüterindustrien angeregt werden und dann durch diese mittelbar die gesamte Wirtschaft Belebung finden. Deshalb wurden nach dem „Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 1. Juni 1933 nahezu 700 Mill. Mk. für folgende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt:

Sie wurden für Instandssetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Verwaltungs- und Wohngebäuden, Brücken und andern Baulichkeiten der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstiger öffentlichrechtlicher Körperschaften, für vorstädtische Kleinsiedlung und land-

wirtschaftliche Siedlung, für Flußregulierungen, Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Elektrizität und Wasser, weiterhin für Bauarbeiten der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ausgeworfen.

Aus der „Spende zur Förderung der nationalen Arbeit" können nach Auswahl des Reichsarbeitsministers im Einverständnis mit dem Minister der Finanzen sonstige öffentliche Arbeiten finanziert werden.

Die erste Milliarde, die 1933/34 für die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu errichtende Gesellschaft „Reichsautobahnen" aufgewandt wurde, erzeugte ebenfalls eine erhöhte Nachfrage nach Gütern und Leistungen.

d) Mittelbare Arbeitsbeschaffung.

Die mittelbare Arbeitsbeschaffung sollte einen Anreiz zu vermehrten privaten Aufträgen geben. Durch das „Erste und Zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 1. Juni 1933 und 21. Sept. 1933 wurden Zuschüsse für Instandsetzungen von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden landwirtschaftlicher Betriebe, Teilung von Wohnungen und Umbau sonstiger Räume in Wohnungen, Ergänzungsarbeiten an Gebäuden und für Instandsetzung gewerblicher Räume gegeben.

Die Unterstützung Hilfsbedürftiger erfolgte nicht in Geld, sondern durch die sog. Bedarfsdeckungsscheine, die beim Erwerb von Haushaltgegenständen, Wäsche etc. von dazu bestimmten Verkaufsstellen in Zahlung genommen wurden. Dadurch entstand für den Unterstützten der Zwang, seine Unterstützung auch produktiv anzulegen. Einen gleichen Zweck verfolgte die Ausgabe von Ehestandsdarlehen. Bedingung für den Empfang eines solchen Darlehns war, daß die Ehefrau im Arbeitnehmerverhältnis gestanden haben mußte, und daß sie mit Eingehung der Ehe einen Arbeitsplatz freimachte, der dann nach Möglichkeit mit einer männlichen Arbeitskraft besetzt werden sollte, um der Berufsverdrängung der Männer durch die Frauen und die hierdurch herabgeminderte Heiratsfreudigkeit einzudämmen. Durch die Ehestandsdarlehen wurde einmal der Kauf von Gegenständen aller Art angeregt, zum andern männliche Kräfte wieder in den Produktionsprozeß eingereiht und gleichzeitig bevölkerungspolitische Ziele ins Auge gefaßt.

Das Arbeitsangebot wurde vermindert durch Überführung eines Teiles der Arbeitslosen in den Arbeitsdienst, die Landhilfe und das Landjahr. Ein anderer Teil, die weiblichen Kräfte, wurde, wie schon erwähnt, durch Überführung weiblicher Kräfte in hauswirtschaftliche Berufe und durch Förderung der Eheschließungen ehemaliger im Erwerb stehender Arbeitnehmerinnen in der Hauswirtschaft gebunden. Zugleich wurde eine Zuzugssperre für Großstädte erlassen, um eine weitere Massierung der Arbeitskräfte in der Stadt und andrerseits eines Entblößung des Landes zu verhindern. Ähnliche Ziele hat auch das „Gesetz zur Reglung des Arbeitseinsatzes" vom 15. Mai 1934, nachdem der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit anordnen kann, daß Personen, die in diesen Bezirken keinen Wohnort haben, nur mit seiner Zustimmung eingestellt werden dürfen. Weiter sieht das Gesetz ein Auswechseln der ehemals landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die jetzt in der Industrie beschäftigt sind, vor, um den gewerblichen Arbeitern Plätze frei zu machen und zugleich dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern entgegenzuwirken.

Im Rahmen des sehr umfassenden Gesetzes über wirtschaftliche Maßnahmen vom 3. Juli 1934 (nachdem der Reichswirtschaftsminister ermächtigt wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, die er zur Förderung der Wirtschaft und zur Verhütung und Beseitigung wirtschaftlicher Schäden für notwendig hält, ist die sog. Faserstoffverordnung insofern von

Bedeutung, als sie zum ersten Male eine Arbeitszeitreglung im Falle von Minderbeschäftigung vorsieht. Zur Vermeidung von Entlassungen in wichtigen Zweigen der Faserstoffwirtschaft wurde eine Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit um 30 % für die Arbeiter an Haupterzeugungsmaschinen gegenüber dem ersten Halbjahr 1934 vorgesehen.

Der Beschäftigungsgrad kann gefährdet werden infolge Schmälerung der produktiven Kaufkraft durch übermäßige Inanspruchnahme für unproduktive Zwecke. Um die Kaufkraft zu erhalten, sind folgende Gesetze erlassen: das „Beiträge- und das Spendengesetz" vom 24. März 1934 und das „Sammlungsgesetz" vom 5. November 1934, die bewirken sollen, daß die durch die Gesetze erfaßten Tätigkeiten einer Kontrolle unterliegen.

III. Die Entlastung und ihre kritische Würdigung.

Als Folge der zahlreichen Maßnahmen zur Beschäftigungssteigerung und Wiederaufrichtung der volkswirtschaftlichen Arbeit ist seit 1933 eine beträchtliche Abnahme der Arbeitslosenziffern, eine starke Zunahme der Beschäftigung, der geleisteten Arbeitsstunden und der Lohn- und Arbeitseinkommen zu verzeichnen.

Im Reich sank die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen vom Jan. 1933 bis Nov. 1935 von 6,014 auf 1,985 Mill. Die entsprechenden Zahlen für den Regierungsbezirk Merseburg sind für Jan. 1933 139 012 und für Nov. 1935 23 804 Arbeitslose. Im Reich beträgt die Entlastung innerhalb der genannten Periode 66,9 %, im Untersuchungsgebiet aber 83,4 %. Dem Reg. Bez. Merseburg ist also gegenüber dem Reich ein erheblich größerer Erfolg der Arbeitsschlacht beschieden gewesen.

Der Abbau der Zahl der Arbeitslosen ist im Gau je nach der Struktur der einzelnen Wirtschaftsgebiete recht unterschiedlich gewesen. Schon die untenstehend nach den bei den Arbeitsämtern des Gaues gemeldeten absoluten Zahlen der Arbeitslosen gezeichneten Kurven bestätigen diese Behauptung.

Da diese Kurven aber noch keinen restlosen Aufschluß über die Unterschiede der Entwicklung der einzelnen Gebiete geben, sind durch Erhebungen der Kreiswirtschaftsberater der NSDAP. die Zahlen der Arbeitslosen für verschiedene Zeitpunkte für die Kreise und kreisfreien Städte ermittelt worden.

Kreis	16.6.33	30.9.33	31.12.34	30.9.34	31.12.34	30.4.35	Abnahm. in % geg. 16.6.34
Bitterfeld	8805	3553	3562	640	1309	697	92
Delitzsch	7602	4057	4513	1495	1880	1461	80,7
Eckartsberga	2157	638	728	353	651	214	90,0
Liebenwerda	4280	1522	1433	477	896	425	90,6
Mansf. Gebirgs-	2737	1018	422	1003	1186	642	76,5
Mansf. See-	5976	3683	2675	2044	2004	1789	69,7
Eisleben	1562	1117	756	960	1087	872	44,1
Merseburg	9036	6922	6456	2881	2017	948	89,5
Merseburg-Stadt	2851	2228	2101	971	811	681	76,1
Naumburg-Stadt	3086	2143	2017	832	1001	741	75,9
Querfurt	5129	2553	3188	1058	1686	997	75,9
Sangerhausen	5205	2712	744 ?	1762	1823	1125	78,3
Schweinitz	1147	41	588	35	72	36	96,8
Torgau	3256	1543	2142	523	960	744	77,1
Weißenfels	8229	3105	3242	1143	1368	578	92,9
Weißenfels-Stdt.	4978	3960	4127	3017	2958	2623	47,3
Wittenberg	2454	134	250	31	180	107	90,5
Wittenberg-Stdt.	1330	100	300	32	183	104	92,1
Zeitz	4190	1336 W	1654 W	1713	1762	1145	72,6
Zeitz-Stadt	5065	3915 W	4258 W	3065	2767	2295	54,6
Saalkreis	10 152	6598	6224	2183	1525	946	90,6
Halle	24 199	21 703	20 092	11 392	9647	7244	70,0

Um die unterschiedliche Abnahme zu ersehen, dabei gleichzeitig aber möglichst die Saisonschwankungen auszuschalten, werden die Arbeitslosenzahlen zweier Zeitpunkte, die des 16. Juni 1933 und des 30. April 1935, die beide innerhalb einer Abstiegsphase liegen, verglichen.

Die Abnahmeprozente stellen sich am günstigsten in den Kreisen, die schon in vorangegangenen Kapiteln aus sich heraus als krisenwiderstandsfähig bezeichnet wurden. Andrerseits bestätigt sich aus den vorstehenden Zahlen die aus den früheren Untersuchungen nicht einwandfrei bewiesene Vermutung, daß die Städte Krisenzentren in sich darstellen und also auch einem Abbau der Arbeitslosigkeit erhebliche Gegenkräfte entgegen zu setzen vermögen. Für die Stadt Wittenberg scheint hier ein Sonderfall vorzuliegen. Ungünstigere Abnahmen haben im Vergleich zu den Landkreisen Merseburg, Naumburg, Weißenfels, Zeitz und Halle aufzuweisen.

Besonders ernst ist die Lage von Eisleben, dessen Arbeitslosenabnahme „nur" 44,1 % beträgt. Eine ähnliche Lage ist mit 69,7 % für den Mansfelder Seekreis gegeben, der damit auch den letzten Platz in der Abnahme unter den Landkreisen einnimmt. Etwas besser sind die Verhältnisse im Mansfelder Gebirgskreis. Die Prozentzahl ist hier in ihrer Höhe der einiger Städte gleich, kann also deshalb aber noch nicht als günstig bezeichnet werden. Die in Tabelle II gezeichnete Kurve des Arbeitsamts Eisleben, dessen Bezirk im wesentlichen das Mansfelder Land, also Gebirgs-, See- und Stadtkreis Eisleben umfaßt, nimmt im Gesamtverlauf der Kurven insofern eine Sonderstellung ein, als sie entgegen den saisonalen Anstiegen der andern Kurven vom Oktober 1933 bis März 1934 fortgesetzt sinkt, von diesem Zeitpunkt bis Januar 1935 fortgesetzt steigt, dann aber, soweit das bis jetzt zu übersehen ist, sich dem Verlauf der andern Kurven angleicht. Das Mansfelder Land hat auf das ganze Gebiet bezogen einen Abstieg von 63,1 % gehabt. Damit scheinen die zu seiner Hilfe ergriffenen Maßnahmen erschöpft zu sein und schon zu Beginn des Jahres 1934 ihre Arbeitsgelegenheit fördernde Wirkung verloren zu haben.

Wie die Entwicklung der Arbeitsschlacht bisher gezeigt hat, wie die Entwicklung der in den großen Industriegruppen geleisteten Arbeitsstunden ausweist, wird der wirtschaftliche Aufstieg der deutschen Wirtschaft von den Produktionsgüterindustrien geführt. Die hauptsächlichsten Gewerbezweige des Mansfelder Landes sind Industrien dieser Art. Wie die Zahlenaufstellungen beweisen, ist der Abbau der Arbeitslosen in diesem Gebiet im wesentlichen bis zum Beginn des Jahres 1934 durchgeführt worden. Nach einer angestellten Erhebung sind bis zum Dezember 1935 nicht wesentlich mehr Einstellungen in diesen Industrien erfolgt, als dem großen Abbauschub in der Periode bis zum Dezember 1933 entspricht. Allein das Hettstedter Messingwerk nahm noch Einstellungen nach dieser Zeit vor.

Belegschaften im Kupfer-, Braunkohlen- Kalibergbau und ihrer nachgeordneten Betriebe im Mansfeldischen (Eisleben und Seekreis).

16. Juni 1933	11 262 Mann
15. Dez. 1935	15 975 „

Messingwerk allein

Dez. 1933	rd. 1800 „
Dez. 1934	rd. 2300 „

Belegschaft im Kupferbergbau allein.

1932	1933	1934
12 426	12 481	12 969
	Steigerung	
	2,8 %	1,4 %

Mit diesen Aufnahmen scheinen die Produktionsgüterindustrien des Gebiets ihren im Rahmen der Arbeitsschlacht entstandenen Bedarf bei gegebenen Umständen an Arbeitskräften gedeckt zu haben. Daß der Arbeitsbeschaffung im Mansfelder Land große Schwierigkeiten entgegenstanden, geht aus folgender Hilfsmaßnahme hervor: ab 1. September 1933 wird in allen dem Mansfelder Tarif unterliegenden Betrieben bis auf weiteres die Zeit so gestreckt, daß für jeden Arbeiter statt wie bisher 3 Krümperschichten in 2 Monaten 2 Krümperschichten in jedem Monat eingelegt werden.

Ein weiteres Gegenstück für den nur geringen Abbau sind die gezahlten Lohn- und Gehaltssummen der Mansfeld A. G. Sie betrugen

1932	1933	1934
	RM	
19 356	20 018	22 618

Die Steigerung in 1934 ist durch Aufschlag der Aufwendungen für Urlaubs-, Hausstands- und Kindergelder (1934 RM 1 050 000), die früher in der Position soziale Aufwendungen enthalten waren, entstanden. Nach den Angaben für 1935 dürften die Summen etwa in gleicher Höhe liegen.

Bekanntlich haben seit 1933 nicht nur die Produktionsgüterindustrien eine starke Aufnahmestätte für die Arbeitslosen dargestellt. Die gleichen Wirkungen gingen auch von der Bauindustrie aus. Dieser Anstoß zur Entlastung hatte aber für das Mansfelder Land deshalb keine Bedeutung, bzw. zeitigte nur indirekte Wirkungen über das Schlackensteingeschäft, weil Investitionen infolge der schon vorher genügend ausgebauten und rationalisierten Industrien nicht nötig waren und weil das Gebiet als ein Bezirk, mit dessen Boden-

schätzen haushälterisch umgegangen werden muß, zum Siedlungssperrgebiet erklärt wurde.

Ein weiteres Gebiet, das die künftige Arbeitsbeschaffung vor große Aufgaben stellt, ist die Stadt Weißenfels, deren Arbeitslosenabnahme 47,3 % beträgt. Der Grund für das geringe Sinken liegt einmal darin, daß die Konsumgüterindustrien erfahrungsgemäß erst an zweiter Stelle wirtschaftliche Aufstiege mitmachen und daß etwa $^1/_3$ aller Erwerbstätigen der Stadt Weißenfels in der Schuhindustrie beschäftigt sind.

Da der Schuverbrauch aber im Gegensatz zum Verbrauch anderer wichtiger Waren des elastischen Bedarfs weniger zurückgegangen war als dieser, er betrug

Paar pro Kopf der Bevölkerung [2])

1927	1932	1934
1,24	0,91	1,11

nahm er nun beim Konjunkturbeginn auch vorerst weniger zu. Die Unterschiede seien durch die Bewegung der Einzelhandelsumsätze veranschaulicht. Die Umsatzsumme im Hausrathandel nahm um 30 %, im Textilfachhandel um 20 %, der Umsatz der Schuhfachgeschäfte aber nur um 5 % in 1934 gegen 1933 zu.

Weißenfels hatte sich vor allem auf die Herstellung von Arbeits- und Marschstiefeln spezialisiert, während andere Fabriken außerhalb des Bezirks Straßenschuhe etc. herstellten. Der Bedarf an Ausrüstungsgegenständen für die nationalen Verbände brachte 1933 einen starken Auftragseingang, für dessen Befriedigung die Weißenfelser Industrie als Folge dieser Arbeitsteilung in Frage gekommen wären. Die Aufträge an die Weißenfelser Betriebe kamen aber nur aus dem heimischen Gebiet, weil die andern Bezirke ihre Aufträge an die in ihrem Gebiet liegenden und sich nun auf Marschstiefel umstellenden Betriebe vergaben. Hier hielt die in der deutschen Schuhindustrie sich im Laufe der Entwicklung herausgebildete Arbeitsteilung nicht Stand und der Weißenfelser Schuhindustrie gingen die ihr sonst zufallenden Aufträge verloren.

Daneben bestehen die Schwierigkeiten, die sich aus der Erschwerung des Außenhandels ergeben, unvermindert weiter fort. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich daraus, daß die deutsche Devisenlage zu einer Herabsetzung der Häuteeinfuhr zwang. Normalerweise werden 60 % dieses Rohstoffes aus dem Ausland bezogen. Infolge der engen Verflechtung des Rohstoff-, Halbfabrikat- und Fertigfabrikatmarktes in der Lederindustrie muß kurz zum Verständnis auf deren Zusammenhänge eingegangen werden.

Deutschlands Außenhandel in Häuten und Fellen [3]).

	1932	1933	1934
Einfuhr	1401	1471	1689
Ausfuhr	325	263	120

Ein großer Teil des verarbeiteten Rohstoffes wird wieder als fertiges Leder exportiert.

Der deutsche Außenhandel in Leder.

	1928	1933	1934
Einfuhr	10 385	6 568	6 162
Ausfuhr	14 468	9 838	6 368

[2]) Aus: die deutsche Leder- u. Schuhwirtschaft, in „Die deutsche Volkswirtschaft". 1935. Nr. 19. S. 604.

[3]) Die deutsche Leder- u. Schuhwirtschaft. „Deutsche Volkswirtschaft". 1935. Nr 19 S 605.

Die zahlreichen handelspolitischen Mittel des Auslandes führten eine Schrumpfung der Ausfuhr auf einen Bruchteil ihres früheren Umfanges herbei. Gegenüber den vom Ausland ergriffenen Maßnahmen waren die seit 1906 in Geltung befindlichen Zölle nicht mehr wirksam. 1933 bildete sich deshalb immer mehr die Tendenz heraus, daß bei sinkender Ausfuhr die Einfuhr stieg. Der Lederausfuhrrückgang wurde daraufhin durch erhebliche Zollerhöhungen, die die Einfuhr beschränken sollten, auszugleichen versucht. Wie die Zahlen zeigen, ging sie weiter zurück. Auch die Ausfuhr von Leder und Schuhen war im Abstieg begriffen. Der Aktivsaldo der Lederbilanz verminderte sich von 160 Mill. RM in 1928 auf 55 Mill. in 1933 und fiel 1934 auf 28 Mill. Die Schuhausfuhr beträgt nur noch einen Bruch eil der deutschen Erzeugung. Sie machte im ganzen Jahr 1934 nicht eimal 1 % von 73 Mill. Paaren Jahresproduktion aus. Damit hat gegenwärtig der Außenmarkt für die deutsche Schuhindustrie keine große Bedeutung mehr. Nach einer Rundfrage bei Weißenfelser Schuhfabriken ist der Auslandsabsatz fast ganz verschwunden.

Uns vom Rohstoffbezug aus dem Ausland unabhängig zu machen ist deshalb nicht möglich, weil die Viehhaltung angesichts der so wie so schon schmalen Futterbasis nicht gesteigert werden kann. Eine völlige Abschließung ist außerdem auch nicht vorgesehen. Damit werden aber Häutepreise und Fertigwarenausfuhr teilweise von der Entwicklung auf den Weltmärkten abhängig sein. Der Anteil der ausländischen Häute wird dann durch die Spanne reguliert, die zwischen den in- und ausländischen Häutepreisen besteht. Wenn dem inländischen Erzeuger für seine Häute höhere Preise gezahlt werden, als sie das Ausland bietet, wird die Konkurrenzfähigkeit der Lederindustrie beeinträchtigt. Diese Verkettung der Verhältnisse muß bei der künftigen Entwicklung des Außenhandels in Schuhen beachtet werden. Neben dem Streben, die entstandenen Verluste wieder wettzumachen, steht das Erfordernis einer steigenden Selbstversorgung des deutschen Binnenmarktes, der für absehbare Zeit wohl auch das einzige Absatzgebiet der Schuhindustrie bleiben wird und auf dem sich allerdings noch erhebliche Ausdehnungsmöglichkeiten für sie bieten. Denn in Deutschland beträgt der Verbrauch nur wenig mehr als ein Paar Schuhe pro Kopf der Bevölkerung im Jahr, in England liegt er bei 1,8 und in USA bei 2,5 Paaren. Die weitere Entwicklung hängt aber von der wachsenden Stärkung der Massenkaufkraft ab.

Die Kurve des Arbeitsamts Weißenfels ist die Zusammenfassung der Entwicklung des Arbeitsmarktes der Stadt Weißenfels und des Landkreises Weißenfels. Der letztere hat infolge des Aufschwunges der in seinem Gebiet liegenden Produktionsgüterindustrien und als Folge der sonst nicht schlechten strukturellen Bedingungen eine Entlastung von 92,9 % aufzuweisen. Wenn sich die Kurve des Arbeitsamts Weißenfels langsam aber stetig senkte, so ist das einmal eine Folge dieser im Landkreis günstigen Bedingungen und zum andern durch die Beschäftigung einer großen Anzahl von Arbeitern bei den Autobahnen (durchschnittlich 4300) bewirkt worden. Die scharfe Steigerung der Arbeitslosenzahl in diesem Bezirk im Monat November und Dezember 1935 ist auf Entlassungen dieser Leute zurückzuführen. Vom Oktober bis Dezember 1935 mußten rd. 3000 Mann hier die Arbeit einstellen.

Etwas besser als in Weißenfels gestaltete sich die Arbeitslosenabnahme in Zeitz. Sie betrug 54,6 %. Wie aus dem Kurvenverlauf ersichtlich ist, setzt ihr das Gebiet insofern Schwierigkeiten entgegen, als auch der Landkreis Zeitz im Gegensatz zum vorhergehenden Fall eine nicht sehr große Abnahme aufweist. Die Entlastung ist hier durch Belebung der chemischen Industrie, die eine Beschäftigungszunahme von etwa 60 % aufweist, der Metallindustrie, deren Aufnahmen 50 % gegen 1933 betragen und durch die der Holzindustrie zugehenden Aufträge zustande gekommen. Die repräsentabelste Fabrik dieser Branche (Naether) hatte eine Belegschaft von

1929 durchschnittlich 1406 Personen
1932 durchschnittlich 843 Personen
1935 durchschnittlich 1357 Personen

Die Besserung der Lage ist ausschließlich durch die Erholung des Inlandsmarktes herbeigeführt. Dem Export entstanden große Schwierigkeiten durch die Boykottbewegung, durch Valutadumping und durch ausländische Konkurrenten. Wie stark die durch sie bewirkten Verluste waren, zeigt das Beispiel von Naether. Die Ausfuhr nach dem Auslande betrug von der Gesamtproduktion in Holzwaren und Kinderwagen

1929 15 %
1932 13 %
1935 3,8 %

Die Einstellungen konnten also nur auf Grund der Belebung des Binnenmarktes vor sich gegangen sein. Sie wurden gefördert durch anziehende Preise (etwa 10 %) und durch Zusammenschluß der in Betracht kommenden Fabriken zwecks Verhinderung von Preisschleudereien. Der Absatz erhielt durch die bekannten Maßnahmen zur Ehestandspolitik einen Auftrieb. Die Fabriken waren teilweise voll, mindestens aber zu 50 % beschäftigt. Die in der Holzindustrie zu einem großen Teil tätigen weiblichen Kräfte wurden nach Möglichkeit durch männlicher ersetzt. Ähnlich, wenn auch längst nicht so gut, ist die Lage in der Zeitzer Möbelindustrie. Der Rückschlag, der hier im Juli 1935 einsetzte, wird teilweise auf mangelnden Wohnraum zurückgeführt.

Während die genannten Industriezweige wenigstens teilweise wieder auflebten, blieb eine Anregung der Piano- und Harmoniumindustrie ganz aus. Ein einst blühendes Gewerbe liegt völlig darnieder. Nach einer Rundfrage ist die Erzeugung auf 5 % der ehemaligen Höhe gesunken.

Der Landkreis Zeitz stellt ebenfalls ein Krisenzentrum dar, in dem aber nicht in den Industrieorten die Arbeitslosen auftreten, sondern in den Gemeinden südwestlich von Zeitz, in einer Gegend also, in der die Kohle ausgebeutet ist und von der der Bergbau wegwanderte, wo aber die Arbeitskräfte sitzen blieben.

Die heutigen Industrieorte haben eine recht erhebliche Abnahme der Arbeitslosen aufzuweisen. So entwickelten sich z. B.

	30.1.33	30.9.33	31.12.33	30.9.34	31.12.34	30.4.35	Abnahm in %
Hohenmölsen	299 W	194 W	192 W	86 W	44 W	76 W	85
Deuben	35	19	10	3	0	5	100
Luckenau	238	212	215	128	28	106	88,2
Teuchern	625	499	501	282	60	276	90,0
Theißen	187	147	133	89	24	112	87,2

W = Wohlfahrtsunterstützte allein.

Diese Zahlen stellen aber auf die Belebung der Industrie bezogen und ihre Einstellungen berücksichtigend nur scheinbare Entlastungen dar. Das Gebiet ist ein ausgesprochenes Braunkohlenrevier. In der Braunkohlenindustrie sind aber die Einstellungen seit 1933 nicht so groß gewesen, wie die unten stehenden Zahlen beweisen, daß sie für das einzelne Gebiet eine ruckweise Entlastung seines Arbeitsmarktes bedeutet hätten. Die vorgenommenen Rationalisierungen waren derart durchgeführt, daß mit dem vorhandenen Produktionsapparat die seit 1933 an die Braunkohlenindustrie gehenden höheren Ansprüche befriedigt werden konnten.

Belegschaften

Bezirksverein	April 1933	März 1934
Halle	13 138	15 726
Bitterfeld	3 277	3 874
DEBRIV	60 310	62 222

Gewinnungsnachweisung

Bezirksverein	Förderung 1933 t	Förderung 1934 t	Brikettherstellung 1933 t	Brikettherstellung 1934 t
Halle	17909904	19148361	4295282	4617896
Bitterfeld	7591827	8144727	651690	532039
DEBRIV	82316868	86147771	20950386	21430568

Die Entlastung der Orte ist also nicht durch die Belebung der Industrie herbeigeführt. Um die Arbeiter unterzubringen, sind Notstandsarbeiten ausgeführt worden. Diese Maßnahmen können natürlich nur vorübergehender Art sein und stellen keine Dauerlösung der im Gebiet liegenden Probleme dar. Die Stadt Teuchern, mitten im Weißenfels-Zeitzer Kohlenrevier gelegen, ist heute ein toter Ort. Nicht weniger schlimm liegen die Verhältnisse in den oben angeführten Gemeinden.

Es stellen also sowohl die Stadt Zeitz als auch der Landkreis Zeitz der Entlastung Schwierigkeiten entgegen, zu deren Beseitigung grundsätzliche, die Wirtschaftsstruktur verändernde Entschlüsse nötig sein werden.

Kreise mit etwa gleich hohen Abnahmeprozenten sind Torgau, Delitzsch, Querfurt, Naumburg und Sangerhausen.

Torgau ging mit einer verhältnismäßig günstigen Arbeitslosenzahl in der Arbeitsschlacht. Von den Erwerbspersonen waren hier am 16. Juni 1933 9,1 %, in der Stadt Torgau allein 15 %, erwerbslos. Der Durchschnitt beträgt 12 %. Die Verschlechterung wird also auch hier durch die Stadt herbeigeführt. Die Entlastung erfolgte dann durch die Industrie der Steine und Erden und durch Einstellungen in der Lebens- und Genußmittelbranche. In diesem Zweig zeigte sich infolge der starken Nachfrage zeitweise ein Mangel, so daß zur Besetzung der Stellen der Ausgleich in Anspruch genommen werden mußte. Außerdem erwies sich die Landmaschinenindustrie als aufnahmefähig. Auch die Landwirtschaft nahm Kräfte auf, die meist über die Saisonbeschäftigung gehalten wurden. Durch die Anforderungen der Tischlereien und des Baugewerbes waren die Sägewerke gut beschäftigt. Torgau ist ein Gebiet, das bei normaler Lage keine Krisen aus sich selbst hervorrufen könnte. Hier bestände die Möglichkeit, zur Vervollständigung des gewerblichen Bildes und zum Ausgleich der Struktur des Gaues Industrien anzusetzen.

Im Kreise Delitzsch liegt die Entlastung der Städte Delitzsch und Eilenburg unter der des Kreises (78,8 % u. 72,6 %). Beide Orte scheinen aber nach diesen Zahlen nicht viel ungünstiger zu liegen als der Kreis (80,7 %). Das trifft aber nur für Delitzsch zu, bei dem ein Aufschwung in der Mühlen- und Schokoladenindustrie, im allgemeinen Maschinenbau und in der Tonwarenherstellung eingetreten ist. Wesentlich ungünstiger ist die Lage Eilenburgs. Auf die Schwierigkeiten ist schon näher im Zusammenhang mit der Exportentwicklung eingegangen worden. Die dort festgestellten Schwierigkeiten bestanden im Verlauf der Arbeitsschlacht noch ungemindert fort. Die eingetretenen Verminderungen der Arbeitslosenzahlen sind auf starken Einsatz von Notstandsarbeitern und auf Beschäftigungszunahme in der Tischlerei, teilweise auch im Motoren- und Fahrzeugbau zurückzuführen. Diese Gewerbezweige haben aber nur kleinere Ausmaße, so daß die Einstellungen längst nicht die durch die stillgelegte Celluloid- und Kattunfabrik freigesetzten Kräfte und die durch schlechte Beschäftigung in der Pianiindustrie verursachten Entlassungen aufwiegen.

Im Kreise Querfurt (Abnahme 75,9 %) lagen die Höchststände der Arbeitslosigkeit im Geiseltal. Aus der Aufstellung auf S. 73 ist ersichtlich, daß die Braunkohlenindustrie auf das einzelne Gebiet bezogen (also wie gesagt, nicht insgesamt betrachtet) nicht viel zur Entlastung beigetragen hat, daß also auch die Einstellungen in den einzelnen Braunkohlenrevieren nicht sehr groß gewesen sein können. Sie brachte für das Geiseltal etwa eine Neueinstellung von 670 Mann. Die darüber hinaus gehende Entlastung ist durch Abwanderung eines Teils der freien Kräfte nach dem Wittenberger Gebiet entstanden. Deshalb sind auch trotz der schlechten Lage die Abnahmeprozente einzelner Gemeinden relativ hoch.

	16.6.33	30.9.33	31.12 33	30.9.34	31.12.34	30.4.35	Abnahme
Mücheln	442	224	259	100	83	70	84,3 %
Stößnitz	302	257	167	104	12	63	79,1 %

Im übrigen Kreise wurden Einstellungen in der Landwirtschaft, die hier ein ziemliches Übergewicht über das Gewerbe hat, und in der Industrie der Steine und Erden vorgenommen.

Der Arbeitsamtsbezirk Naumburg setzt sich aus verschiedenen Teilen verschiedener politischer Kreise zusammen. Für ihn würde das gelten, was schon über diese Kreise ausgeführt wurde. Die Stadt Naumburg selbst ging mit einer sehr ungünstigen Struktur in die Krise. Am 16. Juni 1933 waren in dem stark übersetzten Handel und Verkehr fast ebensoviel Personen tätig wie in der Sparte Industrie und Handwerk. Der größte Teil der Freisetzungen wurde dann auch in den übersetzten Gewerbezweigen vorgenommen. Als ab Mitte 1933 in starkem Maße kaufmännische und Büroangestellte wieder Arbeit fanden, war es auch in Naumburg möglich, Personen dieser Berufe wieder in den Arbeitsprozeß einzureihen.

Ein anderer Teil der Naumburger Erwerbslosen fand Einstellung in der Baustoffindustrie und in der der Steine und Erden der Umgebung, einen weiteren nahm die Appoldaer Wirkwarenindustrie, der teilweise ausländische Aufträge zuflossen, auf.

Im Kreis Sangerhausen gingen die Produktionsgüterindustrien im Aufschwung voran. Als aufnahmefähig erwiesen sich die Metall-, Maschinen- und Holzindustrie und die der Steine und Erden. Die erhöhte Einkommenbildung in den Praduktionsgüterindustrien wirkte dann als unmittelbare Arbeitsbeschaffung für die Verbrauchsgüterindustrien der Bekleidungs- und Lebensmittelbranche. Auch in der Land- und Forstwirtschaft konnten Arbeitskräfte untergebracht werden.

Die Kreise stärkster Arbeitslosenabnahme zerfallen in zwei Gruppen, und zwar in rein landwirtschaftlich orientierte und in industrielle, bzw. gemischte Bezirke. Die absoluten und relativen Arbeitslosenzahlen in den überwiegend agrarischen Gebieten waren an sich nicht sehr hoch. Durch die Erbhofgesetzgebung und die Marktordnung für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind die Bauernwirtschaften wieder aufgerichtet worden und hängen nicht mehr wie ehedem von den konjunkturellen Schwankungen des Kredites, des großstädtischen Massenkonsums und von den Einflüssen der Weltmärkte unmittelbar ab. Ihre Erlöse sind an ihren Kosten und an der Tragbarkeit derselben durch die Volkswirtschaft orientiert. Unter dem Druck der Weltmarktpreise und durch den Rhythmus der industriellen Konjunktur, der dem Wesen der Landwirtschaft nicht gemäß war, in den sie aber hinein gezogen wurde, brach sie zusammen. Ihre Wiederaufrichtung brachte dann Einstellungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte mit sich, die in den Kreisen die vorgenannten Erfolge hatten. Arbeit fanden vor allem junge, ledige Kräfte, an denen zeitweise ein Mangel herrschte. Ältere verheiratete waren nur schwer unterzubringen. Um den im Laufe der Arbeitsschlacht auftretenden Mangel an ländlichen Kräften zu befriedigen und um Abwanderung nach der Stadt zu unterbinden, mußten die bekannten Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitsbedarfs

der Landwirtschaft ergriffen werden. Was heute noch an freien Kräften in den ländlichen Kreisen vorhanden ist, sind Alte und Leistungsunfähige, die schon arbeitsunfähig sind, aber noch als arbeitslos geführt werden.

Die zweite Gruppe von Kreisen mit hohem Abnahmeziffern sind Standorte der im Verlauf der Arbeitsschlacht am meisten auftreibenden Industrien, der chemischen, der Metall- und der Bauindustrie nähmlich. Bekanntlich entfielen in Deutschland mehr als 60 % der Arbeitslosen 1933 auf Industriezweige, die vorwiegend Kapitalgüter herstellten. Im mitteldeutschen Raum lag wegen der geringen Konsumorientierung der Industrien das Verhältnis noch ungünstiger. Deshalb mußte auch eine Beschäftigung der Arbeitslosen mit Beginn der Arbeitsschlacht zuerst in der Produktionsgüterindustrie herbeigeführt werden.

Bei Beginn des Jahres 1933 waren aber zwei wesentliche Bedingungen zur Ankurbelung dieser Wirtschaftszweige nicht gegeben. Im Wechsel der Konjunkturen des 19. Jahrhunderts war die Depression die Phase gewesen, die regelmäßig den Aufschwung vorbereitete. In ihr stauten sich infolge des Zurückhaltens der Unternehmer die Investitionsaufgaben, die Kapitalien und die Arbeitskräfte. Infolge der eintretenden Zinssenkung und der niedrigen Arbeits- und Rohstoffkosten wurde die Durchführung der bis dahin sich ansammelnden Wirtschaftsaufgaben wieder rentabel und der konjunkturelle Aufschwung trat ein.

Die eine einen Wirtschaftsanstieg auslösende Bedingung, das Vorhandensein wirtschaftlicher Aufgaben, war bei Beginn der Arbeitsschlacht nicht gegeben, bzw. der Aufgaben gab es wohl viele, aber niemand griff sie als ein die Wirtschaft aktivierendes Moment auf. Die Krise war so stark gewesen, daß die unterbliebenen lebenswichtigen Ersatzinvestitionen, die in Angriff genommen wurden, und die Auffüllung der leeren Läger nicht mehr ausreichten, die Wiederaufrichtung der volkswirtschaftlichen Arbeit herbeizuführen. Wieviel weniger konnte dann vom Einzelnen an die Lösung großer Aufgaben gegangen werden. Die lange Zeit brachgelegene Unternehmertätigkeit blieb eben nicht ungestraft. Ihre Kraft wurde bei Beginn der Arbeitsschlacht durch die Wiederingangsetzung und Ergänzung ihres Betriebes in Anspruch genommen. Zur Verwirklichung großer Projekte reichten aber ihre Mittel nicht mehr aus. Die notwendigen großen Aufgaben wurden deshalb von der Nationalsozialistischen Bewegung in Form von Erweiterung und Verbesserung des Bodens und der Verkehrswege, als Maßnahmen zur Belebung der Bauindustrie und des Bauhandwerks, der Industrie der Eisen- und Metallgewinnung, der Eisen- und Stahlwarenherstellung, des Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaues, der elektrotechnischen Industrie und der chemischen Industrie gestellt. Dazu wirkte dann belebend die 1935 verkündete, alle Zweige der Produktionsgüterindustrie beanspruchende Wehrhaftmachung des deutschen Volkes.

Die zweite Bedingung, eine nach den alten Regeln normale kreditpolitische Lage, war gestört (denn der Tiefstand der Rohstoff- und Lohnpreise, die steigenden Effektenkurse und sinkende Zinssätze hätten eine Kapitalsanlage wieder rentabel gemacht) durch das Vorhandensein der kurzfristigen Akzeptbankkredite, die zur Stützung des Bankensystems in der Bankenkrise gedient und die Banken illiquide gemacht hatten. Die Wiederherstellung war aber nach der herkömmlichen Anschauung die Vorbedingung für die Finanzierung eines Aufschwunges. Dieser konnte aber erst erfolgen, nachdem die aufgenommenen Kredite liquidiert waren. In diesem Sinne fanden auch die sich durch Einlagen und Schuldentilgung ansammelnden Geldkapitalien Verwendung, nicht aber dienten sie zur Finanzierung neuer die Wirtschaft belebender Aufgaben.

Der Nationalsozialismus brach mit dieser herkömmlichen Anschauung. Durch eine Änderung des Bankgesetzes wurden bestimmte festverzinsliche Werte deckungsfähig gemacht, die Investitionen wurden durch die von der Reichsbank aufnehmbaren Arbeitsbeschaffungswechsel ermöglicht und das gesamte Geldwesen wurde einer zentralen Leitung unterworfen. Damit war auch der kreditpolitische Weg für einen Aufschwung frei.

Wenn man nun darauf bedacht war, alle freigemachten Mittel in erster Linie der Produktionsgüterindustrie zufließen zu lassen, so deshalb, weil es einer unmittelbaren Arbeitsbeschaffung für die Verbrauchsgüterindustrien gar nicht bedarf, wenn aus der Mehrbeschäftigung der Produktionsgüterindustrien die Mehreinkommen fließen, die Mehrabsatz und Mehrbeschäftigung der Verbrauchsgüterindustrien nach sich ziehen.

Der Erfolg der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist am größten in der Großchemie gewesen, wo bis zum Oktober [1] 1934 36 % aller überhaupt Eingestellten im mitteldeutschen Gebiet Aufnahme fanden. Es folgt dann die Metallindustrie mit 23 % und der Braunkohlenbergbau mit 14 % (wobei aber zu berücksichtigen ist, daß hier das Gebiet des mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlensynikats erfaßt wurde). In Mitteldeutschland allein machten die Einstellungen 1934 nur 8,8 % gegen 1933 aus.

Im Landkreis Merseburg sind die Einstellungen in der Großchemie und im Braunkohlenbergbau erfolgt. Durch Leuna wurden sowohl der Kreis Merseburg, die Stadt Merseburg als auch Halle (Saale) entlastet. Die Belegschaft des Werkes betrug:

1929	21 000 Mann
1932	8 000 Mann
1935	16 000 Mann

Als eine große wirtschaftliche Aufgabe fiel dem Leunawerk der Ausbau der Hydrieranlagen zur Benzinproduktion zu. Sowohl der Bau als auch ihre Inbetriebsetzung und Instandhaltung brachten große Einstellungen von Arbeitskräften mit sich. Die sich von Jahr zu Jahr steigernde Produktion bis auf 325 000 t in 1935 beschleunigte den wirtschaftlichen Aufstieg des Werkes. Daneben mußte durch starke Abrufe der Landwirtschaft die Stickstoffdüngemittelfabrikation gesteigert werden. Das gleiche war für Methanol und Formaldehyd möglich.

Wie in Leuna standen auch im Wittenberg-Bitterfelder Gebiet die letzten Jahre im Zeichen der Investitionen im Zusammenhang mit der durch die Devisenlage und die Wehrhaftmachung verstärkten Bedeutung einzelner Produktionszweige. Beträchtliche Teile der Investitionen entfallen hier auf Kunstseidenherstellung, Aluminiumgewinnung, (Umstellung von Kupfer; Belegschaftszunahme 97 % in 1934 gegen 1933) Gummifabrikation, auf Erzeugung von Lack- und Farbmitteln und auf die Stickstoffproduktion. Düngemittel fanden trotz der gesteigerten Erzeugung guten Absatz, weil der Bedarf der Landwirtschaft infolge der Erzeugungsschlacht erheblich gestiegen war. Celluloid- und Filmindustrie waren bis Mitte 1935 noch für Arbeitskräfte aufnahmefähig. Die Werke zur Herstellung chemischer Produkte, Lacke, Farben und Speiseöle haben sich zum großen Teil auf die Verarbeitung heimischer Rohstoffe umgestellt, so daß sowohl in diesen als auch in den sie beliefernden Industrien Einstellungen vorgenommen werden konnten.

Wie aus der Kurve des Arbeitsamtes Wittenberg ersichtlich, ist die Arbeitslosigkeit endgültig mit dem September 1933 durch die Aufträge, die an die Stickstoff- und damit auch an die Bauindustrie gegeben wurden, niedergerungen worden. Die Kurve verläuft in gleicher Höhe bis Ende 1935. Die in diesen Zeitpunkt auftretende Belastung ist durch die Einstellung der Außenarbeiten eingetreten. Eine Belastung

[1]) Bericht der Industrie- u. Handelskammer Halle. 1934, S. 2.

wird noch einmal stattfinden, wenn die Industrien ihre Normalkapazität ausnutzen werden.

Da die Chemie eine Industrie ohne ausgesprochene Saisonbewegung ist, sind die jahreszeitlich starken Schwankungen im Bitterfelder Gebiet nicht auf von ihr vorgenommene Entlassungen zurückzuführen, sondern haben ihren Grund ebenfalls in dem Freisatz von Bauarbeitern und Kräften in konjunkturempfindlichen Industrien des Gebiets. Die Einstellungen in der Großchemie sind dagegen fortgesetzt bis 1935 gestiegen.

Belegschaften i. d. chem. Industrie d. Bitterf. Gebiets:

1933	rd. 11 000 Mann
1935	rd. 16 000 Mann.

Die chemische Industrie ist im allgemeinen eine kapitalintensive Industrie. Der Prozentsatz der Arbeiter, die in ihr beschäftigt sind, ist geringer als der Anteil, den sie an der Werteschaffung hat. Sie beschäftigt nur 2,5 % der gewerblichen Arbeiter und Angestellten und nur 1,5 % der gesamten Arbeiterschaft (1933). Als Auftraggeber für Maschinen- und Apparatbau, Elektroindustrie, Eisen- und Kohlengewinnung und Verarbeitung verschafft sie aber einer weit größeren Anzahl von Menschen Arbeit und Brot.

Durch die in der Chemie vorgenommen Invenstition fanden Einstellungen in der Bau- und Metallindustrie statt. Da in diesen Zweigen die Wehraufträge eine nicht unwesentliche Rolle spielen, sind die beiden Faktoren, die zur Belebung Anlaß wurden, in ihrer Wirkung auf die Beschäftigung nicht zu trennen. Wie die Beschäftigung in der Bauindustrie gestiegen ist, zeigt der Beschäftigungsgrad der Ziegeleien, der 70—80 % der Normal-Beschäftigung erreicht hat. (Wobei zu berücksichtigen ist, daß mit 85 %iger Ausnutzung die kostenmäßige Optimallage erreicht ist.) In der gleichen Situation befinden sich die Zement-, Kies- und Sandwerken, die Tongruben und die Kalkindustrie.

Die Metallindustrie bekam Aufträge durch die Apparateerneuerungs- und durch die Erweiterungsbauten der anderen Industriezweige. Hierbei profitierte vor allem der schon zu Beginn der Arbeitsschlacht nicht schlecht liegende Kreis Liebenwerda.

Uneinheitlich, jedoch im ganzen günstig, war die Entlastung in den Zweigen der Metall- und Maschinen-Industrie des halleschen Bezirks. So war die Lage noch nicht befriedigend in der Bäckereimaschinenindustrie. Die der Landmaschinen ist ganz unterschiedlich. Darnieder liegt noch die Ziegelei-Maschinen-Industrie, die aber erfahrungsgemäß immer sehr spät Vorteile vom Aufschwung hat. Die Fabriken für Maschinen der Zuckerindustrie verloren ihren Auslandsabsatz fast ganz, was eine Umstellung der Betriebe zu Kampagnebetrieben mit sich brachte. Dadurch konnte die Zahl der Arbeiter verdoppelt werden.

Befriedigend bzw. gut arbeiteten die Pumpenfabriken Aufschwung um 30 % gegen 1933, der Eisenbahnbaubedarf, die Fahrradfabriken, die Röhrenindustrie, die Eisengießereien und Eisenkonstruktions-Werkstätten, der Karosserie- und Waggonbau ,50 % Belegschaftszunahme gegen 1933), die Maschinen-Fabriken, der Spezialmaschinenbau (dessen Auslandsabsatz aber von 70—80 % 1931/32 auf 6—7 % 1934 zurückging), die Metallgießereien und die Armaturen-Fabriken.

Die chemische Industrie, der Braunkohlenbergbau und die Elektrizitätswirtschaft stehen in Mitteldeutschland in engster Wechselbeziehung zueinander. Der Bergbau liefert einen Teil der Rohkohle an die Chemie, zum anderen ist er Lieferant der Elektrizitätswerke. Wie der eingetretene Aufschwung sich bzgl. der Verbrauchergruppen von Rohkohle ausgewirkt hat, zeigen die untenstehenden Zahlen:

Rohkohlenabsatz nach Verbrauchergruppen im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlensyndikat.

Verbrauchergruppen	1932/33 t	in %	1933/34 t	in %	1933/34 gegen 1932/33 in %
Elektrizitätswerke	8 253 251	35,9	9 736 280	35,1	+18,0%
Chemische Industrie	5 639 112	24,6	6 710 016	25,4	+19,0%
Sonstige Industrie	9 068 339	39,5	9 821 512	39,5	+ 8,3%
	22 960 702	100	26 267 808	100	+14,4%

Mit dem steigenden Verbrauch an Kohlen stieg auch der Stromabsatz und demzufolge auch die Belegschaftszahlen in der E.-Wirtschaft. Diese Steigerung beträgt bei der Esag in 1934 gegen 1933 14,1 %.

Die Belebung der Wirtschaftstätigkeit auf die Arbeitslosenzahlen der Gemeinden zeigen folgende Ziffern:

Zahl der Arbeitslosen am

	30. 1. 33	30. 9. 33	31. 12. 33	30 9. 34	31. 12. 34	30. 4. 34
Mückenberg*)	24	14	12	4	3	6
Holzweißig	961	399	355	37	2	25
Sandersdorf	690	285	275	20	85	36
Greppin	550	246	263	13	15	13
Wolfen	321	118	121	18	20	12
Golpa	84	10	5	1	4	1
Zschornewitz	247	24	36	12	18	7
Bergwitz	12	14	8	2	0	0

*Wolu

Ein Unterschied im Angriff der in Zukunft zu ergreifenden Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit läßt sich aus der Verschiedenheit der Saison-Ausschläge der Kurven im Bitterfelder und halleschen Gebiet herleiten.

Arbeitslose bei den Arbeitsämtern

	Tiefststand	Höchststand	Zunahme %	Tiefststand	Höchststand	Zunahme %	Tiefststand	Höchststand	Zunahme %
Bitterfeld	Nov. 33 7064	Dez. 33 9524	34,8	Nov. 34 1622	Febr 35 5977	231,4	Juni 35 1550	Dez. 35 4042	160,7
Halle	Nov. 33 38 945	Dez. 33 40 737	4,7	Nov. 34 15 004	Febr. 35 18 302	21,8	Juni 35 7023	Dez. 35 17 236	145,4
Reg.-Bz. Mersebg.	Okt. 33 71 570	Dez. 33 81 433	13,7	Okt. 34 30 304	Jan. 35 52 871	74,4	Juni 35 17 961	Dez. 35 43 100	136,0

In Bitterfeld war es gelungen, nach dem ersten Anlaufen der Arbeitsschlacht den Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Dezember 1933 sehr gering zu halten. Eine erheblich höhere (prozentuale) Belastung trat dann im Januar 1935 ein. Wenn auch der Ausschlag des Dezembers 1935 noch unter dem des Vorjahres liegt, so muß doch angenommen werden, daß er im Januar etwa die gleiche Höhe erreicht. D. h., daß in diesem Gebiet eine gewisse Konsolidierung mit schon typischen

rein saisonal begründeten Steigerungen eingetreten ist, d. h. aber gleichzeitig, daß die Wirtschaftsapparatur in diesem Gebiet aus sich selbst heraus läuft.

Anders liegen die Verhältnisse im Arbeitsamts-Bezirk Halle (S.). Hier konnten die Saisonbewegungen im Vergleich zum Gesamtgebiet sehr niedrig gehalten werden. Das letzte Ansteigen ist deshalb besonders bedeutungsvoll, weil hier in für den Bezirk ungewöhnlich hohem Maße Kräfte freigesetzt wurden. Der Grund hierfür liegt in der Beendigung wirtschaftlicher Aufgaben, die infolge ihrer Dringlichkeit sehr schnell vorwärts getrieben worden waren. Hier müssen, (die Saisonbewegungen waren als annormal anzusehen,, neue Aufgaben in Angriff genommen werden, um die Arbeitslosigkeit wieder herabzudrücken.

C. Die weitere Entwicklung des Wirtschaftsanstiegs.

Ist es auch bis heute noch nicht restlos gelungen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, so ist sie doch als drohendes Gespenst verschwunden. Sie hatte ihre tiefste Ursache in der politischen Zerrüttung der Nachkriegszeit. Sie wurde gefördert durch die sich im Gefolge verändernde Struktur der Gebiets-, Bevölkerungs-, Erwerbs-, Einkommens- und Vermögens-Verhältnisse.

Die Arbeitslosigkeit im mitteldeutschen Raum wurde daneben verstärkt durch Exportmarktverluste und durch Veränderungen im Gefüge des Wirtschaftsaufbaus, hervorgerufen durch Umstellungen auf den Weltmärkten, durch übersteigerte Rationalisierung verschiedener für das Gebiet ausschlaggebender Wirtschaftszweige und durch Einflüsse, die einer Wirtschaftslandschaft bei einer bestimmten Struktur als solcher immanent sind.

Den Maßnahmen der Reichsregierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit war dank der günstigen Struktur des mitteldeutschen Raumes ein im Durchschnitt größerer Erfolg als im Reich beschieden gewesen. Die trotzdem in einigen Kreisen noch hohen Zahlen zu beseitigen, wird nur durch Um- oder Neubau von Wirtschaftszweigen möglich sein. Hier liegen die eigentlichen Aufgaben der Zukunft. Nach der Möglichkeit ihrer Lösung fragen, heißt zugleich die Frage nach der Zukunft des wirtschaftlichen Aufstiegs überhaupt aufwerfen.

Ehedem bewirkte das freie Spiel der Kräfte der freien Unternehmer eine konjunkturellen Anstieg. Auch heute ist nach der alten Terminologie ein derartiger Anstieg vorhanden. Da aber die ihn herbeiführenden Kräfte wechselten — nicht mehr das freie Unternehmertum, sondern der politische Wille des Nationalsozialismus wirkte gestaltend auf die Wirtschaftstätigkeit — handelt es sich hier nicht mehr um einen dem individualistischen Liberalismus angehörigen Vorgang innerhalb einer Reihe von Konjunkturphasen, sondern um das einmalige strukturelle Geschehen der Wiederaufrichtung der volkswirtschaftlichen Arbeit.

Nicht nur der Wechsel der Kräfte bestätigt, daß hier ein Strukturwandel stattgefunden hat, sondern auch einzelne zur Behebung der Arbeitslosigkeit und darüber hinaus zur Umgestaltung der Wirtschaft ergriffene Maßnahmen — die Errichtung des Blocks der gebundenen Arbeit, das Entstehen des laufenden Heeresbedarfs, die Regelung der Bauernwirtschaft und die zentrale Lenkung des Geldwesens, mit deren Durchführung große Teile der Wirtschaft dem freien Spiel der Kräfte entzogen wurden — sind ein Stück eines neuen in Zukunft sich fortsetzenden Weges, der die Garantie für die Niederhaltung der Arbeitslosigkeit, d. h. der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, bietet.

Starke Kräfte, an deren Stelle der politische Wille trat und mächtige Gruppen, die als Sektoren aus der freien Wirtschaft gelöst wurden, tragen damit nicht mehr zur wirtschaftsdynamischen Entwicklung bei und werden nicht mehr in sie hineingezogen, wodurch eine höhere Stetigkeit der Wirtschaftstätigkeit erreicht und zugleich das „naturgesetzliche" Walten in vielen seiner Folgen gebannt wird.

Die Aufgaben, die der seit dem Beginn der Arbeitsschlacht einsetzenden gestaltenden Wirtschaftspolitik des Staates gestellt sind, liegen in dem überkommenen nun umzugestaltenden Aufbau der Volkswirtschaft und stellen sich als die großen Forderungen der umfassend zu

verstehenden Siedlung im deutschen Raum dar. Ein etwaiger Mangel an Aufgaben liegt also wahrlich nicht vor.

Zur Lösung dieser großen Aufgaben der volkswirtschaftlichen Arbeit werden wieder neue Wege der Unternehmungs-, Arbeits- und Kreditpolitik beschritten werden, Wege, die aber gegangen werden müssen; denn

> Es gibt keine Ziele, die größer, Forderungen, die wichtiger, Verwirklichungen, die grundlegender sind als das unbedingte, jederzeit und für jeden Volksgenossen wirksame
>
> Recht auf Arbeit [1]).

[1]) B. Köhler. Die zweite Arbeitsschlacht. 1. Januar-Heft der deutschen Volkswirtschaft. 1936. S. 10.

LITERATUR

Ehehalt: Die deutsche Arbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit u. die Ursache ihrer Entstehung. Frankfurt 1932.

Flatau, P. u. Platow, R.: Mitteldeutschland, Deutschlands aufsteigendes Wirtschaftsrevier. Magdeburg 1929.

Köhler, B.: Das Recht auf Arbeit als Wirtschaftsprinzip. 1934.

drs.: Das Recht auf Arbeit – eine Utopie? in I. Januarheft der Deutschen Volkswirtschaft 1935.

Mühlner, G.: Bevölkerungsentwicklung unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Hamburg 1935.

Muß, Max: Die Wirtschaftskrise in Deutschland. 1932.

Paape: Die Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie nach dem Kriege. Halle 1926.

Rogowsky: Das deutsche Volkseinkommen.

Ruban: Die Stellung der mitteldeutschen Zuckerwirtschaft. In Sonderheft 2 der Dt. Volkswirtschaft. Berlin 1935.

Rudolph, Alb.: Zwischen Harz und Lausitz. Ein Heimatbuch des Gaus Halle/Merseburg. 1935.

Sauce, de la, W.: Fragen der Rationalisierung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. In die „Braunkohle" 28. Jg. 1929. H. 30.

Schmaltz, K.: Bankbetrieb und Bankorganisation. Vorlesungen Wintersemester 1933/34. Halle.

Siemer, Heinr.: Mechanisierung, Förderanteil und Lohn im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau der Nachkriegszeit. Halle 1930.

Strauß, W.: Die Arbeitslosigkeit im deutschen Braunkohlenbergbau. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 185.

„Die Deutsche Volkswirtschaft". 1935. Nr. 19.

Statistisches Material.

Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1923/35.

Statistische Jahrbücher für Preußen 1923/35.

Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches 1932.

Gewerbliche Betriebszählung 1925 u. 1933.

Deutsche Wirtschaftskunde 1933.

Unveröffentlichte Zahlen der Volks- und Betriebszählung 1933, vom Statistischen Reichsamt zur Verfügung gestellt.

Konjunkturstatistisches Jahrbuch 1933.

Kurven und Zahlen zur Wirtschaftslage in Deutschland 1932.

Wirtschaft und Statistik: 14. Jahrg. Nr. 24; 15. Jhg. Nr. 6, 1934. Hefte 12, 14.

Sonderhefte: Industrielle Produktion, 10, 11, 12.

Wochenberichte 1927/35, veröffentlicht vom Institut für Konjunkturforschung.

Geschäftsberichte.

Jahresberichte der Industrie- u. Handelskammer Halle 1923/34.

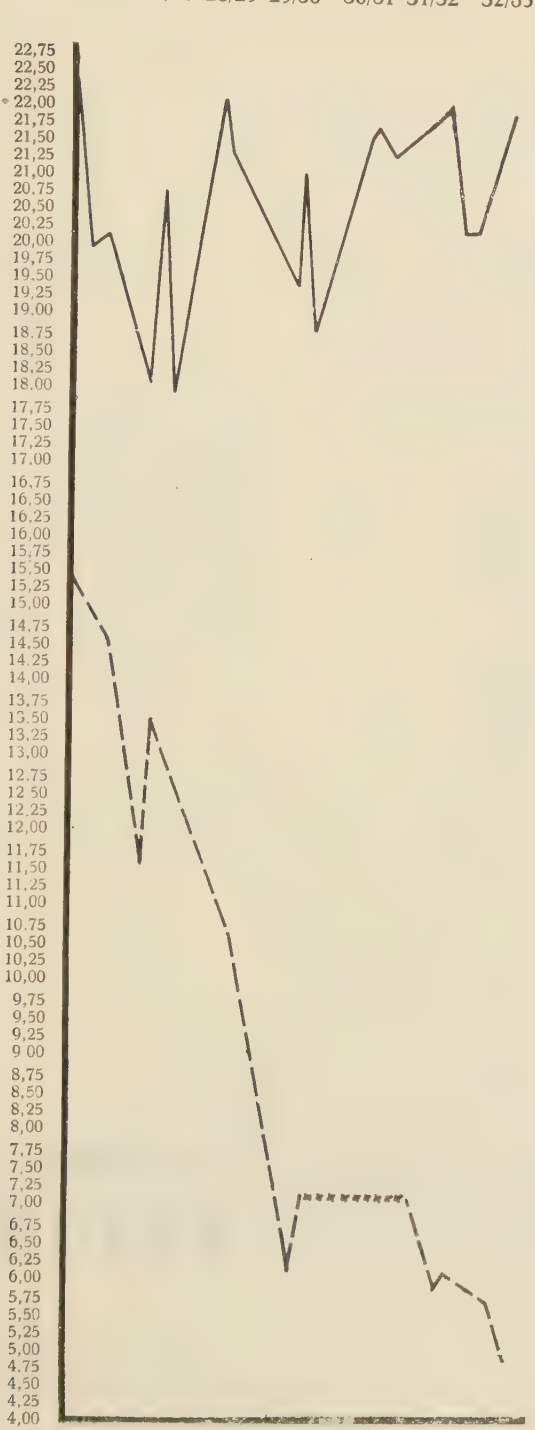
Geschäftsberichte des Deutschen Braunkohlenindustrievereins 1923/34.

Geschäftsberichte der I. G. Farbenindustrie 1926/34.

Jahresbericht der Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken 1928/32.

Geschäftsberichte der Mansfelder Kupferschieferbergbau A. G. 1920/34.

Entwicklung der Zuckerpreise



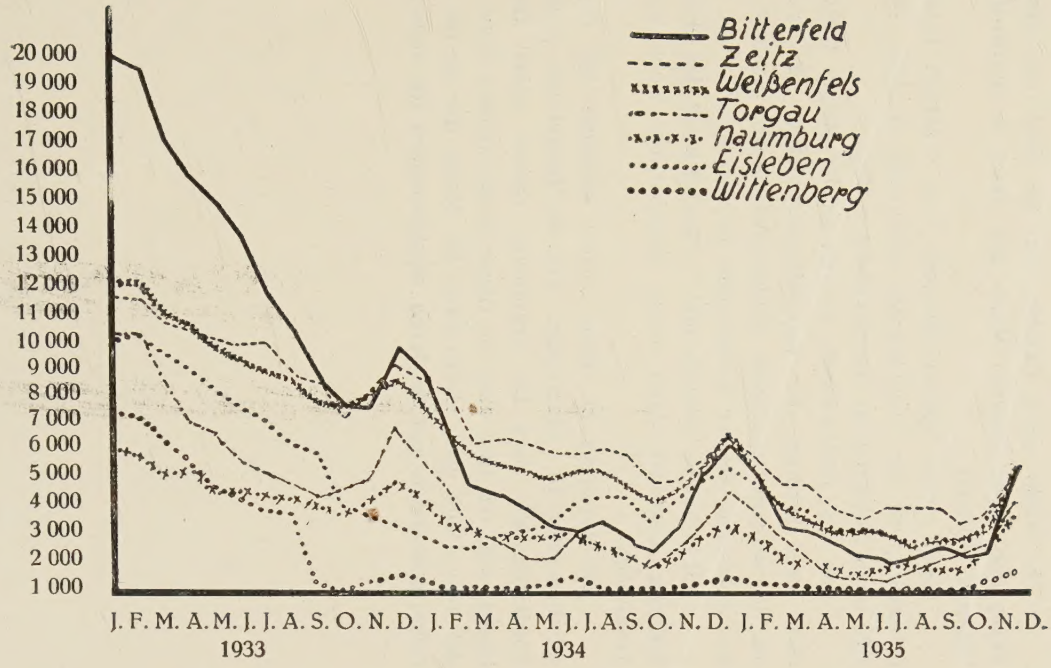
Preise f. Weißzucker fob. Hamburg je 50 kg Durchsch. v. Brief u. Geld

Preise für Melis Hamburg je 50 kg

Börse geschlossen

Die Arbeitslosen im Gau Halle-Merseburg und beim Arbeitsamt Halle
(am Ende des Monats)

Die Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern
(am Ende des Monats)



LEBENSLAUF

Ich wurde am 9. Oktober 1911 als Sohn des Bergmanns Otto Beyer und seiner Ehefrau Minna geb. Born in Gerbstedt (Mansfelder Seekreis) geboren.

Nach einem Volksschulbesuch von 8 Jahren besuchte ich die Oberrealschule der Franckeschen Stiftungen in Halle, die ich Ostern 1932 nach Ablegung der Reifeprüfung verließ.

Seit S. S. 1932 widmete ich mit an der Martin Luther-Universität Halle dem Studium der Volkswirtschaftslehre. Im April 1935 legte ich die volkswirtschaftliche Diplomprüfung ab. Seitdem war ich mit der Abfassung meiner Dissertation beschäftigt.

Ich besuchte Übungen und Vorlesungen bei den Herren Dozenten Bilfinger, Boehmer, Jahn, Jecht, Mitscherlich, Muhs, Ruth, Schmidt, Trautmann.

Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich Herrn Gauwirtschaftsberater Dr. Trautmann. Für die freundliche Anteilnahme und Förderung, die Herr Dr. Trautmann meiner Arbeit hat angedeihen lassen, sage ich ihm auch an dieser Stelle meinen Dank. Desgleichen gilt mein Dank auch Herrn Prof. Dr. Muhs, der an der Arbeit regen Anteil genommen und sie durch wohlgemeinten Rat stets gefördert hat.

Eduard Klinz Buchdruck-Werkstätten Halle (Saale), Dölauer Straße 14
Spezialdruckerei für wissenschaftliche Werke und Dissertationen